Berlin: Amtsträger immer öfter Opfer von Attacken Seite 5

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 22 – 30. Mai 2015

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Tief brodelnder Judenhass«
CDU/CSU-Kongress thematisierte auch Antisemitismus von Muslimen 2

Deutschland

Machtkonzentration beim Zoll geplant
Bundesfinanzminister plant Generalzolldirektor-Posten 3

Hintergrund

Chinas Engagement in Pakistan
Staatspräsident Xi Jinping zu Besuch in Islamabad 4

Preußen / Berlin

Berlin: Amtsträger werden Freiwild
Tätliche Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte 5

Ausland

Islam statt Christentum
Frankreich plant einschneidende Schulreform 6

Kultur

Den Künstler-Tod vergoldet
Wie Profit mit Ruhm zusammenhängt 9

Geschichte

Pionier bei der Abschaffung der Folter
Friedrich der Große 10





Ein Sturm braut sich zusammen: Wie wird Brüssel der wachsenden Kritik begegnen? Bild: Mauritius

Krise der EU verschärft sich

Polen, Spanien: Erneut siegen Brüssels Kritiker bei wichtigen Wahlen

Das europäische Integrationsprojekt nach Brüsseler Art stößt bei den Völkern der EU zunehmend auf Gegenwehr.

Auf den ersten Blick zeigen die spanischen Regional- und Kommunalwahlen und der Sieg von Andrzej Duda bei der polnischen Präsidentschaftswahl keine Parallelen: Spanien rückte nach links, in Polen siegte ein nationalkonservativer Herausforderer über den nationalliberalen Amtsinhaber.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich trotzdem eine gemeinsame Tendenz, die schon bei den Urnengängen in Griechenland und Großbritannien zu Tage trat. Mehr denn je sind seit Jahresbeginn bei Wahlen in der EU Parteien und Bewegungen auf dem Vormarsch, die wie etwa Andrzej Duda zu Brüssel eher auf Distanz stehen als ihre Gegner. Dass dabei kein einheitliches Bild der Bewegungen entsteht, macht die Sache für Brüssel nicht einfacher. Denn die Zugeständnisse, welche die erfolgreichen Bürgerbewegungen und Parteien von der EU fordern, widersprechen einander, ja, schließen sich gegenseitig oft sogar aus.

Grob gesagt: Geberländer wie Großbritannien wollen weniger geben, Nehmer wie Spanien und erst recht Griechenland wollen (noch) mehr bekommen aus dem Gemeinschaftstopf. Und wenn es um Asylbewerber geht, zielen von Deutschland, Österreich oder Schweden abgesehen fast alle EU-Länder darauf ab, den Massenzuzug anderen Partnern aufzuhalsen. Selbst Kernland Frankreich will keine weitere Massenimmigration mehr, weil hier 2017 ein Sieg des Front National befürchtet wird.

> Sobald die Deutschen aufbegehren, wird es existenziell

Die Krise der EU gefährdet das europäische Integrationsprojekt in den Grundfesten. Die Integration stößt an die Grenzen ihrer Vermittelbarkeit. Vereinheitlichung, Umverteilung, Zentralisierung und die damit verbundene Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker haben ein Maß erreicht, das zunehmend als Übergriff empfunden wird.

Gebervölker fühlen sich über den Tisch gezogen. Völker, die jahrzehntelang von den EU-Töpfen profitiert haben, wittern hinter der Großzügigkeit plötzlich einen hinterhältigen Plan zur Unterjochung ihrer Länder. Spätestens, seit sie sich wegen massiven Kreditbedarfs ihrer finanziellen Unabhängigkeit beraubt sehen, wähnen sie sich in der Falle der vermeintlich reichen EU-Mitglieder, insbesondere Deutschlands.

London setzt Brüssel nun die Pistole auf die Brust. Im Vorfeld der britischen Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft will Premier David Cameron mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker weitere Sonder-Zugeständnisse für sein Land aushandeln. Was aber kann Juncker ihm geben, was nicht zu Lasten anderer Partner, allen voran Deutschlands, ginge?

Spannend wird die Frage, in welchem Ausmaß die Deutschen noch bereit sind, weitere Sonderlasten zu tragen. Fangen auch sie an, wie Polen, Griechen, Spanier, Briten und andere gegen Brüssel aufzubegehren, wird die Krise der EU existenziell. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Teure Juxreise

Mal eben für ein paar Stunden mit 180 Diplomaten und Vertretern internationaler Organisationen von Berlin nach Lübeck düsen, kein Problem für Bundespräsident Joachim Gauck. Wie mitreisende Journalisten berichten, sollen die Würdenträger aus aller Welt die fröhliche „Klassenfahrt“ mit geradezu kindlicher Freude genossen haben. Im Flugzeug, beim Marzipannaschen beim Traditionsunternehmen Niederegger, beim Sektempfang im Garten des Travemünder Hotels Columbia ebenso wie beim anschließenden Mittagsmahl im prachtvollen Ballsaal oder bei der Besichtigung des berühmten Buddenbrookhauses. Alles begleitet von launigen Reden des spendierfreudigen Gastgebers.

Anschließend ging es weiter zu den Drägerwerken. Dräger? Ja, haben die im Bundespräsidialamt denn alle geschlafen? Das waren doch ganz schlimme Kriegsgewinnler. Oder steckte etwa nicht in fast jedem Stück nationalsozialistischen Wehrgeräts irgendetwas von Dräger? Sogar Zwangsarbeiter haben die für sich schuften lassen. Aber vielleicht sind die noch heute mehrheitlich in Familienbesitz befindlichen Drägerwerke auch ganz bewusst in das Besuchsprogramm aufgenommen worden. Damit Gauck auch bei dieser Veranstaltung wieder sein Lieblingsthema anbringen kann: die deutsche Schuld. Aber glücklicherweise hat er geschwiegen. Er wollte seinen Gästen wohl doch nicht die Freude an der Juxreise verderben.

Bei einem kann hingegen keine Freude aufkommen: beim deutschen Steuerzahler, der diese „Informations- und Begegnungsreise“ bezahlen muss. Ihn kommt die sinnfreie Klassenfahrt mit dem Oberlehrer Gauck teuer zu stehen.

Mauschelei an der Wahlurne

Köln: Rot-grüne Mehrheit weg – Bremen: Wahlleiter erstattet Anzeige

Bei der Kölner Kommunalwahl im vergangenen Jahr sind in einem Briefwahlstimmbezirk die Stimmen von SPD und CDU vertauscht worden. Das ergab eine von der CDU gegen den erbitterten Widerstand von SPD und Grünen per Gerichtsbeschluss erzwungene Neuauszählung. Die SPD muss nun einen Sitz im Stadtrat an die CDU abgeben, weshalb die rot-grüne Koalition ihre hauchdünne Mehrheit von einer Stimme verloren hat. Es ist zudem ausgerechnet Jochen Ott, Kölner SPD-Chef und Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl am 13. September, der sein Mandat verliert. Für die Sozialdemokraten in der größten Stadt in Nordrhein-Westfalen, deren Macht zunehmend erodiert, ist das ein herber Schlag. Die CDU fordert als Konsequenz aus der Panne die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Stadtdirektor Guido Kahlen (SPD). Außerdem will sich der Landtag mit dem Vorgang beschäftigen und über die Aufnahme einer Ergebniskontrolle in das Kommunalwahlrecht beraten.

> Erfundene und »ungültige« Stimmen

In Bremen beschäftigt sich unterdessen die Staatsanwaltschaft mit der Wahl vom 10. Mai. Bei einer Überprüfung der abgegebenen Stimmen zur Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven wurde festgestellt, dass 45 Stimmen zugunsten der Piratenpartei in den Computer eingegeben worden waren, die tatsächlich gar nicht existierten. Der Stadtwahlleiter hat Strafanzeige wegen Wahlfälschung erstattet. Die AfD vermutet Manipulationen auch bei der Bremerhavener Auszählung zur Bürgerschaftswahl. Hier scheiterte die Partei angeblich mit nur zehn Wählerstimmen an der Fünf-Prozent-Hürde. Sie hat den Verdacht, dass Stimmen für die AfD willkürlich als ungültig deklariert wurden, und hat Einspruch gegen das amtliche Endergebnis angekündigt. *J.H.*

Brünn bedauert Vertreibung

Rat der tschechischen Stadt spricht von Unrecht und Tragödie

Siebzig Jahre nach dem „Todesmarsch von Brünn“ hat der Rat der tschechischen Stadt Brünn sein Bedauern über die Vertreibung der Sudetendeutschen ausgesprochen. In seiner Erklärung heißt es unter anderem: „Die Stadt Brünn bedauert aufrichtig die Geschehnisse vom 30. Mai und der folgenden Tage, als tausende Menschen wegen der Verwirklichung des Prinzips der Kollektivschuld und ihrer Sprache zum Verlassen der Stadt gezwungen wurden. Wir sind uns bewusst, welche menschlichen Tragödien sowie kulturelle und gesellschaftliche Verluste das zur Folge hatte. Wir bringen die Hoffnung zum Ausdruck, dass wir die Geschehnisse als unheilvolle Mahnung in unserem Gedächtnis behalten. Wir äußern den Wunsch, dass sämtliches Unrecht verziehen werden kann, damit wir uns von der Vergangenheit unbelastet einer gemeinsamen Zukunft zuwenden können.“

> »Als Mahnung im Gedächtnis behalten«

Beim „Todesmarsch von Brünn“ wurde gut die Hälfte der rund 50000 deutschsprachigen Einwohner der Stadt zusammengetrieben und zu Fuß nach der 60 Kilometer entfernten Grenze zum sowjetisch besetzten Österreich geführt. Der Elendszug bestand fast ausschließlich aus Frauen, Kindern, Alten und Kranken. Über 5000 von ihnen waren den Strapazen nicht gewachsen und starben in den kommenden Wochen an Erschöpfung, Unterernährung und Seuchen. Als Teil der „wilden Vertreibung“ der Sudetendeutschen nahm der „Todesmarsch von Brünn“ die ethnische Säuberung vorweg, die im Oktober 1945 durch das Benesch-Dekret 108 legalisiert und staatlich organisiert wurde. Angestoßen vom ehemaligen Präsidenten Vaclav Havel gibt es in Tschechien zunehmend Bestrebungen, das an den Sudetendeutschen begangene Unrecht aufzuarbeiten. Der Vorstoß der Stadtväter der mährischen Hauptstadt ist dabei ein beachtlicher Schritt. *J.H.*

MELDUNGEN

NSA späht Uno in Wien aus

Wien – Der US-amerikanische Geheimdienst NSA rüstet seinen Abhörposten in der US-Botschaft für internationale Organisationen in Wien auf. Das Gebäude liegt direkt gegenüber dem Uno-Sitz in Wien. Wie der grüne Nationalratsabgeordnete Peter Pilz herausgefunden hat, soll sich auf dem Dach eine Abhörstation befinden, die gemeinsam von NSA und CIA betrieben wird. Wie aus einem Pilz vorliegenden Video hervorgeht, finden in dem erst vor wenigen Jahren errichteten Gebäude umfangreiche Umbauarbeiten statt. So sollen die Böden aufgerissen sein und Kabelstränge verlegt werden. Mit den Arbeiten ist die Firma Michael Baker International beauftragt, die mit ihrer besonderen Kompetenz im Geheimdienstbereich wirbt. *J.H.*

Justiz-Eklat wegen Gysi

Hamburg – Der Hamburger Generalstaatsanwalt Lutz von Selle sorgt wieder einmal für Schlagzeilen. Er hat einen Staatsanwalt angewiesen, gegen Gregor Gysi Anklage wegen der Abgabe einer unwahren Eidesstattlichen Versicherung zu erheben. Der ermittelnde Staatsanwalt weigert sich jedoch, weil er keinen hinreichenden Tatverdacht sieht. Der Fall liegt jetzt bei Justizsenator Till Steffen (Grüne). Der Linken-Fraktionsvorsitzende Gysi hatte 2011 erklärt, er habe „zu keinem Zeitpunkt über Mandanten oder sonst jemanden wissentlich und willentlich an die Staatssicherheit berichtet", und war draufhin von einem pensionierten Richter sowie der früheren DDR-Bürgerrechtlerin und *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld angezeigt worden. In Justizkreisen geht man davon aus, dass es von Selle weniger darum geht, dem Recht zur Durchsetzung zu verhelfen, als sich mit diesem Vorstoß zu profilieren. Seit seinem Amtsantritt 2009 hat der eigenwillige Jurist immer wieder durch einen ruppigen Führungsstil, die Missachtung von Zuständigkeiten und ungewöhnlich hartnäckige Ermittlungen gegen Polizisten selbst bei geringsten Anlässen von sich reden gemacht. *J.H.*

Burschenschaft sagt Vortrag ab

Marburg – Unmittelbar nach Redaktionsschluss der vergangenen Nummer der *PAZ* hat die Marburger Burschenschaft Germania eine geplante Vortragsveranstaltung mit dem Islamkritiker Hamed Abdel-Samad von sich aus abgesagt. Abdel-Samad war unter massiven Druck von Linksextremisten geraten, die ihn drängen wollten, nicht bei der Verbindung zu sprechen. Daraufhin zog der Deutsch-Ägypter Erkundigungen beim Verfassungsschutz und beim Zentralrat der Juden ein, um den linksextremen Vorwurf zu prüfen, die Germania sei rechtsextrem. Beide Einrichtungen bestätigten ihm, dass die Germania keineswegs extremistisch sei. Zudem schickte er der Burschenschaft einen Fragebogen. Dies sei ausdrücklich nicht als Gesinnungstest zu verstehen, beteuerte Abdel-Samad. Dass sahen die Korporierten jedoch anders: Die Einbeziehung des Verfassungsschutzes und des Zentralrats der Juden sei absurd. Für eine Gesinnungsüberprüfung durch geladene Gäste stehe man nicht zur Verfügung. Nach 200 Jahren Kampf für die demokratische Freiheit benötige man keine Sittenwächter. Der Vortrag sei daher abgesagt. *H.H.*

»Tief brodelnder Judenhass«

Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion thematisierte auch Antisemitismus von Muslimen

Auf dem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Gefährdungen jüdischen Lebens in Deutschland wurde Klartext über den Antisemitismus unter Muslimen gesprochen. Fraktionsvorsitzender Volker Kauder forderte notfalls Schulverweise von muslimischen Schülern bei schweren antisemitischen Beleidigungen.

Punktgenau am Tag des Unionskongresses und unter Bezugnahme auf denselben hatte der frühere Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), in der „BILD"-Zeitung einen Beitrag „So kommt der Judenhass an unsere Schulen" veröffentlicht. Mindestens dreimal wurde er vom Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Volker Kauder, sowie dessen Stellvertreter Franz Josef Jung zitiert.

Buschkowsky schrieb: „Es gibt bei uns einen wiedererwachten Antisemitismus. Er wird mitgebracht – traditionell religiös und aktuell aus Nahost. Denn: Muslimische Einwanderer sind Träger des Hasses. Das zu benennen, ist bei uns aber Rassismus, fremdenfeindlich und islamophob." Muslimische Schüler würden, so Buschkowsky, weiter, „fick alle Juden" an die Wand sprayen und prophezeien, dass „ein Jude, der unsere Schule betritt, kaputtgeschlagen wird". Die Berliner Schulobrigkeit sehe jedoch keine Probleme. Allenfalls acht bis zehn solcher Fälle registriere man dort pro Jahr – bei 330 000 Schülern.

Dazu Volker Kauder: „Wenn dies die Wahrnehmung der Berliner Schulbehörde ist, dann ist die meilenweit vom Schulalltag entfernt." Antijüdische Parolen an den Schulen dürften nicht hingenommen werden. Notfalls müsse man auch Schulverweise aussprechen.

Zwei Tage vor dem Kongress brachte auch der Deutschlandfunk in der Reportage „Du Jude, du Opfer" den Hörern Berliner Realität nahe. Im O-Ton waren muslimische Jugendliche mit Unverschämtheiten zu hören wie: „Also ich kann überhaupt keine Juden leiden; egal, ob sie nett sind oder nicht nett sind; die sind einfach dreckig irgendwie." Eine Lehrerin berichtet, dass sie es nicht wagt, ihren Schülern zu sagen, dass sie jüdisch ist.

Berliner Schulbehörde meilenweit vom Schulalltag entfernt

Auf dem Kongress berichtete die jüdische Lehrerin Lisa Scheremet, die an einer Hauptschule in Niedersachsen unterrichtet, ganz Ähnliches. „Ehrlich gesagt ist es ziemlich furchtbar, was ich jeden Tag erlebe", erklärte sie. Es sei unglaublich, wie tief der Hass bei muslimischen Schülern verwurzelt sei. „Abgesehen von dem Gebrauch des Wortes ‚Jude' als Schimpfwort gibt es Bemerkungen wie: Wenn ich einen Juden auf der Straße sehen sollte, werde ich ihn töten." Sie habe ein halbes Jahr gebraucht – bis ein Vertrauensverhältnis aufgebaut war – um den Schülern zu sagen, dass sie Jüdin sei. Scheremet erklärte auch: „Als ich einen Schüler anzeigen wollte, weil er mich als ‚Judennutte' auf Facebook beschimpft hat, sagte der diensthabende Polizist zu mir: Ach, Frau Scheremet, Sie sind doch Lehrerin. Sie müssen doch ein bisschen professioneller sein. Überlegen Sie sich das doch nochmal mit der Anzeige."

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, bekräftigte auf dem Kongress seine Warnung, in besonders muslimisch geprägten „einzelnen Stadtvierteln einzelner Großstädte" Deutschlands eine Kippa zu tragen oder sich sonst offen als Jude erkennbar zu machen. Die Warnung Schusters besteht zu Recht und ist verantwortungsvoll. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hatte dagegen erklärt, er „bedauere die Einschätzung Schusters" und teile sie nicht. „Ich nehme das so nicht wahr", erklärte Müller bestenfalls ahnungslos. Es gebe in Berlin keine Stadtteile, in denen man sich nicht frei bewegen könne. Dabei gibt es auch für Nichtjuden ohne Kippa genug Stadtgegenden, deren Straßen spätestens bei Dunkelheit sehr gefährlich sind. Die Schönfärberei Müllers ist gerade gegenüber Juden dreist, die unzweifelhaft einer zusätzlichen Gefährdung ausgesetzt sind.

Josef Schuster erklärte, letztes Jahr habe sich ein „tief brodelnder Judenhass aus fanatischen Teilen der muslimischen Gemeinschaft" Bahn gebrochen. Schon seit Jahren habe gerade auch der Zentralrat der Juden in Deutschland auf den „tiefsitzenden Antisemitismus in Teilen der muslimischen Community" aufmerksam gemacht.

Rabbi Daniel Alter wurde vor zwei Jahren in Berlin auf der Straße von mutmaßlich arabischen Tätern im Beisein seiner Kinder angegriffen und ins Gesicht geschlagen, als sie ihn wegen seiner Kippa als Jude erkannten. Sein Jochbein wurde gebrochen. Heute trägt er aus Sicherheitsgründen keine Kippa mehr in der Öffentlichkeit, wie er auf dem Kongress erklärte. *Michael Leh*



Antisemitismusopfer: Der Rabbi Daniel Alter und die Lehrerin Lisa Scheremet Bild: Leh

Partner statt Beitrittskandidaten

EU ändert in Riga Taktik ihrer Östlichen Partnerschaft – Deutliche Absage an Ukraine und Georgien

Nachdem die USA eine neue Taktik gegenüber Russland eingeschlagen haben (siehe *PAZ* 21, Seite 7), will auch die EU Moskau nicht weiter provozieren. Das stellte sie beim Gipfeltreffen der „Östlichen Partnerschaft" in Riga mit Vertretern ehemaliger Sowjetrepubliken unter Beweis, indem sie kräftig zurück ruderte. Klangen bereits Ende 2013 Töne über die „Arbeitsunfähigkeit" der Östlichen Partnerschaft an, so wurde sie jetzt quasi für Makulatur erklärt. Besonders die Erwartungen von Moldau, Georgien und der Ukraine dürften einen herben Dämpfer erhalten haben. Dem Wunsch nach Visafreiheit mit der EU seitens der Ukraine und Georgien wurde eine klare Absage erteilt.

Gab es vor zwei Jahren noch die Andeutung einer europäischen Beitrittsperspektive für die Ostpartner Moldau, Georgien und Ukraine, so hat sich seit dem Gipfel in Wilna 2013, bei dem der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch auf Druck aus Moskau die Vertragsunterzeichnung verweigerte, offensichtlich etwas verändert. Damals wurde klar, dass Russland eine Allianz der postsowjetischen Länder mit Europa in Konkurrenz zu seiner geplanten „Eurasischen Wirtschaftsunion" nicht kampflos zulassen würde.

In Riga sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Östliche Partnerschaft sei ausdrücklich „kein Instrument der Erweiterungspolitik". Das klingt völlig anders als die Entweder-Oder-Option, mit der Janukowitsch in Wilna zur Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens gedrängt werden sollte. Haben die EU-Politiker aus diesem Dilemma, das den Krieg in der Ukraine mit provoziert hat, gelernt?

Neu ist zumindest der Begriff „Flexibilität", mit der jeder Partner seine Verhandlungen über Beitrittsverhandlungen selbst führen solle, aus Merkels Munde: Jedes Land solle selber bestimmen, welche Art von Beziehung es zur EU wünsche. Die Euphorie ist offensichtlich einer Ernüchterung gewichen. Die Östliche Partnerschaft steckt schon länger in der Krise. Während Polen und Schweden eine neue Erweiterungsrunde wünschen, lehnen Deutschland, Frankreich und Italien diese ab. Im November hatte Frank-Walter Steinmeier einen Beitritt der Ukraine zu Nato und EU als unrealistisch bezeichnet. Die wirtschaftliche und politische Modernisierung der Ukraine sei „ein Projekt von mehreren Generationen".

Dass die Ukraine weit entfernt ist, ein zuverlässiger Partner innerhalb der EU zu sein, davon zeugt der jüngst vom Parlament entworfene Gesetzesentwurf, der es Kiew erlaubt, seine Gläubiger zu erpressen (siehe Seite 7). Da die Ukraine ihre fälligen Schuldenraten nicht bedienen kann, will man ein Schulden-Moratorium schaffen, das der Regierung erlaubt, Rückzahlungen an Gläubiger zurückzuhalten, wenn deren Verhalten als „gewissenlos" eingestuft wird.

Ex-Sowjetstaaten suchen Partner gegen russischen Einfluss

Regierungschef Arsenij Jazenjuk bezeichnete das Gesetz als nötig, weil die Schuldenlast für das finanziell angeschlagene Land unerträglich sei. Das Gesetz zielt in erster Linie auf einen russischen Kredit in Höhe von drei Milliarden US-Dollar ab, den Janukowitsch in den letzten Monaten seiner Amtszeit von Moskau erhalten hatte. Für Juni wäre dafür ein Teil zurückzuzahlen, der Rest ist Ende des Jahres fällig. Der Kredit wird laut Vertrag früher fällig, wenn die ukrainische Staatsverschuldung 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übersteigt. Die Nationalbank in Kiew erwartet, dass der Schuldenberg noch in diesem Jahr 92 Prozent des BIP betragen wird.

Die Parallele der Argumentation Janzenjuks mit der Syriza-Regierung ist augenfällig. Auch sie fühlt sich an die Vereinbarungen der Vorgängerregierung nicht gebunden. Der Ausspruch des populistischen Politikers Oleg Ljaschko „Von Griechenland lernen heißt Siegen lernen" gewinnt Aktualität.

Mitte Juni wird auch der Internationale Währungsfonds (IWF) darüber entscheiden, ob eine weitere Tranche eines Kredits in Höhe von 17,5 Milliarden US-Dollar an Kiew ausgezahlt wird. Russland hat sich mit dem IWF darauf verständigt, eine Eskalation zu verhindern und vorerst auf die vorzeitige Rückzahlung des Kredits zu verzichten.

Der Entscheidung der Kiewer Rada waren ins Stocken geratene Verhandlungen über eine Umschuldung im Umfang von 23 Milliarden Dollar vorausgegangen. Die Ukraine steht bereits mit elf Milliarden Euro bei der EU in der Kreide. Bei leeren Kassen und drohender Staatspleite können Kredite jedoch nur mit neuen Krediten von europäischen und amerikanischen Steuerzahlern bedient werden. Da nützt es wenig, dass IWF-Kredite einen bevorzugten Gläubigerstatus haben. Neben russischen zählen auch US-Finanzinvestoren zu den als „gewissenlos" bezeichneten Gläubigern. Sie halten insgesamt 8,9 Milliarden Dollar an Krediten. Auch George Soros wird nervös und drängt deshalb die EU zu weiteren Milliardenhilfen.

Die übrigen postsowjetischen Länder der Östlichen Partnerschaft beobachten derweil mit Neugier die Entwicklung in der Ukraine und die Haltung der EU. Merkels Aussage, die Östliche Partnerschaft werde den Interessen Russlands nicht schaden, dürfte einige von ihnen alarmieren. Nach der Krim-Annexion sind sie vor allem an einem globalen Spieler interessiert, der den russischen Einfluss ausgleichen kann, und in einer solchen Rolle sehen sie am ehesten Europa. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Machtkonzentration beim Zoll geplant

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will den Posten eines Generalzolldirektors schaffen

Schon zu seiner Amtszeit als Bundesinnenminister ging mancher Vorschlag von Wolfgang Schäuble (CDU) zur Inneren Sicherheit selbst gestandenen CSU-Politikern zu weit. Inzwischen als Finanzminister auch Dienstherr über den Zoll, hat Schäuble nun eine Strukturreform gestartet, bei der selbst der Gewerkschaft der Polizei mulmig wird.

Kritik zieht vor allem Schäubles Plan auf sich, den Posten eines Generalzolldirektors zu schaffen. Angesiedelt in Bonn, soll die ihm unterstehende neue Behörde ab 2016 die operative Gesamtleitung über den Zoll mit seinen rund 39000 Mitarbeitern übernehmen. Abgeschafft werden sollen dagegen die fünf bisher existierenden Bundesfinanzdirektionen in Potsdam, Köln, Nürnberg, Neustadt an der Weinstraße und Hamburg. Das ausgegebene Ziel des Vorhabens: die Strukturen beim deutschen Zoll effizienter machen.

Grundlegende Zweifel an den Plänen hat Frank Buckenhofer, der Vorsitzende der Bezirksgruppe Zoll der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Skeptisch gesehen wird zum einen, ob eine neue Mammutbehörde, die für alles zuständig sein soll, am Ende tatsächlich für schlankere Strukturen und mehr Effizienz sorgt. Angebracht wäre aus Sicht der GdP stattdessen eine saubere Trennung der reinen Finanzverwaltung von den Fahndungs- und Ermittlungsaufgaben des Zolls. Zudem ändert die vom Bundesfinanzminister geplante Reform nach Buckenhofers Ansicht überhaupt nichts an den bestehenden Struktur- und Personalproblemen. „Wir sind nicht effektiv genug aufgestellt. Der Zoll verfügt über keine geeigneten Melde- und Befehlswege zur zeitnahen Beurteilung der Lage und zur passenden Führung der polizeilichen Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste.“

Befürchtet wird allerdings nicht nur, dass sich die neue Generalzolldirektion am Ende als lähmendes Bürokratiemonster entpuppt. Aus Sicht der GdP führen Schäubles Pläne auch zu einer extremen Machtkonzentration. Der Generalzolldirektor werde als Behördenchef mehr Befugnisse auf sich vereinen, als die Chefs von Bundespolizei, Bundeskriminalamt (BKA) und Verfassungsschutz zusammen, so der Vorwurf, der mittlerweile erhoben wird. „Seit 1945 hat unser Land eine solche Aufgaben- und Befugniskonzentration nicht mehr gekannt. Und das aus gutem Grund“, so die Warnung Buckenhofers.

> »Seit 1945 hat unser Land eine solche Aufgaben- und Befugniskonzentration nicht mehr gekannt. Und das aus gutem Grund«

Die Sorge vor einer Machtballung im Dunkeln samt den dazugehörigen Missbrauchsmöglichkeiten ist nicht ganz unbegründet. Tatsächlich hat der Gesetzgeber dem Zoll nämlich Kompetenzen eingeräumt, auf die Ermitter der Polizei zuweilen neidisch werden. In der Öffentlichkeit recht wenig bekannt ist etwa, dass Zollfahnder bei Routinekontrollen sogar über mehr Rechte als Polizeikräfte verfügen. Notfalls auch ohne vorherige richterliche Genehmigung darf der Zoll bei Gefahr im Verzug auch Grundstücke und Räume durchsuchen. Auf Anordnung dürfen ebenso Postsendungen geöffnet, Telefongespräche abgehört und Computertrojaner installiert werden. Oftmals unbekannt ist auch das breite Aufgabengebiet der Behörde, das weit über die Warenkontrolle an den Grenzen hinausgeht. Kümmern soll sich der Zoll ebenso um die Bekämpfung von Schwarzarbeit, die Aufklärung von Wirtschaftskriminalität, Geldwäschedelikte und neuerdings auch um die Einhaltung des Mindestlohns.

Sowohl die Aufgabenbreite als auch die vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse machen den Zoll eigentlich zu einem idealen Werkzeug im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, gegen die bisher kein Kraut gewachsen scheint. Längst überfällig drängt sich vor diesem Hintergrund die Frage auf, warum die Schäuble unterstehenden Ermittler mit ihren Möglichkeiten nicht längst viel stärker dort eingesetzt werden, wo die Polizei oftmals scheitert. Über die Ermittlungsschiene „illegale Einkünfte, Geldwäsche und Steuerhinterziehung“ angesetzt, könnte der Zoll vermutlich sehr viel effektiver gegen kriminelle arabische Großfamilien, systematischen Sozialbetrug und Drogenhandel vorgehen als etwa die Polizei. Lang bekannt ist etwa die Problematik, dass ausländische Clans hierzulande immer wieder bei undurchsichtigen Immobiliengeschäften auffallen. Personen, die dem Papier nach Hilfsarbeiter oder Asylbewerber sind, bezahlen im großen Stil Immobilien mit Bargeld aus der Plastiktüte.

Versuche der Polizei nachzuweisen, dass es sich bei den hohen Geldsummen um illegale Einkünfte aus Drogenhandel oder andere Verbrechen handelt, scheitern mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen meist. Das Potenzial, das der Zoll etwa zum Aufspüren krimineller Geldströme bietet, werde allerdings viel zu wenig genutzt, so eine häufig zu hörende Kritik. Buckenhofer formuliert es so: „Der Zoll ist ganz eindeutig die erfolgreichste Ermittlungsbehörde im Bereich der Organisierten Kriminalität noch vor der Polizei. Manchmal denke ich, dass für die Politiker Eurozone und ausgeglichene Haushalte mehr zählen als die Bekämpfung von Drogen- und Waffenhändlern oder die Terrorfinanzierung.“ *Norman Hanert*



Der Zoll hat Rechte, von denen die Polizei nur träumen kann: Beamte bei einer Razzia Bild: Caro

MELDUNGEN

»Asylverfahren beschleunigen«

Bielefeld – Einer Studie des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung zufolge sind 84 Prozent der Deutschen für eine schnellere Eingliederung von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt. Rund 40 Prozent seien allerdings zugleich der Meinung, dass Deutschland bereits jetzt an seine Belastungsgrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen stoße. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber gilt für die ersten drei Monate, doch auch danach hätten diese bis zum Abschluss des Anerkennungsverfahrens kaum Chancen, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Im Schnitt dauere das Verfahren 7,1 Monate. *U.M.*

Militär-Airbus bleibt am Boden

Berlin – Die Luftwaffe muss weiter auf die bestellten 53 Transportflugzeuge A400M warten, die schon vor neun Jahren hätten ausgeliefert werden sollen. Bisher hat sie erst ein Exemplar erhalten und das darf nach dem Absturz einer Maschine gleichen Typs in Südspanien bis auf Weiteres nicht abheben. Die spanische Justiz hat die Flugunfalluntersuchung als geheim eingestuft und die Weitergabe von Daten auch an den Hersteller und verbündete Luftstreitkräfte verboten. Solange keine Informationen über die Unfallursache vorlägen, könne nicht über die Wiederaufnahme des Flugbetriebes entschieden werden, teilte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Ralf Brauksiepe, mit. Da die Freigabe für Flüge mit Maschinen aus der Serienproduktion ausgesetzt sei, könnten auch keine weiteren Exemplare ausgeliefert werden. Nun prüft die Luftwaffe die Rahmenbedingungen für eine bis 2021 verlängerte Nutzung der betagten „Transall“. Die Kosten dafür könnten sich laut Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder auf 300 Millionen Euro summieren. *J.H.*

Bildung am Leben vorbei?

18-Jährige tritt Debatte über Lehrinhalte der Schule los

Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern und Miete oder Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtsanalyse schreiben. In vier Sprachen“, verbreitete die Kölner Schülerin Naima vor einigen Wochen via Kurzmitteilungsdienst Twitter und trat damit eine Debatte los, ob in der Schule die richtigen Inhalte vermittelt werden.

„Ich bin dafür, in der Schule stärker Alltagsfähigkeiten zu vermitteln“, erklärte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU), fügte allerdings hinzu: „Es bleibt aber wichtig, Gedichte zu lernen und zu interpretieren.“ Die nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) wies gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) auf eine weiterhin erforderliche Verantwortlichkeit der Eltern für „Alltagsfähigkeiten“ hin: „Die Schule kann nicht alles leisten.“

Unmittelbar nach Naimas Mitteilung begann auch die Wissenschaft, sich des Themas anzunehmen. Das Meinungsforschungsinstitut YouGov veröffentlichte in der vergangenen Woche Ergebnisse einer Meinungsumfrage zur Qualität des deutschen Schulsystems. 68 Prozent der Befragten gaben an, dass Kinder in der Schule „zu viel unnützes Zeug“ lernten, und 54 Prozent sind der Ansicht, dass die Qualität des Unterrichts in Deutschland in ihrer Jugend besser gewesen sei.

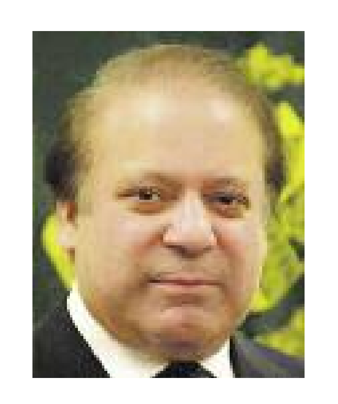
Diese Einschätzung trifft auf die Zustimmung des Deutschen Philologenverbands (DPhV), der davon spricht, „dass das Abitur entwertet wird, wenn mehr als 50 Prozent eines Jahrgangs die Reifeprüfung machen. Die Qualität des Abiturs hat gelitten. Die Prüfungen wurden leichter“, sagte Verbandsvorsitzender Heinz-Peter Meidinger in einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Zugleich appellierte Meidinger an die Politik, Inhalte auf die Lehrpläne zu setzen, „die die Schüler fit für das Berufsleben machen“.

> 68 Prozent kritisieren »zu viel unnützes Zeug«

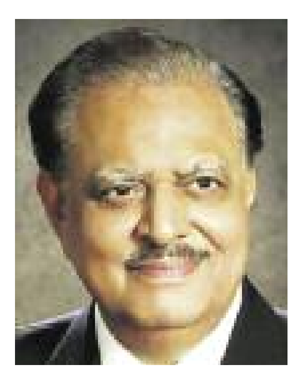
Drei von vier Deutschen sprachen sich in der Umfrage dafür aus, an Schulen ein Pflicht- oder Wahlfach „Benehmen“ anzubieten. Eine obligatorische Teilnahme aller Schüler an einem solchen Fach wäre für 51 Prozent der Befragten sogar wichtiger als ein Pflichtfach Wirtschaft, schreibt dpa. Der DPhV-Vorsitzende Meidinger will allerdings die Eltern nicht aus der Pflicht lassen. „Wenn Eltern als Vorbilder ausfallen oder auch die Gesellschaft zunehmend vorlebt, wie man mit Ellbogen und ohne Rücksichtnahme seine Ziele erreicht, ist auch Schule weitgehend machtlos“, sagte er dem Nachrichtensender NTV.

Früher war es sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR üblich, dass sogenannte Kopfnoten für Betragen oder Mitarbeit vergeben wurden. Mittlerweile wird diese Praxis von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich gehandhabt. Das Wirtschaftszentrum Berlin für Sozialforschung sieht in Kopfnoten einen neuen Trend, vor allem was den Berufseinstieg betrifft. Wer sich um einen Ausbildungsplatz bewerbe, sollte nicht nur gute Noten in Mathematik, Englisch und Deutsch vorweisen können. Mindestens ebenso wichtig seien deutschen Personalchefs Lehrerbewertungen über die Zuverlässigkeit, Motivation oder Teamfähigkeit von Schülern. „Gute Noten helfen nicht, wenn die Verhaltensbewertung schlecht ist; andererseits kompensiert eine gute Bewertung aber schlechte Noten zumindest etwas“, teilt das Institut mit. *Peter Entinger*

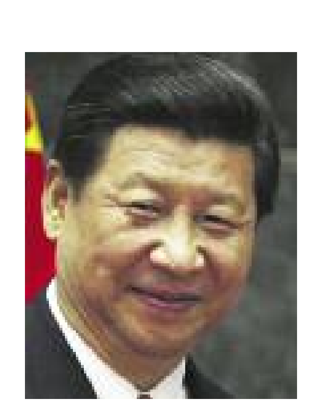
Zeitzeugen



Nawaz Sharif – Der 65-jährige Premierminister der Islamischen Republik Pakistan ist auch Vorsitzender der Pakistan Muslim League (N), der größten Partei seiner Heimat. Der studierte Jurist war bereits von 1990 bis 1993 und von 1997 bis 1999 Regierungschef seines Landes. Durch den Staatsstreich von General Pervez Musharraf abgesetzt und zunächst wegen Korruption zu lebenslanger Haft verurteilt, verbrachte er ab 2000 sieben Jahre im saudi-arabischen Exil. 2013 wurde er zum dritten Mal gewählt. Der hauptsächlich durch Stahlerzeugung zu einem der reichsten Männer des Landes gewordene Unternehmer und Politiker leitete erfolgreich viele Privatisierungen ein, geriet aber international durch die Atombombenversuche Pakistans als Antwort auf die indischen 1998 sehr in die Kritik.



Mamnoon Hussain – Der 1940 in Agra geborene pakistanische Präsident emigrierte 1949 mit seine Familie ins damals gerade unabhängig gewordene Pakistan. In Karachi studierte er Wirtschaftswissenschaften und war zunächst in der väterlichen Schuhfirma tätig. Später gründete er ein Textilunternehmen und stand an der Spitze der Industrie-und Handelskammer seiner Heimat. Seit 1968 in der gleichen Partei wie Sharif und dessen loyaler Gefolgsmann, wurde er 1999 Gouverneur der Provinz Sindh, aber als Folge des Staatsstreichs von General Pervez Musharraf noch im selben Jahr abgesetzt. In einem chronisch korrupten Land gilt er als integer und couragiert. Nach seiner Wahl ins höchste Staatsamt im Jahre 2013 trat er aus seiner Partei aus, da er als überparteilicher Vertreter aller Pakistanis gesehen werden möchte.



Xi Jinping – Seit 1974 in der Kommunistischen Partei Chinas (KPC), erklomm der heute 61-Jährige langsam die Karriereleiter. Im Jahr der Olympischen Spiele in Peking, für deren Organisation er verantwortlich zeichnete, wurde er zum Vizepräsidenten gewählt. Ende 2012 wurde er Generalsekretär der KPC. Seit März 2013 ist Xi Staatspräsident, womit in China der Übergang zur fünften „Führergeneration" abgeschlossen ist. Bei einem Besuch des Duisburger Hafens im März 2014 erinnerte er an seinen Vorschlag, einen Wirtschaftsgürtel entlang der Seidenstraße zu schaffen – mit China und Deutschland als den beiden Enden.

46 Milliarden vom Nachbarn

Xi Jinping brachte in Islamabad gewaltiges Investitionsvorhaben unter Dach und Fach

Chinas Präsident Xi Jinping traf am 20. April in Islamabad ein, um ein Investitionsvorhaben von 46 Milliarden US-Dollar unter Dach und Fach zu bringen. Es soll die chronische Energieknappheit in Pakistan beenden und das Land gleichzeitig zu einem wirtschaftlichen Knotenpunkt in der Region machen. Auch wird mit dem Projekt die Hoffnung verbunden, dem Handel in Zentral- und Südasien durch verbesserte Transportmöglichkeiten neue Impulse zu geben und den dortigen US-amerikanischen und indischen Einfluss zurückdrängen zu können.

Der China-Pakistan Economic Corridor (CPEC) ist Teil des im Herbst 2013 von Peking vorgestellten Wirtschaftsgürtels entlang der Seidenstraße (Silk Road Economic Belt), der von China über Zentralasien und den Indischen Ozean bis zum Persischen Golf hin zum Mittelmeer verläuft.

Dieser wird durch die Maritime Seidenstraße (Maritime Silk Road) ergänzt, die einerseits China mit Europa über das Südchinesische Meer und den Indischen Ozean sowie andererseits China über das Südchinesische Meer mit dem Südpazifik verbinden soll.

Gemeinsam getragen von der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform, dem Außenministerium sowie dem Handelsministerium, hatte Xi damals gleichzeitig die Gründung einer „Asiatischen Investitions- und Infrastrukturbank" (AIIB) angeregt.

Ein Jahr später unterzeichneten in Peking 21 Länder ein diesbezügliches Memorandum, darunter Indien, Singapur und Vietnam. Mitte April dieses Jahres hatten bereits 57 Nationen Interesse bekundet, darunter Australien, Deutschland, Großbritannien, Russland und die Türkei. China stellt zunächst 40 Milliarden Startkapital zur Verfügung.

Vergleiche mit dem US-amerikanischen Marshallplan hat der chinesische Außenminister Wang Yi zurückgewiesen. Die Initiative sei das „Ergebnis integrativer Zusammenarbeit und kein geopolitisches Werkzeug. Die überholte Mentalität aus der Zeit des Kalten Krieges sei dabei nicht hilfreich."

Schwenk von der Geopolitik hin zur Geoökonomie

Daher sehen Beobachter in dem CPEC einen Schwenk von der Geopolitik hin zur Geoökonomie. Elf Milliarden US-Dollar sind für Infrastrukturmaßnahmen und 35 Milliarden US-Dollar für Energieprojekte vorgesehen, die Gas, Kohle und Solarenergie umfassen. 16 400 Megawatt Strom sollen erzeugt werden, was in etwa der jetzigen Gesamterzeugung Pakistans entspricht.

Vorgesehen ist auch der Bau von Straßen, Eisenbahnlinien und Ölleitungen, womit sich die Strecke zwischen dem Mittleren Osten und China um mehrere Tausend Kilometer verkürzen und der gemeinsame Rivale Indien umgangen würde.

Der pakistanische Hafen Gwadar am Arabischen Meer, seit 2013 von einer chinesischen Aktiengesellschaft verwaltet, soll mit der 3000 Kilometer entfernten Stadt Kashgar in Chinas autonomem Gebiet Xinjiang verbunden werden. Gleichzeitig werden die drei Wachstumsmotoren des Kontinents vernetzt: Südasien, Zentralasien und China. Das rohstoffreiche Afrika rückt ebenfalls näher.

Doch es gibt auch kritische Stimmen, die davor warnen, dass alle chinesischen Großprojekte letztendlich davon abhängen, ob Pakistans Exekutive seine Verpflichtungen ohne Wenn und Aber erfüllt und mehr als gute Absichtserklärungen zu bieten hat. Die weitverbreitete Korruption auf Regierungsebene stellt ebenfalls ein Hindernis dar.

Aber noch schwerwiegender ist die Gefährdung durch islamische Terroristen in der Provinz Baluchistan. Denn genau dort, wo seit einem Jahrzehnt ein separatistischer Aufstand tobt, liegt Gwadar.

Markus Matthes

Der Erzrivale ist die Republik Indien

Nachdem die Britische Ostindien-Kompanie dort Land erworben hatte, war das heutzutage als Pakistan bekannte Gebiet ab 1756 Teil Britisch-Indiens. 1906 wurde in Dhaka die Muslimische Liga als politische Interessenvertretung gegründet. Ab 1940 forderten Moslems eine Teilung des Subkontinents und die Schaffung eines separaten Staates. Die Briten kamen diesem Wunsche entsprechend der Divise „teile und herrsche" am 14. August 1947 gerne nach. Die Folge war eine wahre Völkerwanderung: Während der Aufteilung folgenden Monate verloren auf beiden Seiten insgesamt rund 20 Millionen Menschen ihre Heimat und mehrere Hunderttausend ihr Leben.

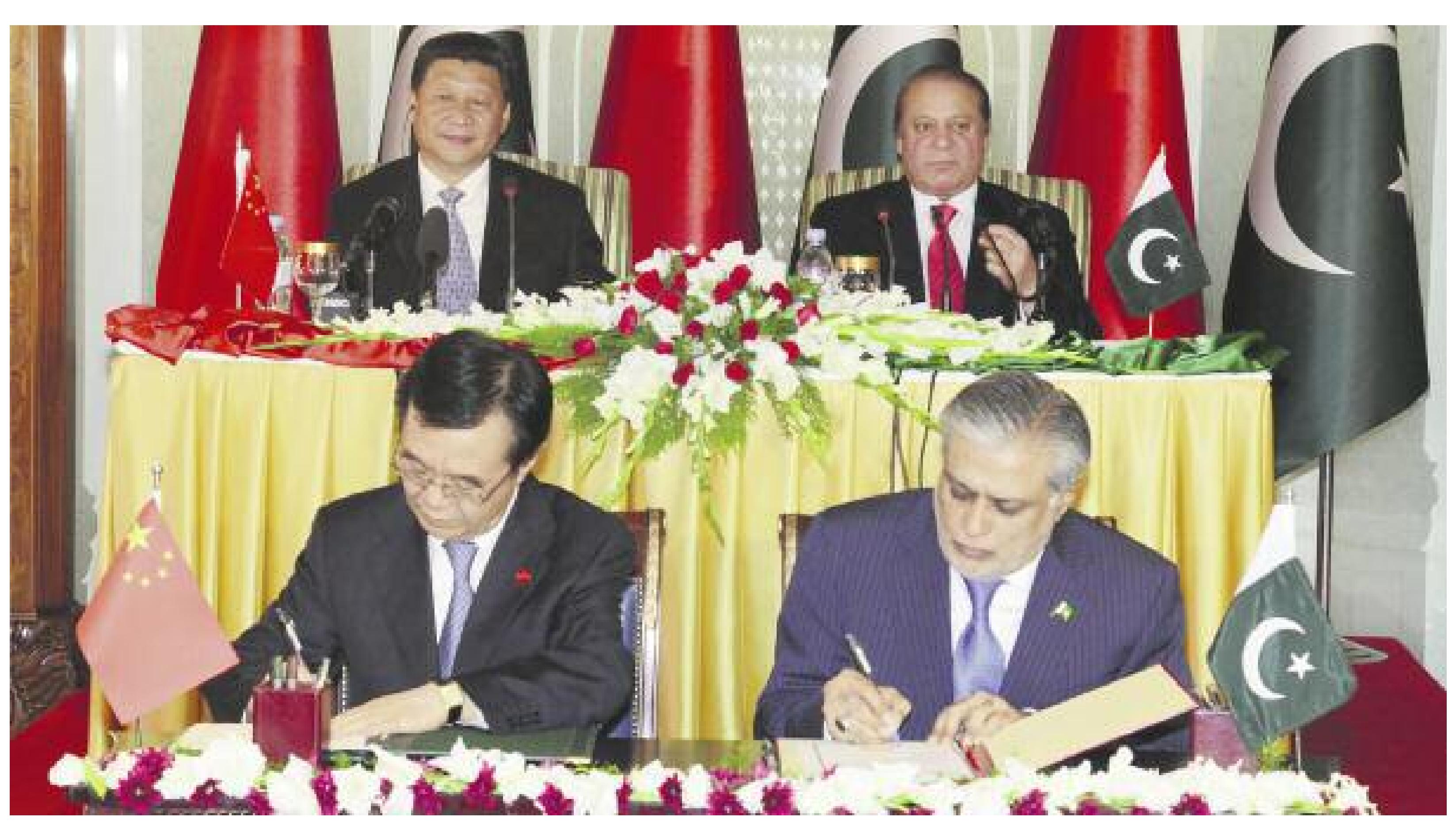
Einst gehörte Bangladesch dazu

Der Staat bestand zunächst aus zwei 1600 Kilometer voneinander entfernten Teilen, zwischen denen die Republik Indien lag: Westpakistan, das mit dem heutigen Pakistan identisch ist, sowie Ostpakistan, das seit 1971 unter dem Namen „Bangladesch" unabhängig ist.

Im Kalten Krieg stand das politisch und wirtschaftlich instabile Pakistan auf der Seite Chinas, während der Erzrivale, die Republik Indien, von der Sowjetunion unterstützt wurde. Der Staat erlebte drei Staatsstreiche und führte vier Kriege gegen die Republik Indien, hauptsächlich wegen der heute noch umstrittenen Region Kaschmir. Seit 1978 gilt in Pakistan teilweise die Scharia. Die Bevölkerungszahl der insgesamt fünf Provinzen dürfte bald die 200-Millionen-Grenze überschreiten.

Übrigens kostete seine angebliche Zustimmung zur Loslösung Pakistans von Indien Mahatma Gandhi 1948 das Leben. Im Alter von 78 Jahren wurde er von einem Hindu-Nationalisten erschossen.

M.M.



Bei der Unterzeichnung einer Grundsatzvereinbarung: Chinas Staats- (links oben) und Pakistans Regierungschef (rechts oben) Bild: pa

Konkurrenten und Partner

Die Rivalen USA und China wünschen beide Stabilität in Pakistan

Nachdem Chinas Staatspräsident seinen Besuch in Islamabad beendet hatte, war Washington vor allem daran interessiert, wie sich dieser auf die Stabilität in Pakistan und die der Region auswirken würde. Schließlich haben die Vereinigten Staaten mit ihrem bis 2017 dauernden Rückzug aus Afghanistan begonnen und Länder wie der Jemen und die Ukraine genießen nun Priorität. Wenn sie sich auch nicht ganz zurückziehen wie damals aus Vietnam, so wird mit hoher Wahrscheinlichkeit der Einfluss der USA in Pakistan doch ab- und dafür der Chinas weiter zunehmen. Weil die benötigte Menge an Investitionen die US-amerikanischen Kapazitäten überfordert, ist eher noch die Volksrepublik als die Führungsmacht der westlichen Welt in der Lage, maßgeblich zur wirtschaftlichen Integration in Südasien beizutragen. Die Idee einer in China ansässigen Asiatischen Investitions- und Infrastrukturbank (AIIB) verfolgen die US-Amerikaner gleichwohl mit beträchtlichem Misstrauen.

Angesichts der ehrgeizigen chinesischen Pläne wirken die 7,5 Milliarden US-Dollar, die Washington ab 2010 Islamabad durch die Kerry-Lugar-Berman-Verordnung über einen Zeitraum von fünf Jahren hat zukommen lassen, eher bescheiden. Diese an sich nicht unbeträchtliche Hilfe wurde in der dortigen Öffentlichkeit wenig wahrgenommen.

Aus pakistanischer Sicht liegt das daran, dass nicht einmal die Hälfte der Summe der Regierung zugutekam, während der Rest an Nichtregierungsorganisationen (NGO) und US-Firmen ging. Hingegen ist für das Pentagon die Ursache vielmehr darin zu suchen, dass das Geld zu breit gestreut worden sei und daher keine strategischen Auswirkungen auf Pakistan gehabt habe. In der Tat wurden beispielsweise bei dem angepeilten Hauptzweck Terrorismusbekämpfung keine entscheidenden Fortschritte gemacht.

China scheint aus den Fehlern der USA gelernt zu haben

Die Chinesen scheinen aus den Fehlern der US-Amerikaner gelernt zu haben. Sie sind nicht nur bereit, sich ungleich großzügiger zu engagieren, sondern sie legen schon seit Jahrzehnten den Schwerpunkt eindeutig auf die die Infrastruktur.

Zwar kritisieren einige westliche Diplomaten in Islamabad, dass Chinas zunehmendes Engagement in Pakistan der Versuch sei, den Bemühungen der USA, ihre Bündnisse in der Asien-Pazifik-Region zu vertiefen, entgegenzuwirken. Doch ungeachtet der Konkurrenz zwischen den Vereinigten Staaten und dem Reich der Mitte haben sie doch hinsichtlich Pakistan durchaus auch gemeinsame Interessen. Beide Mächte wünschen sich eine stabile Regierung, die den schwelenden Konflikt mit dem benachbarten Indien nicht eskalieren lässt, zumal beide Staaten Atomwaffen besitzen. Die Bekämpfung militanter Gruppierungen ist ebenfalls ein gemeinsames Ziel.

Da momentan die Vorteile die Nachteile aufwiegen, liegt eine weitere US-amerikanische Unterstützung für Pakistan, gerade im militärischen Bereich, in Chinas Interesse. Nichtsdestoweniger ist Peking entschlossen, auch selber in der Region zunehmend Flagge zu zeigen.

M.M.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Amtsträger werden Freiwild

Berlin: Tätliche Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte nehmen alarmierend zu



Inmitten politischer Randale: Feuerwehrleute löschen einen Brand, den linke Aktivisten für ein „bedingungsloses Bleiberecht“ von Asylbewerbern in Berlin-Kreuzberg gelegt haben

Bild: Imago

Angriffe auf Amtsträger, darunter Polizisten und Rettungskräfte, nehmen in Berlin zu. Schon 2011 stellten Experten einen deutlichen Anstieg fest – die Politik bleibt bei Lippenbekenntnissen.

Insgesamt 2562 körperliche Angriffe auf Berlins Amtsträger zählt die offizielle Statistik für 2014. Häufigstes Ziel sind Polizisten, doch sogar Helfer von Feuerwehr und Rettungsdiensten müssen sich oft plötzlich selbst retten, statt Menschen in Not zu helfen. Viele Beamte zeigen die Straffälle nicht an, denn die Strafverfolgung bleibt oft stecken oder ganz aus.

Eine von der Politik überlastete Justiz (die *PAZ* berichtete) verliert die Kraft, die Vergehen wirkungsvoll zu ahnden. Übergriffe, die zur Regel werden, fallen scheinbar nicht mehr ins Gewicht. Unter Polizeikollegen gilt es, das Gesicht zu wahren, keine Schwäche zu zeigen, was die Bereitschaft mindert, Vorfälle anzuzeigen. Es ist also, zusätzlich zu den alarmierenden bekannten Zahlen, mit einer erheblichen Dunkelziffer zu rechnen. Gewalt gegen Amtsträger stelle sich so faktisch oft als deren „Privatproblem“ dar, kritisieren deren Verbände. Der Politik ist das seit Jahren bekannt.

Eine Polizeiwache wird mit Steinen und Wurfgeschossen attackiert, die Polizisten direkt mit Steinen und Feuerwerkskörpern angegriffen, ein Beamter in den Rücken getreten – das ist die Bilanz der Gewalt gegen Beamte des jüngsten 1. Mai in Berlin, eines vergleichsweise „ruhigen“. Nicht nur Extremisten, wie meist auch in diesem Fall von links, sondern unauffällige Bürger greifen zunehmend Berlins Amtsträger an. Anzahl und Härte der Attacken bewegen sich seit Jahren auf hohem Niveau, Hemmschwellen sinken, sagen Polizei und Rettungsdienste. Dieser Erfahrungswert wird nun erneut von offiziellen Zahlen bestätigt.

Zwar werden Lehrer nicht mehr ganz so häufig von ihren Schülern attackiert wie in den Vorjahren, bei Polizei und Rettungskräften gibt es indes keine Entwarnung. Wurden 2011 noch 244 Lehrer von Schülern geschlagen und getreten (131 verletzt) so waren es vergangenes Jahr 175. 93 Pädagogen wurden dabei verletzt.

> Die Politik ergeht sich in Lippenbekenntnissen

Während die Gewalt in Schulen leicht zurückging, nahm sie im öffentlichen Raum weiter zu. Beides ergab die jüngste Antwort der Berliner Senatsinnenverwaltung auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Tom Schreiber. Am häufigsten wurden 2014 in der Hauptstadt Polizisten attackiert. Insgesamt 2148 Mal. Bei 1054 registrierte die Senatsinnenverwaltung Verletzungen. Bei Feuerwehrleuten listet der Senat 64 Angegriffene und 27 Verletzte auf. Justizvollzugsbeamte wurden 33 Mal attackiert, neun verletzt. Bei 142 sonstigen Vollzugsbeamten verzeichnete die Statistik ebenfalls Angriffe.

Die Ursachen für die anhaltend hohe Aggression gegen Amtsträger lassen sich laut Senat schwer ergründen. Offiziell spricht Berlins Politik von gesunkenen Hemmschwellen, mangelndem Respekt und schwindenden Werten. Als Lösung sieht der Senat Schulungen vor: Alle relevanten Behörden böten sie und weitere Qualifizierungen an. Wie sich Staatsdiener vor der sich zunehmend unvermittelt gegen sie entladenden Gewalt schützen können, verraten die Schulungen indes kaum.

Die Politik tut sich schwer mit konkreten Gegenmaßnahmen. Berlin ist als Großstadt wissenschaftlich gesehen Zuwachsgebiet solcher Gewalt – die Zeit zum Handeln also gekommen. Eine Umfrage der Ruhr-Universität Bochum unter Rettungsdienstmitarbeitern in Nordrhein-Westfalen ergab: Je größer der Ort, desto mehr Übergriffe pro Amtsträger. Die Täter sind meist Männer, zwischen 20 und 39 Jahre alt, und oft alkoholisiert. Auch die direkten statistischen Zahlen Berlins sprechen eine deutliche Sprache, vom Krankenstand unter Polizisten ganz zu schweigen.

Die Landesbezirksvorsitzende der Polizeigewerkschaft GdP, Kerstin Philipp, verlangte am 19. Mai angesichts der neuesten Äußerungen des Senats zum Thema Gewalt gegen Polizeibeamte endlich Konsequenzen: „Es genügt nicht, dem Problem allein mit immer neuen Arbeitsgruppen, Lagebildern und Diskussionsveranstaltungen zu begegnen.“ Sie fordert: Ein Angriff auf Polizei und Rettungskräfte solle grundsätzlich strafbar sein. Ein neuer Straftatbestand „wäre endlich ein deutliches gesellschaftspolitisches Signal, dass Angriffe wie etwa Steinwürfe kein Spaß sind“.

Was SPD-Innenpolitiker Schreiber zu den Übergriffen sagt, bleibt dagegen unverbindlich: „Die Zahlen sind schockierend.“ Er forderte „Solidarität“, „außerdem müssen die Strafverfolgungsbehörden diese Verfahren zügig bearbeiten“. Für den Koalitionspartner CDU wurde Innensenator Frank Henkel im April deutlicher, verlangte eine Strafverschärfung: „Viel zu oft sehen sich die Einsatzkräfte aus dem Hinterhalt einem Angriff ausgesetzt, der sie daran hindert, ihre Arbeit zu machen.“ Doch Henkel lässt bereits länger prüfen – 2013 kritisierte er die „unverändert hohe Zahl“ von Übergriffen, kündigte eine Strafrechtsverschärfung an. Dabei ist es vorerst geblieben. Jetzt will er einen neuen Paragraphen als Ergänzung des Strafgesetzbuches „aufgeschlossen prüfen“.

Die Betroffenen warten. Dass eine Zunahme der Aggressivität nicht nur ihrem Empfinden entspringt, zeigt eine Umfrage des Malteser Hilfsdienstes von 2012. Rettungskräfte in ganz Deutschland gaben zu mehr als 50 Prozent an, die Zahl der Angriffe bei Hilfseinsätzen nehme zu. Auch die Bundespolizei stellte in den letzten Jahren steigende Zahlen fest. Wann die Politik endlich reagiert, steht weiter in den Sternen. *Sverre Gutschmidt*

Karneval der Kulturen

Von Vera Lengsfeld

Kaum haben sich Kreuzberg und Neukölln von den ausgedehnten Maifeierlichkeiten erholt, steht schon das nächste subventionierte Megafest ins Haus: der Karneval der Kulturen. Seit 1996 findet dieses Ereignis jährlich in Berlin statt und wird immer umfangreicher. Nun gibt es auch schon einen Kinderkarneval.

In diesem Jahr zog das Spektakel wieder um die 750 000 Besucher an, wobei die Millionenmarke, die Anfang 2000 erreicht wurde, erneut deutlich verfehlt worden ist. Dafür gab es mehr Akteure als bisher. Die Veranstalter meldeten 3900 Karnevalisten, neun Wagen mehr als im Vorjahr.

Ein solcher Riesenumzug braucht seine Zeit, ehe er die vorgegebene Strecke bewältigt hat. Trotzdem bezogen viele Berliner schon am frühen Morgen ihre Plätze am Straßenrand, ausgerüstet mit Campingstühlen und Wannen mit in Eiswasser gekühltem Bier, damit die lange Wartezeit nicht durstig und stehend überbrückt werden musste. Auch wer weniger vorsorglich war, musste um sich um sein leibliches Wohl nirgends sorgen, denn überall an der Strecke qualmten die Grills und waren alle Läden, sogar eine Tankstelle, in Getränkestützpunkte umfunktioniert worden.

Alkohol floss ab dem Vormittag in Strömen. Niemand kümmerte sich um die großen, orangen Plakate der Veranstalter, die an den Laternen entlang der Festmeile hingen: Die Festordnung, die darauf hinwies, was erlaubt und was verboten sei. Untersagt sind, so las man, das Mitbringen von Glasflaschen, Alkoholkonsum und öffentliches Grillen. Typisch für Berlin der Zusatz: „sofern möglich“. Möglich war es, sich alle paar Meter an herumliegenden Glasscherben zu schneiden, oder einen Hustenanfall wegen des fettigen Grillqualms zu bekommen. Der Feierlaune tat das keinen Abbruch. Die erstmals ernannte „Karnevalsprinzessin“, Integrationssenatorin Dilek Kolat, lobte denn auch das „Berliner Feeling“, das in dem Spektakel zum Ausdruck komme.

Berlin präsentiere sich so bunt, wie es sei. „Beim Karneval der Kulturen setzen wir die Botschaft, dass Vielfalt in Berlin Normalität ist.“ Wer genauer hinsah, bemerkte, dass etwas fehlte. Im türkisch dominierten Kreuzberg nahmen kaum türkische Wagen an diesem Umzug teil, der von den Südamerikanern und den Afrikanern dominiert wurde.

„Never stopp to smile“, war der Schlachtruf der von einem Clown an der Spitze des Festzuges verkündet wurde. Seine Botschaft kam kaum an, denn sie wurde von dem Trommelwirbel, der den Zug begleitete, übertönt.

Den Bewohnern der Häuser, die mehrere Tage dem Festlärm ausgesetzt werden, fällt es sichtlich schwer, der Aufforderung zum Dauerlächeln zu folgen.

»Pädophiles Netzwerk«

Kindesmissbrauch: Grüne quält die eigene Vergangenheit

Wie aus einem kürzlich vorgestellten Bericht der Berliner Grünen hervorgeht, hat es bei der Alternativen Liste (AL), der Vorläuferorganisation von Bündnis 90/Die Grünen in der Hauptstadt, massiven sexuellen Missbrauch von Kindern gegeben. Wie von der parteiinternen Kommission ebenfalls ermittelt wurde, haben Berlins Grüne bis Mitte der 90er Jahre wie kein anderer Landesverband Pädophilen Raum für die Verbreitung ihrer Thesen geboten.

So galten Pädophile in der Partei als Opfer gesellschaftlicher Diskriminierung und staatlicher Repression. Zwar tauchten in Parteiprogrammen Forderungen nach Straffreiheit für Sex mit Minderjährigen ab Anfang der 80er Jahre nicht mehr auf, die Positionen wurden mit Ausnahme einer Frauengruppe aus Kreuzberg aber weiter toleriert.

Berlins Grüne müssen sich allerdings nicht nur dem Vorwurf stellen, dass Pädophile die Partei für ihre Propaganda nutzen konnten. Mehrere Täter haben die Strukturen der AL offenbar auch genutzt, um ein Missbrauchsnetzwerk zu knüpfen. So sollen mindestens zwei Parteimitglieder in den 80er und 90er Jahren zahlreiche Jungen missbraucht haben. Es handelt sich um verurteilte Straftäter, die mittlerweile tot sind. Wie der „Tagesspiegel“ berichtet, sollen die Männer eine eigene Arbeitsgemeinschaft „Jung & Alt“ innerhalb der Partei gegründet haben, in der sexuelle Beziehungen zu Minderjährigen thematisiert wurden.

> Berliner AL sah die Täter sogar als Opfer

Bislang liegt noch weitgehend im Dunkeln, was sich im Einzelnen bei der Arbeitsgemeinschaft abgespielt hat. Aufklärungsbedarf besteht auch weiterhin bei einem Kreuzberger Freizeitladen. Angenommen wird, dass es dort zu Missbrauchsfällen von Jungen im Grundschulalter durch zwei AL-Mitglieder gekommen ist.

Bei der Vorstellung des Berichts räumte die Landeschefin der Grünen, Bettina Jarasch, das „völlige Versagen“ im Umgang mit pädophilen Tätern und Einstellungen in den eigenen Reihen ein. „Wir schämen uns für das institutionelle Versagen unserer Partei, das durch unsere Recherchen so offenkundig und unleugbar geworden ist“, so Jarasch. Das ausdrücklich nicht als „Abschlussbericht“ bezeichnete Papier der Untersuchungskommission hinterlässt eine Reihe ungeklärter Punkte: So fehlen bislang völlig Berichte der Opfer. Eingeräumt werden musste ebenso, dass auch die Zahl der betroffenen Kinder noch nicht geklärt werden konnte. *N. Hanert*

Berliner Slums

Im Tiergarten wachsen ganze Zeltstädte

Die Ämter sind völlig überlastet, Notunterkünfte können kaum so schnell bereitgestellt werden, wie neu angekommene Asylbewerber und illegale Immigranten sie füllen. Auf der Strecke bleiben jene Menschen, die sich nicht als „Flüchtling“ titulieren können (oder wollen) und die dennoch auf der Straße stehen.

Obdachlose Deutsche und gestrandete Wanderarbeiter aus Mittelosteuropa bevölkern in zunehmenden Maß die Grünflächen des weitläufigen Berliner Tiergartens. Das Problem verschärft sich mit hoher Geschwindigkeit.

> Viele Osteuropäer stranden hier

Der Leiter der Bahnhofsmission im Bahnhof Zoo, Dieter Puhl, schildert gegenüber dem Sender RBB die Entwicklung: „Aus da mal ein Zelt, dort mal ein Zelt, wurden vor zwei Jahren kleine Ansammlungen. In diesem Jahr kann man tatsächlich von kleinen Zeltstädten sprechen.“ Der Leiter einer Notunterkunft verrät die Hintergründe: „Es hat sich alles dramatisch verändert. Es sind eben mehr geworden durch die EU-Osterweiterung.“

Wegen der „Arbeitnehmer-Freizügigkeit“ dürfen EU-Bürger überall in der Union nach einer Anstellung suchen. Das hat viele Menschen aus ärmeren Ländern dazu verleitet, sich aufs Geratewohl in vermeintlich vielversprechendere EU-Staaten aufzumachen. Für etliche endet die Reise im Elend von Obdachlosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen und gewissenloser Ausbeutung.

Das zuständige Berliner Bezirksamt sieht sich außerstande, der Zustände im Tiergarten Herr zu werden. Das sei eben ein Zeichen für die zunehmende Armut in Europa, heißt es von dort schulterzuckend. *H.H.*

Unter Feuer wegen Pegida

SPD-Mitglied Andreas Micksch soll diszipliniert werden. Grund: Der Mann, der dem Vorstand des Ortsvereins Brandenburg-Altstadt/Nord angehört, hatte sich an verschiedenen Pegida-Demonstrationen in Brandenburg beteiligt. Der SPD-Unterbezirksvorstand, dessen Vorsitzender der Landtagsabgeordnete Ralf Holzschuher ist, hat daher ein Ordnungsverfahren eingeleitet. Micksch wehrt sich: „Ich bin nicht rechts, wollte nur provozieren.“ Zudem habe der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel mit Pegida-Leuten diskutiert. Holzschuher zeigt sich uneinsichtig: „Wir können nicht tolerieren, dass ein Sozialdemokrat neben Republikaner-Chef Heiko Müller steht.“ Das Verfahren verspricht indes wenig Erfolg. Das damalige Parteiordnungsverfahren der SPD gegen den Buchautor Thilo Sarrazin verlief ergebnislos. So dürften die gegen Micksch gerichteten Aktivitäten lediglich der Einschüchterung von potenziellen Nachahmern dienen. *T.M.*

MELDUNGEN

IS finanziert Kindergärten

Priština – Nichtregierungsorganisationen mit Kontakten zum Islamischen Staat sollen im Kosovo Kindergärten, Schulen und Studentenheime finanzieren. Das berichtet die im Kosovo erscheinende albanischsprachige Zeitung „Koha Ditore“ unter Berufung auf einen nicht näher genannten westlichen Nachrichtendienst. Dem Bericht zufolge wurden nach dem Kosovokrieg viele Organisationen aufgelöst, die einschlägig für ihren Islamismus bekannt waren. Aus diesem Umfeld seien dann Nachfolgeorganisationen entstanden, die nun im Verdacht stehen, hinter der Finanzierung zu stehen. *N.H.*

»Piraten« in Island vorn

Reykjavik – In Deutschland sind die „Piraten“ nur eine Splitterpartei, doch in Island könnten sie die nächste Regierung stellen. Wären jetzt Wahlen, würden laut Umfragen rund 30 Prozent die Piratenpartei wählen – mit steigender Tendenz. Damit liegen die „Piraten“ deutlich vor der konservativen Unabhängigkeitspartei mit 22 und den Sozialdemokraten mit 14 Prozent. Für die liberale Fortschrittspartei, die derzeit den Ministerpräsidenten stellt, sprachen sich nur zehn Prozent aus. Gründerin und Parteichefin der Piratenpartei ist die Parlamentsabgeordnete Birgitta Jonsdottir, die durch ihr Engagement für die Enthüllungs-Plattform „Wikileaks“ bekannt wurde. Dass sie deshalb 2011 ins Visier des US-Justizministeriums geriet, sorgte in Island für Empörung und brachte ihr die Sympathie ihrer Landsleute ein. Von Wikileaks-Gründer Julian Assange, dem sie das Betreiben eines „Personenkults“ vorwirft, hat sie sich mittlerweile distanziert. „Der Botschafter darf nicht wichtiger werden als die Botschaft selbst“, begründete sie diesen Schritt. *M.H.*

Christentum soll Islam weichen

Frankreich plant einschneidende Veränderungen des Geschichts- und des Fremdsprachenunterrichts

Die Reform der schulischen Mittelstufe will das Christentum auch aus dem Geschichtsunterricht und Deutsch und Latein aus dem Fremdsprachenunterricht verbannen.

In Frankreich gibt es seit 1905 die Trennung von Kirche und Staat und folglich auch keinen Religionsunterricht mehr, sehen wir einmal von Elsaß-Lothringen ab, das 1905 noch zum Deutschen Reich gehörte und wo deshalb auf die Durchführung der Trennung verzichtet wurde. Das einzige Schulfach, wo noch etwas über Religion unterrichtet wird, ist bislang zumindest noch das Fach Geschichte. Hier wird wenigstens noch die Geschichte des Christentums gelehrt und erklärt, warum Frankreich, „die älteste Tochter der Kirche“ war. Wenn die von Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem geplante Reform der schulischen Mittelstufe Gesetz wird, soll in Zukunft im Geschichtsunterricht allerdings auf die Unterrichtung der Geschichte des Christentums verzichtet werden. Nicht verzichtet werden soll allerdings auf Initiative der aus Marokko stammenden Ministerin, die sich selbst als praktizierende Muslima bezeichnet, auf den Unterricht der Islamgeschichte. Die Geschichte des Islams soll in Zukunft zur Pflichteinheit im Geschichtsunterricht werden. „Islam Pflicht, Aufklärung bei Belieben“, kommentiert das der Philosoph Michel Onfray über Twitter. In diesem Unterricht soll dann auch erklärt werden, warum die Gleichheit für muslimische Frauen nur bedingt gelten darf und warum der Schleier für Muslimas ihrer „freien Wahl“ entspricht, wie die Ministerin behauptet.

Frankreichs 1977 in Beni Chiker geborene Ministerin für nationale Erziehung, höhere Bildung und Forschung Vallaud-Belkacem wird zu den größten Entdeckungen der französischen Politik gezählt. Sie ist bereits zur drittwichtigsten Persönlichkeit in der Regierung Hollande aufgestiegen, obwohl sie einst die Aufnahmeprüfung zur École nationale d'administration (ENA), an der traditionell die Elite der französischen Verwaltungsbeamten ausgebildet wird, nicht geschafft hatte. Nur Premierminister Manuel Valls, der ihr großes politisches Talent bescheinigt, kommt noch vor ihr. Präsident François Hollande hält große Stücke auf sie. Im Wahlkampf 2012 war sie seine Sprecherin. Seiner ersten Regierung gehörte sie als Ministerin für Frauenrechte an.

Frankreichs Deutschunterricht droht das Ende

Die Reform der schulischen Mittelstufe ist nach dem Ausbleiben einer Wirtschaftserholung das größte und ein schon lange ausstehendes Reformprojekt der sozialistischen Regierung. Vom Schuljahr 2016 an will die Ministerin auch das Fremdsprachenangebot in den staatlichen Mittelschulen reduzieren. Sogenannte bilinguale Klassen, in denen Schüler ab dem 6. Schuljahr neben Englisch auch Deutsch lernen, soll es dann nicht mehr geben. Nur Schüler, die in der Grundschule mit einer anderen Sprache als Englisch begonnen haben, sollen diese zusammen mit Englisch fortführen können. Dies wäre das Ende des Deutschunterrichts in Frankreich.

Dagegen protestieren Deutschlehrer und auch die Mitglieder der deutsch-französischen Freundschaftsgruppe im Parlament. Sogar der frühere Premierminister Jean-Marc Ayrault, dessen Kabinett Vallaud-Belkacem zwei Jahre lang angehörte, kritisierte diesen „bedauerlichen Rückschritt“. Mit der Einführung der „Bilingualen“ vor zehn Jahren war der Niedergang des Deutschunterrichts in Frankreich aufgehalten und der Trend umgekehrt worden. Heute wählen wieder 16 Prozent der französischen Schüler Deutsch als zweite Fremdsprache, was dem Élysée-Vertrag von 1963 zwischen der Bundes- und der Fünften Republik entspricht.

Kritik an dieser Reform kommt auch von der Frankreich-Beauftragten der Bundesregierung, der saarländischen Ministerpräsidenten Annegret Kramp-Karrenbauer. Jedoch Hollande stellte sich hinter die Pläne seiner Ministerin. Er werde für die Reform „mit aller Kraft kämpfen“, sagte er.

Die Einheitsschule war in Frankreich Mitte der 70er Jahre unter gaullistischer Regierung durch die Schaffung des Einheitskollegs bis zur 9. Klasse verlängert worden. Das Gymnasium beginnt heute in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland erst mit der 10. Klasse. Doch anstatt schulische Ungleichheiten abzubauen, hat die Reform jährlich 150000 Schulabbrecher produziert. Jetzt befürchten viele eine von oben verordnete Gleichmacherei republikanischen Zuschnitts. Fast ein Fünftel aller Mittelschüler besucht eine der zahlreichen privaten, zumeist katholischen Schulen, die höhere Erfolgsquoten als die öffentlichen Einrichtungen aufweisen. Gerade aber die Kirche hat sich die sozialistische Regierung mit der Verbannung der Kirchengeschichte aus dem Geschichtsunterricht und mit der „Ehe für alle“ bereits im letzten Jahr zum neuen Feind gemacht.

Bodo Bost



Muslimin mit Immigrationshintergrund: Frankreichs Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem Bild: pa

Werben um Auslandstürken

Pro-kurdische HDP möchte mit Parlamentseinzug Erdogan stoppen

Bei den Parlamentswahlen in der Türkei am 7. Juni scheint es wahrlich auf jede Stimme anzukommen. Präsident Recep Erdogan möchte gerne die parlamentarische in eine präsidiale Republik umwandeln. Dafür müsste er die Verfassung ändern und dafür bräuchte er wiederum eine Zweidrittelmehrheit im türkischen Parlament. Anschließend würde das Volk zu den Plänen seines Präsidenten in Form einer Abstimmung befragt. Noch hat Erdogan keine Zweidrittelmehrheit im Parlament, doch die Chancen, dass sich das nach der nächsten Parlamentswahl ändert, stehen für ihn nicht schlecht. Einen Strich durch die Rechnung könnte ihm der Einzug einer kleinen Partei machen.

Alle Augen richten sich in diesem Zusammenhang auf die prokurdische Halkların Demokratik Partisi (HDP), deren Name so viel bedeutet wie „Demokratische Partei der Völker“. Diese erst 2012 gegründete Partei malt ein düsteres Szenario an die Wand. „Sollte es Erdogan gelingen, das von ihm angestrebte Präsidialsystem einzurichten, dann wird unser Land in eine Diktatur abgleiten“, sagte ihr Vorsitzender Selahattin Demirtas gegenüber „Spiegel Online“.

Nicht ganz zu Unrecht wird die HDP von ausländischen Beobachtern gerne mit den Grünen in der Bundesrepublik verglichen. So engagiert sich die basisdemokratische Partei nicht nur für die Rechte der Kurden, sondern auch für andere Minderheiten. Spitzenpositionen innerhalb der Organisation werden jeweils von einem Mann und einer Frau ausgefüllt. Demirtas teilt sich das Amt des Parteivorsitzenden mit Figen Yüksekdag.

Gemäß den auf Meinungsumfragen fußenden letzten Wahlprognosen könnte Erdogan sein Vorhaben umsetzen, wenn die HDP den Einzug ins Parlament verfehlt. Mit einer Hürde von zehn Prozent liegt das für einen Parlamentseinzug erforderliche Quorum in der Türkei außergewöhnlich hoch. Die Meinungsforscher sehen die HDP zwischen neun und 10,5 Prozent.

Präsident erstrebt verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit

Bei der Wahl vor vier Jahren, an der die HDP noch nicht teilnahm, kam die AKP mit 49,8 Prozent auf 327 Sitze; sollte die 2012 gegründete HDP an der Zehn-Prozent-Hürde scheitern, dürfte Erdogans Partei die erforderlichen 330 Sitze erreichen. „Der Weg der Türkei würde dann einer Richtung Abgrund sein“, sagt Demirtas, der auch „das europäische Ausland sensibilisieren will“.

Seine Offensive in den bundesdeutschen Medien hat durchaus ihren Grund. 2,9 Millionen Auslandstürken sind bei der Wahl stimmberechtigt, knapp die Hälfte von ihnen lebt in der Bundesrepublik. Demirtas hofft auf rund 200000 Stimmen aus Deutschland. „Dann werden wir es schaffen“, sagt der Fachanwalt für Menschenrechte und gibt sich zuversichtlich. „Ich habe eine historische Mission. Dabei kann ich keine Angst haben.“

In den vergangenen Wochen wurde Erdogan nicht müde, die frühere Nähe der HDP zu der in der Türkei, der EU und den USA als terroristische Vereinigung eingestuften kurdischen PKK zu betonen und sie der Verfassungsfeindlichkeit zu verdächtigen. Demirtas konterte mit dem Vorwurf, dass Erdogan Wahlkampf für die AKP betreibe und damit seinerseits gegen die Verfassung verstoße, die dem Präsidenten Neutralität vorschreibt. „Seine Kampagne basiert darauf, Lügen über mich zu verbreiten“, sagte der HDP-Vorsitzende gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Auch die Wahlkommission sei nicht unabhängig. „Im Beamtenapparat gibt es niemanden, der keine Angst vor dem Präsidenten hat.“ *Peter Entinger*

Schleichende Entfremdung

Gipfeltreffen zwischen den USA und Golfstaaten in Camp David

US-Präsident Barack Obama hatte seine Ferienresidenz Camp David gewählt, um auf einem Gipfeltreffen mit den Staatschefs der Mitgliedsstaaten des von den Saudis angeführten Golf-Kooperationsrates (Gulf Cooperation Council, GCC), sprich Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) und Saudi-Arabien Probleme zu beseitigen, die seit längerer Zeit die Beziehungen zu belasten drohen. Obamas diplomatische Öffnung gegenüber dem Iran mit den Verhandlungen über ein Nuklearabkommen sind ein Albtraum für die Ölscheichs, vor allem die Saudis, die ihre lange bestehende vorherrschende Rolle im Mittleren Osten durch einen rapide steigenden Einfluss Irans gefährdet sehen.

Doch sagten vier der Herrscher ihre Teilnahme ab und schickten Vertreter. Allen voran der neue saudi-arabische König Salman. Er schickte Kronprinz Mohammad Ibn Nayif und den stellvertretenden Kronprinz Mohammad Ibn Salman. Der Affront war nicht zu übersehen. Sultan Qaboos bin Said von Oman und Scheich Khalifa bin Zayed al Nayan von den VAE ließen sich ebenfalls, durch Krankheit entschuldigen.

Was die Saudis wie die anderen Staaten wollen, ist ein Verteidigungspakt mit den USA, der die US-Amerikaner zwingen würde, ihre volle Kriegsmaschine inklusive Nuklearwaffen einzusetzen, sollte ein anderes Land – wobei stets der Iran gemeint ist – einen der Paktpartner angreifen.

Doch das liegt Obama fern. Seine Strategie ist, dass die Staaten ein gemeinsames Verteidigungssystem aufbauen und sich selbst helfen. Die US-Präsenz scheint ihm stark genug. Bahrain beherbergt die 5. US-Flotte, und das Pentagon unterhält unter anderem 35000 Soldaten, zwei Flugzeugträger-Spezialeinheiten, Cyber-Krieg-Spezialisten und Drohnen-Einheiten in der Region. Auch befinden sich die USA und Saudi-Arabien mitten in Verhandlungen über ein über 20 Jahre laufendes und 60 Milliarden US-Dollar schweres Waffengeschäft.

Obama lehnt den von den Arabern gewünschten Pakt ab

Doch boten die US-Amerikaner an, den Golfstaaten den Status von „Major Non Nato Allies“ (wichtige Nicht-Nato-Verbündete) zu geben und damit mit US-Verbündeten wie Japan, Australien oder Israel gleichzustellen. Das würde bedeutet, dass sie leichter an US-amerikanische Waffen herankämen. Vereinbart wurden umfangreiche gemeinsame Manöver, wie eine engere Zusammenarbeit auf den Gebieten Terrorismusbekämpfung, Grenzschutz, Sicherheit, Cyber-Attacken und Raketenabwehrschirm.

Dafür gaben die Vertreter der Golfstaaten zögernd ihre Einwilligung zu einer Einigung mit dem Iran. Auch wurde vereinbart, dass die Golfstaaten die USA vor kriegerischen Einsätzen informieren. Das war ein Hieb auf die Saudis, die für das Bombardement auf Jemen keine US-Genehmigung eingeholt hatten.

Das eher magere Fazit des Gipfeltreffens ist die Erkenntnis, dass keine Seite auf die andere verzichten kann oder will, dass aber beide Seiten vorsichtig auseinanderstreben. Die US-Amerikaner sind nicht mehr so abhängig vom Öl durch ihre massive eigene Produktion. Und abgesehen von dem Kampf gegen den Islamischen Staat sieht Obama keinen Sinn für die USA darin, in das unvorstellbare Chaos nach dem Arabischen Frühling im Mittleren Osten einzugreifen. Sein Interesse verlagert sich langsam in den Pazifikraum, Und auch die Araber bemühen sich um neue Partner, beispielsweise die Franzosen.

Liselotte Millauer

Europa droht ein zweites Griechenland

Ukraine: Staatsbahn hat Insolvenz angemeldet – Regierung strebt Umstrukturierung der Staatsschulden an

Während mit Spannung verfolgt wird, wie der Poker zwischen Griechenland und seinen Geldgebern endet, droht nun auch noch aus einer anderen Ecke Europas eine Staatspleite samt Verlusten für Deutschland, aus der Ukraine. Schuld ist die dortige Staatsbahn.

Die ukrainische Staatsbahn hat Insolvenz anmelden müssen. Laut ukrainischen Medien will der Staatskonzern in den kommenden zwei Monaten die Bedingungen für Schulden im Wert von umgerechnet 1,4 Milliarden Euro neu verhandeln. Wie der Staatsbetrieb versucht auch die ukrainische Regierung derzeit, ihre Schulden bei privaten Gläubigern umzustrukturieren. So hat das ukrainische Parlament ein Gesetz erlassen, mit dem notfalls Zahlungen an ausländische Gläubiger einfach ausgesetzt werde sollen. Treffen soll dies Kreditgeber, deren Verhalten als „gewissenlos“ eingestuft wird. Zeitgleich spitzt sich die finanzielle Lage in Kiew immer mehr zu. Die Ratingagentur Standard & Poors rechnet inzwischen damit, dass ein Zahlungsverzug der ukrainischen Fremdwährungsschuld kaum noch zu vermeiden ist. Dementsprechend wurde von der Agentur die ukrainische Devisen-Bewertung auf die Stufe „CC“ gesenkt. Weltweit ist damit nur noch Argentinien schlechter eingestuft. Ungeachtet solcher Aussichten hat US-Präsident Obama der Ukraine inzwischen eine neue Kreditbürgschaft über eine Milliarde US-Dollar gegeben.

Sollte es tatsächlich zu einer Pleite der Ukraine kommen, drohen allerdings nicht nur den US-Steuerzahlern Verluste. So ist dem ukrainischen Regierungschef Arsenij Jazenjuk bei seinem letzten Berlinbesuch noch zu Anfang dieses Jahres, von der Bundeskanzlerin eine Kreditbürgschaft im Umfang von 500 Millionen Euro zugesagt worden. Angesichts der finanziellen Lage der Ukraine, ist zu befürchten, dass Bürgschaften gegenüber Kiew schnell zu echten Verlusten – oder aber zu neuen Hilfszusagen führen. Wiederholen könnte sich, was schon im Fall Griechenlands zu beobachten war: Aus Angst, gegenüber Wählern und Steuerzahlern Verluste eingestehen zu müssen, wird immer wieder gutes Geld schlechtem nachgeworfen.

> Zu Unrecht wird Griechenlands Finanzminister als Amateur verharmlost

Momentan mehren sich die Hinweise darauf, dass Athen mit seinem Pokerspiel um neue Milliarden Erfolg haben wird. Relativ unbeachtet von der Öffentlichkeit bewilligt zum Beispiel die Europäische Zentralbank immer neue Nothilfen für Griechenlands Banken. So ist bei der so genannten „Emergency Liquidity Assistance“ inzwischen die Marke von 80 Milliarden Euro erreicht. Sollten die Gespräche mit Athen am Ende scheitern, steht aber noch mehr auf dem Spiel: Schon bis Februar 2015 war Griechenland im Target2-Verrechnungssystem der Euro-Zone gegenüber anderen Zentralbanken mit mehr als 91 Milliarden Euro im Minus. Sollten diese Summen bei einem Zahlungsausfall endgültig als Ausfall verbucht werden müssen, sähe sich vermutlich nicht nur der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi in Erklärungsnot. Alle involvierten Politiker würden im Verdacht stehen, im Zuge der sogenannten Griechenland-Rettung eine Insolvenzverschleppung zu Lasten der europäischen Steuerzahler betrieben zu haben.

Ins Bild passt ein Bericht des Informationsdienstes Bloomberg. Demnach soll Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits Unionsabgeordnete zu Gesprächen ins Kanzleramt gebeten haben. Das Kernargument in den informellen Gesprächen, mit denen offenbar Vorarbeit für ein drittes Hilfspaket geleistet wird: Ein Griechenland, dass die Euro-Zone verlässt, stelle ein geopolitisches Risiko dar.

Sollte es tatsächlich zu weiteren Milliardenzahlungen kommen, dann würde dies zweifellos auch an der Verhandlungsführung von Finanzminister Giannis Varoufakis liegen. Auch wenn mittlerweile oftmals das Bild vorherrscht, der Grieche habe sich während der Verhandlungen als Amateur entpuppt – es gibt Gründe das Gegenteil anzunehmen. So bezeichnet etwa der österreichische „Standard“ Varoufakis als einen strategischen Provokateur, der ganz gezielt die Rolle der EU-Finanzminister in Frage gestellt hat. So tauchte der ehemalige Wirtschaftsprofessor scheinbar völlig unvorbereitet zu Verhandlungen mit seinen europäischen Amtskollegen auf. Auch wenn dies in vielen Medien als Inkompetenz interpretiert wurde, das Vorgehen hatte Erfolg. Der Schwerpunkt der Entscheidungsfindung in Sachen Griechenland hat sich wieder von der Ebene der EU-Finanzminister hin zur Runde der Regierungschefs verlagert. Aufgegangen ist damit offenbar ein Kalkül Athens: „Die linke Syriza-Regierung ist bestrebt, Entscheidungen auf Ebene der Regierungschefs zu verlagern, weil man sich dort mehr Entgegenkommen erhofft. Eine deutsche Kanzlerin etwa kann im Hinblick auf Griechenlands Natomitgliedschaft und den Konflikt mit Russland kaum riskieren, Athen als Partner zu verlieren“, so die Diagnose im „Standard“.

Wie der Bericht über die Hintergrundgespräche der Kanzlerin mit Unionsabgeordneten zeigt, scheint auch diese Berechnung der griechischen Führung aufzugehen. *Norman Hanert*



Nicht nur wegen des Bürgerkrieges in einem traurigen Zustand: Die Ukrainische Bahn (UZ) Bild: Mauritius

MELDUNGEN

Missverhältnis bei Ausbildung

Bonn – Aus dem Datenreport 2015 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) geht hervor, dass viele Unternehmen zunehmend Schwierigkeiten haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Bis zum Stichtag 30. September 2014 fanden sich für rund 40000 Lehrstellen keine geeigneten Bewerber. Gleichzeitig suchten allerdings 81000 Jobeinsteiger erfolglos einen Ausbildungsplatz. Rein rechnerisch hätte also jede offene Stelle mindestens zweimal besetzt werden können. Der Datenreport der bundesunmittelbaren Forschungseinrichtung BIBB stellt die Datenbasis für Informationen und Analysen im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung dar. *U.M.*

Höfesterben hat sich verlangsamt

Berlin – Im Jahr 2013 gab es in Deutschland 285000 landwirtschaftliche Betriebe, etwa 14000 weniger als bei der letzten Zählung 2010. Damit liegt die jährliche Abnahme bei 1,6 Prozent gegenüber drei Prozent im vorangegangenen Untersuchungszeitraum. Das geht aus dem alle vier Jahre erstellten Agrarbericht der Bundesregierung hervor. Mit einer Wertschöfung von rund 161 Milliarden Euro ist die Landwirtschaft der fünftgrößte Wirtschaftsfaktor. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.050.173.320.548 €
Vorwoche: 2.050.073.967.799 €

Verschuldung pro Kopf:
25.286 €
Vorwoche: 25.285 €

(Dienstag, 26. Mai 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Schmerzloser Abschied

Dänemark schafft schrittweise das Bargeld ab

Kein Geld in der Tasche zu haben, das ist für die meisten Deutschen unvorstellbar. In Dänemark, das nicht zum Euro-Raum gehört, hat man sich dagegen längst daran gewöhnt. Künftig sind kleinere Unternehmen wie Tankstellen, Restaurants und Einzelhandelsgeschäfte nicht mehr verpflichtet, Bargeld anzunehmen. Anders als in Deutschland, wo Pläne zur Abschaffung des Bargeldes mit der Bekämpfung von Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Drogenhandel und Geldwäsche begründet werden, führt die dänische Regierung die ihrer Meinung nach unnötigen Kosten für die Herstellung, Logistik und sichere Lagerung von Bargeld an. Die Dänen finden das offenbar in Ordnung. Nicht einmal die Ankündigung der dänischen Notenbank, ab dem kommenden Jahr keine Münzen und Geldscheine mehr auszugeben, sorgt bei ihnen für Aufregung (siehe *PAZ* 19 und 20/2014).

In Dänemark hat man ein entspanntes Verhältnis zum Bargeld. Die Nachteile und Gefahren des bargeldlosen Zahlungsverkehrs spielen für unsere nördlichen Nachbarn kaum eine Rolle. Sie wickeln ihre Transaktionen nur noch zu einem Viertel mit Bargeld ab. In dem kleinen Land gibt es nur wenige Geldinstitute und Handelsketten. Das machte es einfach, sich auf ein gemeinsames Zahlungssystem zu verständigen.

Das beliebteste „Plastikgeld“ ist die Dankort, die mit der deutschen EC-Karte vergleichbar ist. Davon sind rund 5,3 Millionen im Umlauf, was bei 5,6 Millionen Dänen bedeutet, dass fast jeder eine hat. Die Dankort wird überall akzeptiert und sie ist für den Kunden kostenlos. Sie kommt pro Kunde im Schnitt 210 Mal im Jahr zum Einsatz. Selbstverständlich werden auch alle weltweit gängigen Kreditkarten flächendeckend angenommen. Auch das „Mobile Payment“ ist im Kommen. So nutzen bereits 1,5 Millionen Dänen das Angebot der Danske Bank, mithilfe des Mobilfunkgerätes zu zahlen. Dafür muss der Kunde es im Geschäft vor ein Lesegerät halten und der Betrag wird automatisch von seinem Konto abgebucht. Die Kosten trägt die Bank.

> Im Vorreiterland Schweden ist man schon wieder skeptisch

Die zunehmende Nutzung bargeldloser Zahlungsmittel hat auch Auswirkungen auf die Personalstruktur von Unternehmen. So richten immer mehr Tankstellenbetreiber unbemannte „Geisterstationen“ mit Kassenautomaten ein, an denen man ausschließlich bargeldlos bezahlen kann. Ein Trend, der sich bei einer weiteren Zurückdrängung des Bargeldes in anderen Branchen fortsetzen dürfte.

Vorreiter in Sachen bargeldlose Gesellschaft ist Schweden. Hier werden 95 Prozent des Umsatzes im Einzelhandel elektronisch abgewickelt. Nur noch ein Viertel der Filialen der schwedischen Banken bietet die Möglichkeit, Bargeld abzuheben oder einzuzahlen. Die meisten Geldautomaten sind abgebaut. Selbst Kleinstbeträge können oftmals nur noch per „Plastikgeld“ oder Smartphone-App beglichen werden. Sogar in Kirchen stehen statt der Opferstöcke elektronische Spendenterminals und die Verkäufer von Obdachlosenmagazinen führen Kartenlesegeräte mit sich.

Vielen Schweden geht das mittlerweile zu weit. Auf Initiative von Wirtschaftsorganisationen befasste sich eine Kommission des Reichstages mit der Bargeldfrage. Diese hat der Regierung unerwartet ins Stammbuch geschrieben, dass jeder Schwede die Möglichkeit haben müsse, Aus- und Einzahlungen von Bargeld vorzunehmen. Vielleicht gilt irgendwann auch in Schweden wieder: „Nur Bares ist Wahres.“ *Melinda Heitmann*

Senat verweigert Freibrief

US-Präsident will freie Hand für Freihandelszonenverhandlungen

Ausgerechnet seine eigene Partei hat der Handelspolitik des US-Präsidenten einen herben Dämpfer verpasst: Während Barack Obama freie Hand bei den Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit Asien und der EU haben wollte, verweigerten im US-Senat die Demokraten dem Präsidenten die Gefolgschaft.

Ein Gesetz, das Obama ein Verhandlungsmandat für einen beschleunigten Abschluss von Handelsabkommen geben sollte, verfehlte deutlich die notwendige Stimmzahl. Auch wenn es nun einen zweiten Anlauf geben soll, so ist mit der Niederlage im Senat doch deutlich geworden, dass im linken Flügel der Demokraten der Widerstand gegen Obamas Handelspolitik wächst. Blockiert wurde mit der Rebellion innerhalb der Demokratischen Partei ein beschleunigendes sogenanntes „Fast Track“-Verfahren. Obama hätte damit ohne weitere Mitsprachemöglichkeiten die Freihandelsabkommen aushandeln können. Dem US-Kongress wäre nur das Recht geblieben, die ausgehandelten Abkommen am Ende entweder komplett abzulehnen oder anzunehmen. Aus Sicht des republikanischen Senators John Thune haben die Demokraten mit ihrer Blockade im Senat „ihren eigenen Präsidenten unter den Bus geworfen“.

Tatsächlich ist mit der Niederlage im Senat deutlich geworden, dass im linken Flügel der Demokraten der Widerstand gegen Obamas Handelspolitik wächst. So hat eine Reihe von demokratischen Senatoren bereits gefordert, dass sich die Kongresskammer auch mit einem Gesetz gegen Währungsmanipulation ausländischer Zentralbanken sowie einem Hilfsprogramm für US-Arbeitnehmer befassen müsse, die von Jobverlagerungen betroffen sind.

> Demokraten verweigern eigenem Präsidenten Vertrauensvorschuss

Für Obama bedeutet die Niederlage zumindest eine Verzögerung bei seinen ohnehin ins Stocken geratenen Plänen für Handelsabkommen. Dabei liegt der Fokus des Präsidenten derzeit nicht auf den Verhandlungen mit den Europäern, sondern bei einem Freihandelsabkommen für den Pazifikraum. Die Verhandlungen gelten hierbei als deutlich weiter fortgeschritten als die Gespräche mit der Europäischen Union. Geplant ist, dass die pazifische Freihandelszone neben den USA die elf Länder Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam angehören sollen.

Zumindest momentan besteht für Obama noch die Aussicht, zumindest dieses Abkommen in seiner verbleibenden Amtszeit noch unter Dach und Fach zu bringen. Deutliche Skepsis herrscht indessen bei den Verhandlungen mit der EU. Medienberichten zufolge kommen die Gespräche zwischen US-Vertretern und der EU-Kommission nicht voran. So soll auch die neunte Verhandlungsrunde Ende April keinen Durchbruch gebracht haben, obwohl verhältnismäßig einfache Fragen auf dem Tisch lagen. Die wirklich heißen Eisen stehen in den Verhandlungen noch bevor: In der hiesigen Öffentlichkeit wird vor allem den Schiedsgerichten für Investoren viel Aufmerksamkeit geschenkt. Einigkeit erzielt werden muss aber auch bei so harten Brocken wie der protektionistischen „Buy America“-Klausel, der zufolge die öffentliche Hand US-Produkte kaufen muss, auch wenn der Weltmarkt möglicherweise bessere Alternativen anbietet. *N.H.*

Kein Selbstzweck

Von Manuel Ruoff

Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir." So sollte es eigentlich sein. Aber das setzt voraus, dass die Lehrkräfte beherzigen: Nicht für die Schule, sondern für das Leben lehrt ihr. An dieser Erkenntnis scheint es derzeit zu mangeln, wie nicht nur die Kölner Schülerin Naima (siehe Seite 3) zeigt.

„Die Schule kann nicht alles leisten", verteidigt sich die zuständige NRW-Ministerin von den Grünen. Das ist zwar grundsätzlich richtig, aber keine Entschuldigung. An fehlender Zeit kann es kaum liegen. Schließlich verbringen Kinder und Jugendliche durch Vorschulen und tendenziell höhere Bildungsabschlüsse immer mehr Zeit mit Bildung.

Die Lehrpläne müssten eben entschlackt werden. Schließlich ist die Schule nicht dafür da, weltfremden Akademikern für die Vermittlung von dem, was sie vorher an den Universitäten gelernt und betrieben haben und wofür keiner freiwillig ihnen etwas zahlt, ein bekömmliches Auskommen zu sichern. Doch an der Unfähig- oder Unwilligkeit zur Lehrplanentrümpelung droht ja nun in den alten Bundesländern sogar schon die Verkürzung der Gymnasialzeit um ein einziges Jahr zu scheitern.

Gedankenpolizei

Von Harald Tews

Es gibt Zeitgenossen, die verhalten sich gegenüber dem jeweils herrschenden politischen Zeitgeist päpstlicher als der Papst. Das bekommt seit einem halben Jahr der an der Berliner Humboldt-Universität lehrende Historiker Herfried Münkler zu spüren, der sich von einigen dogmatisch irregeleiteten Studenten öffentlich an den Pranger gestellt sieht.

Im Internet kursiert ein „Münkler-Watch", bei der jedes Wort, das der Professor in seinen Vorlesungen von sich gibt, auf die Goldwaage gelegt wird. Auf diese Weise haben die Studenten einige seiner harmlosen, vielleicht auch nur humorvoll gemeinten Äußerungen so gefiltert, gedreht und umgedeutet, dass sie ihm Sexismus, Chauvinismus und Antisemitismus vorwerfen. Zu Münkler, der in seiner Jugend ein Juso war, mag das nicht recht passen: Seine Publikationen sind frei von solchen Verdachtsmomenten.

Man mag zu Münkler stehen, wie man will, doch zeigt sein Fall, dass in Deutschland die Gedankenpolizei Einzug hält, wie sie George Orwell nicht besser hätte beschreiben können. Münkler selbst fühlt sich an „hochschulpolitische Vorgänge des Jahres 1933" erinnert.

Damals gab es noch einen handfesten Gegner. Heute lässt sich gegen solche anonymen Vorwürfe nichts mehr unternehmen. Man muss aufpassen, was man sagt. Und das betrifft nicht allein die Universitäten. Der Selbstzensur, die man sich aus Gründen der Vorsicht auferlegt, bedienen sich Politiker schon lange, und sie greift allmählich auf alle Lebensbereiche über. Es ist der Anfang vom Ende der Meinungsfreiheit.

Zwischen Mensch und Gorilla

Von Frank Horns

Ist Deutschland ein rassistisches Land? Aber sicher ist es das. Man muss nur an einem Sonntagabend öffentlich-rechtliches Fernsehen schauen, um zu sehen, wie eine ganze Bevölkerungsgruppe ins Abseits diffamiert wird. In der Tatort-Folge „Roomservice" heißt es wortwörtlich und unwidersprochen, diese Menschen seien „dumm, triebgesteuert und unbeherrscht". Szene für Szene werden sie uns als bösartige Subjekte präsentiert, als Wesen, die in der Entwicklungsstufe irgendwo zwischen Mensch und Gorilla steckengeblieben sind.

Da sich ansonsten anscheinend niemand über dieses 90-Minuten-Machwerk aufregt, kann es sich natürlich nur um eine einzige Sorte Wesen handeln: Den Mann. Und wer findet, dies sei eine übertrieben Kritik, der sollte sich diese Tatort-Folge einmal mit umgekehrten Geschlechterrollen vorstellen oder statt der Männer einfach Moslems, Farbige oder Homosexuelle einsetzen. Zu Recht würde der Film dann wohl in die Nähe der unsäglichen antisemitischen Propagandawerke der Nationalsozialisten gerückt werden.

> Männer taugen nur als Bösewichte oder als Statisten

Worum es geht? Die Kommissarin Lena Odenthal, von Ulrike Folkerts gespielt, sucht den Mörder eines Zimmermädchens. Unter dringenden Tatverdacht gerät ein deutscher EU-Politiker. Hat er die Frau erst vergewaltigt und dann das offene Treppenhaus heruntergestürzt? Inspirationsquelle für das Drehbuch war offensichtlich der Fall des französischen Politikers Dominique Strauss-Kahn, der 2011 wegen versuchter Vergewaltigung eines Zimmermädchens in New York verhaftet wurde. Später stellte sich die Anschuldigung der Frau als falsch heraus. Im Tatortfilm tappt der EU-Politiker – von Peter Sattmann als greisem Dauerlüstling gespielt – ebenfalls in eine „Honigfalle". Gestellt ist sie natürlich von einem mächtigen Wirtschaftsboss, der ein Gesetz zur Frauenquote zu Fall bringen will.

Die ganze Geschichte ist ebenso unrealistisch wie unlogisch, aber das interessiert in der Tatort-Welt wenig. Die Botschaft zählt: Frauen sind die besseren Menschen. Männer taugen nur als Statisten und Bösewichte. Im Kommissariat herrscht mittlerweile eine Frauenquote von gefühlten 99 Prozent. Der einzig verbliebene männliche Ermittler fungiert als Stichwortgeber und behäbiger Gute-Laune-Bär. Die ernsten Angelegenheiten machen die Alpha-Frauen unter sich aus. Und: Hurra, eine von ihnen ist sogar der Meinung, dass die Quote unnötig sei. Gute Frauen würden sich ohnehin durchsetzen, gibt sie zum Besten. Die Strafe für die unbotmäßige Äußerung folgt auf dem Fuß. Als sie arglos den in Verdacht geratenen EU-Politiker daheim verhört, stürzt sich der Lustgreis auf sie. Knapp entgeht sie einer Vergewaltigung.

Wann wurde in einem größeren, ernstzunehmenden Film von ARD und ZDF eigentlich zum letzten Mal ein treusorgender Ehemann, ein zärtlicher Vater, ein liebenswerter Sohn oder – anders ausgedrückt – ein Normalmann gezeigt?



Böser männlicher Hotelbesitzer versus weibliche Komissarinen im Kampf für die Gerechtigkeit: Die ARD-Tatortwelt scheint fest in feministischer Hand zu sein

Bild: SWR-Presseservice

Den Künstler-Tod vergoldet

Wenn ein Maler früh stirbt, reibt sich der Kunstmarkt die Hände – Wie Profit mit Ruhm zusammenhängt

Manche müssen erst tot sein, um berühmt zu werden. Die Baden-Badener Schau „Nach dem frühen Tod" präsentiert Künstler, die nicht älter als 50 Jahre geworden sind, deren Werke erst danach rasant im Wert gestiegen sind.

Die eine fiel unter ungeklärten Umständen aus dem 34. Stock. Der andere verschwand spurlos auf hoher See. In einer spannenden Schau der Kunsthalle Baden-Baden stehen 33 Künstler im Blickpunkt, die unter mehr oder weniger tragischen Umständen vor ihrem 51. Lebensjahr gestorben sind. Nicht selten ist das ihrem Marktwert förderlich gewesen, wie Ausstellungskurator Hendrik Bündge betont: „Es ist unübersehbar, dass die Preise für die Arbeiten einzelner Maler nach ihrem Ableben um ein Vielfaches gestiegen sind."



Vincent van Gogh: Rosen und Sonnenblumen von 1886

Vincent van Gogh (1853–1890), der an den Folgen eines wahrscheinlich sich selbst zugefügten Pistolenschusses starb, ist der Prototyp des tragischen Künstlergenies. Zu Lebzeiten verkannt, brachte er kaum ein Bild an den Mann. Zu den Ladenhütern, die auch nach seinem Tod anfangs schwer verkäuflich waren, aber später reißenden Absatz fanden, gehört das ausgestellte Gemälde „Rosen und Sonnenblumen" (1886). Doch was wäre uns sein Schaffen wert ohne das Wissen um seine schwierigen Lebensumstände und eigentümlichen Verhaltensweisen wie dem sich selbst abgeschnittenen Ohr?

Martin Kippenberger (1953–1997) tönte: „Ich kann mir nicht jeden Tag ein Ohr abreißen." Aber auch er pflegte einen selbstzerstörerischen Lebensstil im Zeichen übermäßigen Alkoholkonsums. Eine Holzschnitzerei zeigt unter dem Titel „Fred the Frog Rings the Bell" (1990) einen wie Jesus am Kreuz hängenden Frosch. Der hält einen Bierkrug in der festgenagelten Rechten und eine Glocke in den Linken: „Letzte Bestellung".

Der Frosch ist eine verkappte Selbstdarstellung Kippenbergers, der sich als leidenden und auf Erlösung hoffenden Künstler verstand. Er starb an Leberkrebs. Erst nach seinem Tod wusste die Kunstszene den zu Lebzeiten als Nervensäge verrufenen Kippenberger zu schätzen. Posthum nahm er an der Kasseler documenta und den Skulptur-Projekten in Münster teil, was für seinen Nachruhm sehr förderlich war.

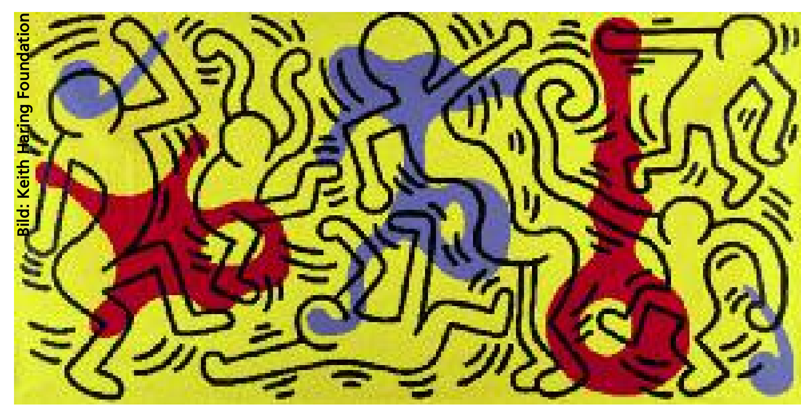
Bereits zu Lebzeiten war der unter psychischen Problemen und Alkoholismus leidende Jackson Pollock (1912–1956) eine große Nummer auf dem Kunstmarkt. Gezeigt wird sein Bild „Composition No. 16" (1946): Auf blauem Grund befinden sich gelbe Farbkleckse sowie verschlungene schwarze und weiße Linien. Mit solchen „Dripping" genannten Farbschüttungen, bei denen Pollock Filmaufnahmen zufolge die waagrecht gelegten Leinwänden regelrecht umtanzte, sorgte er für Furore – und trat mit dieser Masche nach einigen Jahren künstlerisch auf der Stelle. Unter Alkoholeinfluss verursachte er einen schweren Autounfall, den er nicht überlebte. Unversehens wurde so die mit dem New Yorker Museum of Modern Art verabredete Ausstellung zu seinem „Nachruf", der seinem bereits tief gesunkenen Stern auf dem Kunstmarkt und in der Kunstkritik neuen Glanz verlieh. Denn über Tote schreibt man nichts Schlechtes. Heute erzielen seine Arbeiten Millionenbeträge, die dreistellig ausfallen können.

Unter ungeklärten Umständen stürzte Ana Mendieta (1948–1985) aus dem 34. Stockwerk ihres Wohngebäudes in New York. Ihr Gatte, der erfolgreiche Künstler Carl Andre, geriet unter Mordverdacht. Just zu Beginn des Prozesses 1988 wurde in New York Mendietas erste Retrospektive eröffnet. In Baden-Baden ist sie mit der Fotoserie „Glass on Body Imprints" (1972) vertreten: Die Künstlerin presst ihr Gesicht gegen eine Glasscheibe, was zu „unschönen" Deformationen führt. Zentrales Thema ihrer Werke ist der Kreislauf von Leben und Sterben. Im Mordprozess zog Andres Verteidiger Mendietas Schaffen als Beleg für ihre Todessehnsucht heran. Andre wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Der Medienrummel um den Mordprozess aber machte Mendieta weltweit bekannt. Heute ist sie in vielen bedeutenden Sammlungen vertreten.

Zur verschollenen Legende ist Bas Jan Ader (1942–1975) geworden. Es steht zu befürchten, dass er bei der Ausübung seiner Kunst ums Leben gekommen ist. Im Rahmen seines Projektes „Auf der Suche nach dem Wunderbaren" war er 1975 von Nordamerika aus mit einem kleinen Segelboot zu einer Atlantiküberquerung in See gestochen. Mit einer Bildpostkarte, die ein Schiff bei heftigem Seegang zeigt, machte er auf sein Projekt aufmerksam. Sein Boot wurde an die irische Küste gespült. Vom Künstler aber fehlte jede Spur. Zynisch, aber wahr: Mit Blick auf seinen Nachruhm hätte Ader nichts Besseres passieren können.

In seinem Katalogaufsatz „Zum Todeseffekt im Kunstmarkt" schreibt Heinrich Ursprung: „Es ist aber nicht der Tod an sich, der den Preis erhöht, sondern der überraschende oder vorzeitige Tod, der das zu erwartende Angebot schlagartig verknappt." Im Fall von Jean-Michel Basquiat (1960–1988), der nach einer überdosierten Mischung von Heroin und Kokain das Zeitliche segnete, führte der Todeseffekt zu einer Preissteigerung von etwa 400 Prozent. Mit Großformaten wie dem ausgestellten „Amber Vision" (1988), die offenkundiges malerisches Unvermögen zum Stilprinzip erheben, stieg er zu Lebzeiten zum Weltstar auf. Bereits im zarten Alter von 21 Jahren nahm er an der Kasseler documenta teil. Auch der in nächster Zeit zu erwartende Tod eines Künstlers kann zu erheblichem Preisanstieg führen. Das zeigt das Beispiel Keith Harings (1958–1990), auf dessen großformatiger Leinwand (Ohne Titel, 1986) Strichmännchen ausgelassen tanzen. Als bekannt wurde, dass Haring Aids hatte, verdreifachten sich die Preise für seine Bilder.

Ursprungs Fazit lautet: „Für kommerziell orientierte Sammler bleibt anzumerken, dass der Todeseffekt in speziellen Fällen exorbitant sein kann, aber eben nicht vorhersehbar ist. Der frühe Tod kommt entweder überraschend, und wenn nicht, wie bei Haring, so doch seine Ankündigung." *Veit-Mario Thiede*



Genau 100 Jahre nach van Gogh: Keith Haring, Werk ohne Titel

Bis 21. Juni in der Kunsthalle Baden-Baden, Lichtentaler Allee 8a. Geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis-18 Uhr. Eintritt: 7 Euro. Telefon (07221) 30076400. Der Katalog aus dem Verlag der Buchhandlung Walther König kostet in der Kunsthalle 24,90 Euro, im Buchhandel 29,80 Euro. Internet: www.kunsthalle-baden-baden.de

Goethes »dickere Hälfte«

Frauen haben es an der Seite großer Dichter nie leicht. Wenn sie nicht selbstbewusst deren Karriere unterstützen oder diese – wie im Fall von Thomas Manns Frau Katia – sogar lenken, führen sie oft ein unterwürfiges Dasein.

Im Schatten Goethes lebte auch 28 Jahre lang die am 1. Juni 1765, also vor 250 Jahren, geborene Christiane Vulpius. Der Dichter hielt sie in den ersten Jahren seiner Bekanntschaft mit ihr in seinem Haushalt bewusst versteckt, um sie vor dem Weimarer Klatsch und Tratsch zu schützen. Denn die als Näherin von Blumenmotiven in einer Schneiderwerkstatt beschäftigte kleine Frau stammte aus verarmten bürgerlichen Verhältnissen, und eine Heirat des Dichterfürsten mit ihr galt als „Mesalliance".

Im Juli 1788 begegnete der 38-jährige Goethe der 15 Jahre jüngeren Christiane erstmals im Weimarer Park an der Ilm. Sie machte vor dem Geheimrat artig einen Knicks und übergab ihm eine Bittschrift ihres gerade in beruflichen Nöten steckenden Bruders Christian August, einem Unterhaltungsschriftsteller und dem späteren Autor des erfolgreichen Räuberromans „Rinaldo Rinaldini".

Goethe war sofort angetan von dieser „naturhaften Persönlichkeit", nahm sie erst in seinen Haushalt auf und machte sie dann zu seiner Geliebten. Die Weimarer bekamen bald mit, dass dieses „Blumenmädchen" in Goethes Gartenhaus ein- und ausging. Man schnitt sie, denn sie war ungebildet. Goethe aber liebte sie wegen ihres gesunden Menschenverstands und ihrer Bauernschläue. Schon bald wird er sagen: „Ich bin verheiratet, nur nicht durch Zeremonie." In wilder Ehe zeugte er fünf Kinder, von denen alle außer dem Erstgeborenen August kurz nach der Geburt starben.



Christiane mit Sohn August

Christianes großer Auftritt aber kam 1806, als napoleonische Truppen in Weimar einfielen und Soldaten Goethes Haus plündern wollten. Sie stellte sich schützend vor Goethe und vertrieb mit ihrem resoluten Auftreten die Marodeure. Allen Konventionen zum Trotz heiratete Goethe sie kurz darauf in stiller Zeremonie in der Sakristei der Schlosskirche.

Jetzt musste Christiane nur noch in die feine Gesellschaft eingeführt werden. Johanna Schopenhauer, die Mutter des Philosophen, entsprach Goethes fast flehentlicher Bitte einer Einladung. Wenn Goethe der Frau seinen Namen gebe, erklärte sie, so könne man ihr wohl eine Tasse Tee reichen.

Trotzdem lebte Christiane in den folgenden Jahren weitgehend zurückgezogen. Allmählich um die Hüften herum etwas füllig geworden, wurde sie als Goethes „dickere Hälfte" verspottet. Außerdem verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand nach einem Schlaganfall. Als sie am 6. Juni 1816 starb, notierte Goethe: „Leere und Totenstille in und außer mir ... Meine Frau nachts um zwölf ins Leichenhaus. Ich den ganzen Tag im Bett."

Zwei Jahre vor ihrem Tod widmete er Christiane eines der schönsten Gedichte deutscher Sprache. Es heißt „Gefunden" und beginnt: „Ich ging im Walde / So für mich hin, / Und nichts zu suchen, / Das war mein Sinn." Der Dichter fand am Wegesrand ein Blümchen (Goethes „Blumenmädchen"), grub es aus und trug es nach Haus: „Nun zweigt es immer / Und blüht so fort." *Harald Tews*

Ein Bürger- und Zuschauerschreck

Ausstellung in Berlin zum 70. Geburtstag des Filmemachers Rainer Werner Fassbinder

Aus heutiger Sicht wirkt alles etwas angestaubt. Der Flipper-Automat, die veraltete Videotechnik, die wuchtige Schreibmaschine, auf der die Mutter Lieselotte Eder hunderte von Seiten abtippte. Die schwarze Lederjacke mit dem feinen „Echt Leder"-Zeichen, fast spießig. Nicht zu vergessen, die aneinander gereihten Kassetten mit privaten TV-Videoaufzeichnungen, säuberlich beschriftet. Viel Hitchcock, sogar Loriot findet sich darunter. Es sind alles Dinge aus dem privaten Leben des Filmemachers Rainer Werner Fassbinder. Hinzu kommen unzählige Drehbuchseiten, handgeschriebene Zettel mit Kaffeeflecken, alles heute digital durchzublättern. So schrieb er also seine akribischen Listen, Drehpläne und Dialoge.

Leben und Werk des gehassten Bürgerschrecks Fassbinder will die vom Filmmuseum Frankfurt organisierte und im Martin-Gropius-Bau Berlin präsentierte Ausstellung zeigen. Anlässlich des 70. Geburtstages des Künstlers am 31. Mai lädt die Schau in neun Räumen zum Eintauchen in das Œuvre dieses Enfant terrible der jungen Bundesrepublik.

Der Rückgriff heutiger Künstler auf seine Themen nimmt einen besonderen Platz darin ein. 1945 in Bayern geboren, schien Fassbinder als Schulabbrecher zunächst nirgendwo Fuß fassen zu können. Beim Schauspielunterricht in München lernte er 1963 Hanna Schygulla kennen, den Star vieler seiner Filme. Mitte des Jahrzehnts begann er mit der Filmkarriere. Zunächst noch relativ unscheinbar, doch als Mitbegründer des „antiteaters", einem Schauspieler-Kollektiv, machte er schon 1968 durch unkonventionelle Theater-, Film- und Fernsehproduktionen auf sich aufmerksam. Sein erster Spielfilm blieb unbeachtet, jedoch errang die zweite Arbeit, das Gastarbeiterdrama „Katzelmacher", bereits viele Auszeichnungen.

„Er drehte Filme, wie andere Leute Zigaretten", titelt der „Spiegel" 1975. Und er arbeitete wie ein Berserker. In einem Interview sagte er, dass das nichts mit besonderer Potenz zu tun habe, sondern eher mit einer Krankheit. Der Film „Angst essen Seele auf", in dem es um die Liebe zwischen einer alternden Putzfrau und einem jungen marokkanischen Gastarbeiter geht, erregte 1974 großes Aufsehen. Im selben Jahr beendete er die Arbeiten zur Verfilmung der „Effi Briest", einem seiner größten Erfolge. 1977 gab es in New York sogar ein Fassbinder-Festival. Die „New York Times" bezeichnete ihn als den „faszinierendsten, begabtesten, fruchtbarsten, originellsten jungen Filmemacher in Westeuropa".



Fassbinder machte sie zum Star: Hanna Schygulla als Effi Briest

Als 1979 „Die Ehe der Maria Braun" mit Hanna Schygulla aufgeführt wurde, äußerte sich selbst Frankreichs Film-Genie François Truffaut und verglich Fassbinder mit dem Stummfilm-Regisseur Friedrich Wilhelm Murnau. 1980 erfüllt sich der Künstler einen Traum mit der Verfilmung von Alfred Döblins Roman „Berlin Alexanderplatz". Stets ließ er seine Kunstfiguren in engen, verspiegelten Szenarien agieren.

Die Ausstellung zeigt die Filmkostüme, aber auch die filmischen Mittel wie die mit dem Kameramann Michael Ballhaus entwickelten Kreisfahrten der Kamera. Als Fassbinder am 10. Juni 1982 starb, hinterließ er ein Werk von 44 Filmen, das einen fatalen Einfluss auf die nachfolgende Filmemachergeneration hatte. Die oft deprimierenden Sozialdramen, mit denen sich Autorenfilmer politisch links profilieren wollten, indem sie das angeblich wahre Gesicht der Republik zeigten, führte zur Massenflucht der Zuschauer aus den Kinos und es führte dazu, dass Deutschlands Filmkultur bis heute im internationalen Vergleich meilenweit hinterherhinkt. *Silvia Friedrich*

„Fassbinder – Jetzt" läuft noch bis zum 23. August im Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, 10963 Berlin, geöffnet täglich außer dienstags von 10 bis 19 Uhr. www.berlinerfestspiele.de

MELDUNGEN

Fluchtschicksale jetzt und früher

Regensburg – Vom 12. Juni bis 12. Juli 2015 stellt die Donaustadt „kulturelle Perspektiven zum Thema Flucht" vor. In der von der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg organisierten Veranstaltungs- und Ausstellungsreihe „Ich bin da" setzen sich Künstler mit Flucht, Vertreibung und Migration auseinander. Schwerpunkt sind Installationen im ehemaligen Kloster St. Klara zum aktuellen Zuwanderungsstrom. Werden hier Zeichen üblicher Betroffenheit gesetzt, so wird in Lesungen unter anderem mit Hellmuth Karasek und Reinhard Jirgl, einem Schreibworkshop und einem Dokumentarfilm beiläufig auch auf das deutsche Vertriebenenschicksal vor 70 Jahren hingewiesen. Infos im Internet: www.kjf-regensburg.de *tws*

Magazin zum Humboldt-Forum

Berlin – Zum Richtfest des neuen Berliner Schlosses gibt die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein Magazin heraus, das die herausragenden Sammlungen in den Fokus nimmt, die ab 2019 im Humboldt-Forum zu sehen sein werden. Das 60-seitige Heft ist per E-Mail über pressestelle@hv.spk-berlin.de zu beziehen. *tws*

Verbrechens-Dokumentation

Verbrechen an Deutschen zu thematisieren gilt in der Bundesrepublik mittlerweile als politisch unkorrekt. Gesellschaftlich möglich ist es höchstens dann, wenn diese Verbrechen als Reaktionen auf vorangegangene deutsche Untaten erklärt, um nicht zu sagen: entschuldigt, werden. Historische Kontextuierung nennt man das. Wenn man allerdings Verbrechen von Deutschen zu erklären versucht, wie es beispielsweise Ernst Nolte oder Philipp Jenninger auf ganz unterschiedliche Weise getan haben, dann handelt es sich nicht etwa um eine löbliche „historische Kontextuierung", sondern um eine „Relativierung" von Verbrechen, die gesellschaftlich fast so tödlich ist wie eine „Leugnung". Und selbst dann, wenn die Täter keine Deutschen sind, ist „historische Kontextuierung" nicht angesagt, sofern denn nur die Opfer Angehörige des Westens sind. Als Beispiel seien hier die Anschläge des 11. September 2001 genannt. Das ist inkonsequent, aber Deutschland ist eben der Verlierer des Zweiten Weltkrieges und die Bundesrepublik ein Bestandteil des Westens.

In dieser Hinsicht ist es geradezu zu bedauern, dass der Kalte Krieg beendet ist, bot er Deutschen in Ost wie West doch die Möglichkeit, Verbrechen an Deutschen ohne Wenn und Aber zumindest dann thematisieren zu können, wenn die Täter aus den Ländern stammten, die mittlerweile dem jeweils anderen Lager angehörten. So ergab sich ein Zeitfenster, in dem die Mitteldeutschen in der DDR den angelsächsischen Bombenterror und die Westdeutschen in der Bundesrepublik die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa ohne Rücksicht auf Politische Korrektheit thematisieren konnten, und das teilweise sogar mit der Unterstützung ihres jeweiligen Teilstaates.

Der Kalte Krieg machte es möglich

So wurde von 1953 bis 1961 im Auftrag des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, das es von der Gründung der Bundesrepublik bis zum Beginn der sozialliberalen Koalition gab, eine mehrbändige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" herausgegeben. Diese Dokumentation beruhte auf Dokumenten und Zeugenaussagen, und an ihrer Erarbeitung und Herausgabe waren so renommierte Wissenschaftler wie Theodor Schieder, Werner Conze oder Hans Rothfels beteiligt. Ihre Themen waren „Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" (Band 1), „Das Schicksal der Deutschen in Ungarn" (Band 2), „Das Schicksal der Deutschen in Rumänien" (Band 3), „Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei" (Band 4) und „Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien" (Band 5). Ein anschließend veröffentlichtes Ortsregister sowie diverse Beihefte komplettierten das wissenschaftliche Großprojekt. 2004 reichte der Deutsche Taschenbuch Verlag (dtv) noch einmal einen unveränderten Nachdruck nach.

Mit einer weiteren Veröffentlichung ist gegenwärtig nicht zu rechnen. Allerdings ist noch keine systematische „Säuberung" der öffentlichen Bibliotheken erfolgt, und so ist das beachtliche Werk noch in diversen wissenschaftlichen Bibliotheken und öffentlichen Bücherhallen zu finden. Wer diese wertvolle Dokumentation nicht nur einsehen, sondern dauerhaft zur Verfügung haben möchte, wird mit etwas Glck bei Internethändlern und -auktionshäusern wie Amazon und Ebay fündig. *Manuel Ruoff*

Pionier bei der Abschaffung der Folter

Nach der Regierungsübernahme ließ Friedreich II. Indizien an die Stelle erzwungener Geständnisse treten

Nur drei Tage nach seiner Thronbesteigung im Jahre 1740 erließ Friedrich der Große ein weitgehendes Verbot der Folter, das sofort auf vielfältige Kritik stieß. Der König setzte sich jedoch gegen alle Widerstände durch und erreichte so eine grundlegende Reform des Strafverfolgungswesens in Preußen.



Friedrich der Große: Ölgemälde von Antoine Pesne Bild: Archiv

„Confessio est regina probationum" – „Das Geständnis ist die Königin der Beweise", lautete ein grundlegendes Prinzip des vormodernen europäischen Rechts. Deshalb wurde intensiv von der Folter Gebrauch gemacht, um die vermeintlichen oder tatsächlichen Delinquenten dazu zu bringen, ihre Missetaten zu gestehen. Dabei konnten die Untersuchungsorgane sogar auf den Segen der Kirche bauen: 1252 hatte Papst Innozenz IV. in seiner Bulle „Ad extirpanda" verfügt, dass es vollkommen rechtens sei, Beschuldigte mittels Gewaltanwendung zu überführen.

Trotzdem regte sich mit Ausgang des Mittelalters Widerspruch gegen diese Praxis. So bezeichnete der spanische Humanist und Theologe Juan Luis Vives die Folter 1522 als unchristlich und juristisch sinnlos, denn unter der Tortur gestehe schließlich fast jeder alles. Ganz ähnlich sahen dies später auch Geistliche, Philosophen und Rechtsgelehrte wie Anton Praetorius, Johannes Grevius, Pierre Bayle und Christian Thomasius. Deshalb verhängten Schottland und Schweden schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts formelle gesetzliche Folterverbote. Und auch der preußische König Friedrich Wilhelm I. entschied am 13. Dezember 1714 unter dem Eindruck von Thomasius' Schriften „De tortura ex foris Christianorum proscribenda" und „De crimine magiae", jedwede „peinliche Befragung" von Beschuldigten in Hexenprozessen von seiner ausdrücklichen vorherigen Zustimmung abhängig zu machen, die er dann nie erteilte.

Noch einen Schritt weiter ging Friedrich II. Der verfügte am 3. Juni 1740 in einer Allerhöchsten Kabinettsordre zu Händen des „Chefs der gesammten Justiz in allen königlich-preußischen Landen", Samuel von Cocceji, „bey denen Inquistionen die Tortur gänzlich abzuschaffen". Allerdings ließ der Monarch noch Ausnahmen bei Majestätsverbrechen, Landesverrat und „großen Mordthaten" mit einer Vielzahl von Opfern zu. Historiker fanden bisher keinen Beleg dafür, dass Friedrich der Große seine Entscheidung aufgrund eines konkreten Anlasses getroffen hatte – damit war diese wohl Teil der umfassenden Bemühungen des neuen Königs um eine möglichst rationale und gerechte Staatsführung. Dennoch stieß die Order sofort auf deutliche Kritik.

So forderte Cocceji gegenüber dem für „Criminalsachen" zuständigen Geheimen Etatsminister von Broich weitere Ausnahmen vom Folterverbot, beispielsweise bei Kindsmord und Sodomie. Das nahm der Angesprochene zum Anlass, das oberste preußische Criminal Collegium, das für die abschließende Beurteilung von Strafsachen zuständig war, um eine Stellungnahme zu bitten. Diese erfolgte dann zum 29. Juni 1740 und enthielt 13 Änderungsvorschläge, die zumeist auf eine noch stärkere Ausdehnung der Ausnahmetatbestände hinausliefen. Gleichzeitig ließ das Collegium auch nach dem 3. Juni noch weiter foltern.

Der Grund für diese Haltung war ganz eindeutig die Befürchtung, keine Verurteilungen mehr bewirken zu können, wenn die Möglichkeit fehlt, Geständnisse zu erzwingen. Trotzdem fügte sich das Criminal Collegium am Ende „pflichtschuldigst dem König" – allerdings mit der bemerkenswerten Begründung, dass die Folter in der Tat kritisch betrachtet werden müsse, weil „es nicht immer gelinge, hartnäckige und starke Personen zum Geständniß zu bringen". Dem folgte der fast schon aufsässige Nachsatz: „Daß jemand sub tortura etwas bekannt hätte, was er gar nicht begangen, sei dem Collegium noch nicht vorgekommen."

Hiervon sichtlich irritiert, betonte Friedrich nochmals explizit, ab sofort sei nur noch er allein berechtigt, die Anwendung der Folter zu genehmigen. Und das tat er dann auch mehrmals bei besonders „hartnäckigen und boshaften Malefikanten", obwohl die verübten Verbrechen definitiv nicht unter die genannten Ausnahmeregelungen fielen. Dann jedoch legte sich der König endgültig fest. Dies geht aus einer weiteren Kabinettsordre vom 27. Juni 1754 an den Justizminister und Kammergerichtspräsidenten Levin Friedrich von Bismarck hervor, in der Friedrich es rundheraus ablehnte, den des mehrfachen Raubmordes verdächtigen Schäfer Gört Heinrich Schmidt foltern zu lassen, weil er „in dergleichen Criminal-Fällen die Tortur allemal als ein theils grausames, theils aber ungewisses Mittel ansehe, die Wahrheit der Sache herauszubringen".

Dadurch war der Monarch nun aber gezwungen, der preußischen Justiz eine andere verbindliche Handhabe zu bieten, um Strafverfahren abzuschließen, in denen es keine Zeugen und kein freiwilliges Geständnis gab. Dies erfolgte mit der nächsten Allerhöchsten Ordre vom 4. August 1754 gegenüber dem nunmehrigen Großkanzler Cocceji: Wenn es nicht anders gehe, dann solle das Gericht den Täter eben allein aufgrund eindeutiger Indizien „und anderer ganz deutlich sprechender Umstände" verurteilen, also darauf verzichten, auf die „eigne Confession" des Delinquenten zu „reflectiren", sondern sich angesichts der sonstigen Beweismittel so verhalten, als ob ein „Geständniss würklich vorhanden sey".

Damit verfügten die Richter nun über das Recht zur freien Würdigung aller Beweise, was ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege der Entwicklung eines neuzeitlichen Justizsystems war. Allerdings wollten sich manche Untergerichte keine solche Mühen machen, weshalb sie darauf verfielen, die traditionellen Foltermethoden einfach durch Prügel zu ersetzen. Das veranlasste Friedrich II. zu seinem Circular-Rescript vom 18. November 1765 „an alle Regierungen und Justizcollegien", in dem er den Versuch, die Verdächtigen „durch heftiges Schlagen zum Bekenntnisse zu bringen", als „schon längst verbodenes" Verfahren geißelte.

Der Widerstand des Staatsapparats war zäh und hinhaltend

Durch die Bemühungen Friedrichs des Großen wurde Preußen zum Vorreiter bei der Abschaffung der Folter in Deutschland. Erst 1767 zog Baden-Durlach nach und in manchen Regionen wie Bayern, Württemberg, Sachsen-Weimar, Hannover und Coburg-Gotha dauerte es sogar noch bis ins 19. Jahrhundert, ehe das „peinliche Verhör" nicht mehr legaler Bestandteil der Strafverfolgung war. Damit zeigt sich einmal mehr die Modernität Preußens während der frühen Neuzeit. *Wolfgang Kaufmann*

Aufstieg nach der Niederlage

Nach dem Deutschen Krieg wurde Adolf Leonhardt in Preußen, was er vorher in Hannover gewesen war

Wenige Staaten sind derart tolerant und pragmatisch, dass sie dem Minister eines von ihnen besiegten und anschließend einverleibten anderen Staates die Möglichkeit geben, in der eigenen Regierung dasselbe Amt zu bekleiden. Preußen gehörte dazu.

Adolf Leonhardt ist als herausragender Jurist überliefert, der zunächst im Königreich Hannover und dann auch in Preußen als Justizminister wirkte. Er verschaffte sich mit seinem Kommentar zum hannoverschen Kriminalgesetzbuch ersten Respekt, sorgte dann für die beispielhafte hannoversche Justizreform, glänzte in Celle am Oberappellationsgericht und war letztlich auch für Preußen unverzichtbar, wo er als Hauptwerk eine moderne Zivilprozessordnung schuf, die für ganz Deutschland Vorbild war.

Preußens Leistungsprinzip gab auch Verlierern eine Chance

Der Justizreformer wurde am 6. Juni 1815 in Hannover geboren. Sein Vater fungierte als Kreissteuereinnehmer und orientierte den Sohn schon früh auf eine Juristen-Laufbahn. Er studierte nacheinander in Göttingen und Berlin Jura, wurde promoviert und bestand mit Bravour die erste und zweite juristische Staatsprüfung. Ab 1842 sammelte er als gefragter Advokat praktische Erfahrungen. Seine Rechtsdeutungen und vor allem sein Kommentar zum Kriminalgesetzbuch erregten Aufsehen und trugen ihm im April 1848 ein Berufung ins Justizministerium in Hannover ein. Leonhardt, der inzwischen mit Sophie Dorothea Emilie Kahle aus Hannoversch-Münden verheiratet war, sorgte für frischen Wind in den Amtsstuben, stieg in wenigen Jahren bis zum hannoverschen Justizminister auf und engagierte sich für eine Modernisierung der Gesetzgebung. Das reichte von einer bürgerlichen Prozessordnung über das neue Gerichtsverfassungsgesetz und eine neue Strafprozessordnung bis zu modernen Gesetzen, welche die Arbeit der Anwälte sowie Notariate regelten. Das machte ihn in ganz Deutschland bekannt und trug ihm die Berufung in die vom Deutschen Bund eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung einer Rahmen-Zivilprozessordnung für alle deutschen Staaten ein. So übernahm er bei der stufenweisen Vereinheitlichung des deutschen Prozessrechtes zwischen 1862 und 1866 im gewissen Sinne die Federführung. Dann aber kamen der Krieg zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland, die Parteinahme des Königreiches Hannover für den späteren Verlierer Österreich und schließlich die Einverleibung des Welfenlandes in den preußischen Staat.

Für die Hohenzollern in Berlin war Hannovers Vorzeigejurist bei der Besetzung der Führungsstellen sofort erste Wahl. Leonhardt musste sich zunächst als Vizepräsident des neuen Oberappellationsgerichts in Celle bewähren. Er bestand die Probe in Celle, übernahm noch 1867 die Präsidentschaft über das neue Oberappellationsgericht für die neuen preußischen Provinzen in Berlin und wirkte parallel auch bei der Gesetzgebung für den Norddeutschen Bund mit. Alles mit Erfolg. Daraufhin wurde Leonhardt zum preußischen Justizminister berufen. Dieses Amt bekleidete er bis 1879. Mit Bravour. Leonhardt brachte alle aus seiner Sicht notwendigen gesetzlichen Reformen nach der Reichseinigung auch gegen konservativen Widerstand auf den Weg. Das war eine Herkulesaufgabe. Das diesbezügliche Spektrum reichte von der Vereinheitlichung der deutschen Justizverfassung und des materiellen Strafrechts bis zur Übernahme vieler liberaler Forderungen, die er aus pragmatischen Gründen und im Interesse der Einhaltung juristischer Prinzipien für notwendig hielt. Dabei zog der ansonsten eigentlich konservative Minister auch zahlreiche liberale Juristen als Helfer heran. Alles, was der Sache diente, war über alle Parteigrenzen hinweg für ihn nützlich. Das war eine Herangehensweise, die man in der heutigen Parteienlandschaft oft vermisst.



Adolph Leonhardt Bild: Archiv

Doch das fortdauernde Engagement von Leonhardt forderte einen gesundheitlichen Tribut. Der Jurist kränkelte und starb am 7. Mai 1880 in Berlin, kurz vor seinem 65. Geburtstag. *Martin Stolzenau/PAZ*

Der größte König des Inneren

Vor 275 Jahren starb Friedrich Wilhelm I. – Der »Soldatenkönig« polarisiert bis heute

Friedrich Wilhelm I. schuf die Basis für den Aufstieg Preußens zu einer europäischen Großmacht. Vielfach erntete der berühmte Sohn nur, was sein Vater gesät hatte, oder führte fort, was dieser angefangen hatte.

Die Person Friedrich Wilhelms I. wird oft auf seine Leidenschaft fürs Militär und puritanische Strenge gegenüber seinen Untertanen reduziert. Als skurriler Sammler der „Langen Kerls" und unerbittlicher Zuchtmeister seines Sohnes, des späteren Friedrich der Große, ging er in die Geschichtsbücher ein. Darüber ist in Vergessenheit geraten, dass Friedrich Wilhelm I. mit kluger, weitsichtiger Amtsführung, Sanierung der Staatsfinanzen und zahlreichen Reformen seinem rückständigen Land den Weg in modernere Zeiten wies.

Anders als der „Alte Fritz" lehnte Friedrich Wilhelm den Krieg ab, trotz seines Beinamens „Soldatenkönig". Nur einmal während seiner Regentschaft beteiligte er sich aktiv an einem Krieg, dem Pommernfeldzug 1715 (siehe Nummer 16, Seite 11). Das schlagkräftige Heer, das er aufbaute, diente zum Schutz der Bevölkerung. Nur zu oft waren fremde Truppen in das neutrale, wehrlose Preußen eingefallen. Krieg zerstört, was man aufgebaut hat, war Friedrich Wilhelms für einen absolutistischen Herrscher unübliche Erkenntnis. „Un Roi militaire et pacifiste" nannte ihn der französische Politiker Honoré Gabriel Victor de Riqueti, Marquis de Mirabeau verwundert.

Als Mensch scheute Friedrich Wilhelm allerdings nicht vor Gewalt zurück. In Zorn geraten, prügelte er seine Familienangehörigen und faule Beamte mit dem Stock. Geisteswissenschaften und schöne Künste lehnte er ab.

Friedrich Wilhelm wurde als Sohn des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. und der hannoverschen Prinzessin von Braunschweig-Lüneburg Sophie Charlotte am 14. August 1688 in Berlin geboren. Mit sechs Jahren erhielt er das Kommando über zwei Regimenter seines Vaters. Zeitgenossen kolportieren, dass der Prinz statt zu spielen den korrekten Aufzug der Schildwache vor dem Berliner Schloss kontrollierte. Sein Interesse galt nicht nur allem Militärischen. Mit elf Jahren, er hatte gerade erst schreiben gelernt, legte er sich ein Ausgabenbuch zu, in das er akribisch seine persönlichen Ausgaben eintrug. Seine schöngeistige Mutter Sophie sorgte sich: „Können Mitgefühl und Mitleid Raum in einem Herzen finden, das vom Eigennutz, vom Geist der Ökonomie bestimmt wird?"



Im Harnisch mit Hermelinmantel, Marschallstab sowie Bruststern und Schulterband des Ordens vom Schwarzen Adler: König Friedrich Wilhelm I. in Preußen Bild: Archiv

Die Ausgaben des Herrscherpaares waren höchst unökonomisch, der Staat hoch verschuldet. Am Hof regierte der Prunk. Generös wie immer schenkte der König dem halbwüchsigen Sohn das Gut Wusterhausen zu Weihnachten. Der machte den verlustreichen Besitz zum Musterbetrieb, sein Gesellenstück. Von hugenottischen Lehrern erzogen, war die calvinistisch-sparsame, gottgefällig nach Gewinn strebende Lebensweise Friedrich Wilhelms Maxime. Als Friedrich III. 1713 starb, soll sein Sohn aus dem Sterbezimmer direkt zu seinem Schreibtisch geeilt und den Etat des Hofes gekürzt haben. Statt 600 000 Taler jährlich musste sich der Hofstaat mit einem Viertel davon begnügen.

Bei der Bekämpfung der Staatsschulden blieb auch der private Bereich des Königs und seiner Ehefrau Sophie Dorothea nicht verschont. Die Familie durfte nur 93 Taler pro Tag ausgeben. Tafelsilber, Karossen, Möbel, Pferde und der Königsmantel wurden veräußert. Von den 24 Schlössern seines Vaters behielt Friedrich Wilhelm sechs. Er selbst begnügte sich mit zwei persönlichen Bediensteten.

Der junge Staat Brandenburg-Preußen war bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms ein fragiles, zersplittertes Gebilde. Der König schuf ein Beamtentum, das für eine straffe Verwaltung bis in den hintersten Winkel sorgen sollte. Ein drängendes Problem war die demografische Entwicklung. Der Dreißigjährige Krieg und die Pest hatten die Bevölkerung vor allem in Ostpreußen stark dezimiert.

> »Der Regent ist zum Arbeiten geboren, nicht zum faulen Leben«

Ganze Landstriche waren entvölkert und Wüstenei. Hungersnöte rafften noch mehr Menschen dahin. Die „Peuplierung" sollte Abhilfe bringen. Friedrich Wilhelms „Einladungspatent" lud Protestanten, die aus dem katholischen Salzburger Land ausgewiesen worden waren, nach Ostpreußen ein. Friedrich Wilhelm versprach darin, ihnen aus „christlich-königlichem Erbarmen und Mitleid" in seinem Reich eine neue Heimat zu geben. Menschen achtete er „vor dem größten Reichtum". Auch viele Protestanten aus Böhmen fanden in Rixdorf Aufnahme. Die Zahl der Einwohner des erst 1709 zusammengeschlossenen Berlins erhöhte sich bis zu Friedrich Wilhelms Tod von 55 000 auf fast 80 000.

Die Neuankömmlinge rodeten die ostpreußische Wildnis und legten Sumpfgebiete trocken. Das neu gewonnene Ackerland wurde als königliche Domänen verpachtet. Das Trakehnergestüt war eine Gründung Friedrich Wilhelms. Sein merkantilistisches Verbot, Waren einzuführen, stärkte Handwerk und Handel. Wolle durfte bei Androhung der Todesstrafe nicht ausgeführt werden. Das Produkt aus der Kurmark musste im Land verarbeitet und verkauft werden. Das Geld sollte seinen Leuten zugutekommen.

Gutes den eigenen Leuten – Friedrich Wilhelm tat viel, um den Lebensstandard in Preußen zu verbessern. Den Löwenanteil des Staatshaushalts verschlang allerdings das Heer. In seiner Regierungszeit verdoppelte sich die Zahl der Soldaten von 40 000 auf 80 000 Mann. Der Adel bildete das Offizierskorps. Mit hartem Drill legte Friedrich Wilhelm den Grundstock für die siegreiche Armee seines Nachfolgers.

Der König war ein unermüdlicher Arbeiter, getreu seinem Grundsatz: „Der Regent ist zum Arbeiten geboren, nicht zum faulen Leben." Er galt als der fleißigste Monarch Europas. Den gleichen Einsatz verlangte er von seinen Untergebenen. Fleiß, Disziplin, Unbestechlichkeit und Sparsamkeit, die sprichwörtlichen preußischen Tugenden, sollten sein Beamtentum auszeichnen.

Bei seinem Tod am 31. Mai 1740 hinterließ Friedrich Wilhelm einen schuldenfreien Staatshaushalt. Sein Nachfolger konnte sich zusätzlich über zwei Millionen Taler freuen, die im Keller des Berliner Schlosses in Fässern lagerten. Wenn auch das Bild Friedrich Wilhelms I. im Ruhm seines Sohnes verblasste, ein Großer war auch er. Zeitgenossen nannten ihn „Preußens größten König des Inneren". *Klaus J. Groth*

Sein II. Korps entschied die Schlacht von Gravelotte

Vor 125 Jahren starb der preußische General der Infanterie Eduard Friedrich Karl von Fransecky

Eduard Friedrich Karl von Fransecky gehört zu den höchstdekorierten Generälen des preußischen Heeres. Der vor 125 Jahren gestorbene Offizier erwarb den Großteil seiner zahlreichen Auszeichnungen in den letzten beiden deutschen Einigungskriegen von 1866 und 1870/71.

Das Geschlecht derer von Fransecky entstammte angeblich altem ungarischen Adel, was Friedrich der Große am 1. November 1776 mit einem entsprechenden Diplom anerkannte. Quellenmäßig belegt sind allerdings nur Vorfahren aus Ostpreußen, die in der Regel eine militärische Laufbahn eingeschlagen haben. Dies galt auch für den Rittmeister Christian Gottlieb Ernst von Fransecky. Dessen einziger Sohn, Eduard Friedrich Karl, wurde am 16. November 1807 in Gedern geboren und trat bereits mit zehn Jahren in das Potsdamer Kadettenhaus ein. Nachfolgend entwickelte der jüngste Spross aus dem Hause von Fransecky einen beispielhaften Ehrgeiz, der ihm zu einem verdientermaßen reibungslosen Karrierebeginn verhalf.

Nach seiner Ernennung zum Secondeleutnant trat der junge Offizier 1825 in das 16. Infanterieregiment in Düsseldorf ein, in dem er schnell zum Adjutanten des Kommandeurs avancierte. 1833 wurde er Adjutant bei der 13. Division in Münster. Dem schloss sich im März 1843, unter bald folgender Beförderung zum Hauptmann, die Versetzung zum Generalstab in Berlin an, dem er bis Juli 1855 angehörte, zuletzt in der Funktion des Direktors der kriegsgeschichtlichen Abteilung und Herausgebers des „Militär-Wochenblattes". Diese Zugehörigkeit zum Generalstab in Berlin wurde lediglich unterbrochen von einem kurzen Fronteinsatz im Schleswig-Holsteinischen Krieg im Frühjahr 1848 als Adjutant des Kavalleriegenerals Friedrich Freiherr von Wrangel, der 1855 für Franseckys Ernennung zum Chef des Generalstabes des III. Armeekorps sorgte. Am 10. Dezember 1857 erhielt der nunmehrige Oberstleutnant das Kommando über das 31. Infanterieregiment in Erfurt.

Dem folgte von 1860 bis 1864 ein Intermezzo als Oberbefehlshaber der Oldenburgisch-Hanseatischen Brigade. In dessen Verlauf wurde Fransecky am 18. Oktober 1861 zum Generalmajor befördert, weil er sich auch in dieser Stellung bestens bewährte. Deshalb standen ihm nach seiner Rückkehr in den preußischen Heeresdienst auch weiterhin alle Türen offen. So konnte er schon Ende 1864 die 7. Infanteriedivision in Magdeburg übernehmen. Mit dieser Einheit zog der mittlerweile zum Generalleutnant Aufgestiegene dann 1866 in den Krieg gegen Österreich. In dessen Verlauf hatte er maßgeblichen Anteil an den Siegen von Münchengrätz, Königgrätz und Blumenau, wofür er am 20. September 1866 den Orden Pour le Mérite erhielt.

> Nach dem Deutschen Krieg wirkte er an der Integration der sächsischen Truppen in die Armee des Norddeutschen Bundes mit

Kurz darauf bekam der General den Auftrag, an der Umbildung der königlich-sächsischen Truppen nach preußischem Muster mitzuwirken, was er bis 1869 zur allgemeinen Zufriedenheit tat. Er wurde zum General der Infanterie befördert und Nachfolger des Kronprinzen Friedrich Wilhelm als Kommandierender General des II. Armeekorps in Stettin. Wegen seines schweren Gichtleidens kurte er in Karlsbad, wo ihn im Juli 1870 der Befehl zur Mobilmachung gegen Frankreich erreichte. Mit Ausbruch der Feindseligkeiten verlegte sein Armeekorps nach Lothringen und erreichte dort am 18. August nach einem 16-stündigen Gewaltmarsch bei glühender Sonne gerade noch rechtzeitig das Schlachtfeld von Gravelotte-Saint Privat, um das verlustreiche Treffen zugunsten der deutschen Seite zu entscheiden.

Anschließend nahm die Truppe an der Belagerung von Metz teil, in deren Verlauf sie aber nur eine Zuschauerrolle innehatte. Danach wurde das II. Korps in den Belagerungsring um Paris eingegliedert. Am 1. Dezember 1870 erhielt Fransecky das Oberkommando über alle Einheiten zwischen der Seine und der Marne. Mit diesen schlug er zunächst den Durchbruchsversuch der Franzosen unter General Auguste-Alexandre Ducrot bei Champigny zurück und startete dann einen Gegenangriff, der am 4. Dezember zum Rückzug der feindlichen Verbände nach Paris führte.

Hierauf operierte Franseckys Korps bis zum 1. Februar 1871 als Teil der deutschen Südarmee unter Edwin von Manteuffel, der die Abdrängung der Zweiten Loire-Armee über die schweizerische Grenze gelang. Im Verlaufe dieses Feldzuges, der mit einem völligen Fiasko für die Franzosen endete, nahm das II. Korps an 16 weiteren Gefechten teil.

In Würdigung seiner Verdienste im Deutsch-Französischen Krieg hatte Wilhelm I. Fransecky bereits am 6. Dezember 1870 das Eiserne Kreuz Erster Klasse sowie das Eichenlaub zum Pour le Mérite verliehen. Später ernannte er ihn dann außerdem noch zum Kommandierenden General des XV. Armeekorps in Straßburg. Diese Aufgabe verlangte überdurchschnittlich viel diplomatisches Geschick, weil dem Korps nicht nur preußische, sondern auch bayerische, sächsische, württembergische und braunschweigische Einheiten angehörten. In Franseckys Zeit in Straßburg fiel auch sein 50. Dienstjubiläum, zu dem er am 8. April 1875 den Hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen bekam, was nunmehr zur Erhebung in den erblichen Adelsstand Preußens führte.



von Fransecky Bild: Archiv

Im November 1879 wechselte Fransecky nach Berlin, wo der 72jährige nun als Gouverneur fungieren sollte. Allerdings verschlechterte sich sein Gesundheitszustand bald derart, dass er um den Abschied bitten musste. Am 23. November 1882 wurde ihm dieser bewilligt. Zum Abschied verlieh Wilhelm I. dem bewährten General noch die Brillanten zum Schwarzen-Adler-Orden. Sie komplettierten das Konvolut von Auszeichnungen, zu dem auch das Großkreuz des Roten-Adler-Ordens mit Eichenlaub und Schwertern, die Großkreuze des Württembergischen und Bayerischen Militärverdienstordens sowie der Sächsische Albrechts-Orden gehörten.

Kurz darauf siedelte der hochdekorierte Pensionär auf seinen 1877 angekauften Adelshof in Erbach am Rhein über. Dessen Anschaffung war ihm möglich, weil er nach dem Deutsch-Französischen Krieg eine kaiserliche Dotation in Höhe von 150 000 Talern erhalten hatte. Acht Jahre später, am 21. Mai 1890, starb Eduard Friedrich Karl von Fransecky während eines längeren Kuraufenthaltes in Wiesbaden.

Wolfgang Kaufmann

Den Deutschen wird die Identität genommen

Zu: Verdruss und Verdacht (Nr. 19) und zu: Weizsäckers Rede vor 30 Jahren ebnete den Weg (Nr. 19)

Beide Berichte zeigen die Ungereimtheiten des Wortes „Befreiung“ klar und deutlich auf. Da ich 1935 geboren wurde und im Mai 1945 erst neun Jahre alt war, habe ich an die sogenannten Gutmenschen drei Fragen.

Erstens: Warum haben die am Zweiten Weltkrieg beteiligten Staaten nicht eher Deutschland von Hitler befreit, zum Beispiel als die Widerständler erfolglos Attentate verübten? Zweitens: Warum wurden Juden nicht zu verstehen gegeben, dass sie aus Deutschland flüchten sollten. Die Diskriminierung fing doch schon vor den KZ an, schließlich wurde Deutschland von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges sehr genau beobachtet. Drittens: Wollte man Hitler freie Hand lassen, um dann sich zu eigenen Gunsten an Deutschland zu bereichern, also Deutschland durch Vertreibung zu verkleinern? Oder durch die später stattgefundenen Verbrechen Hitlers mehr Macht über Deutschland bekommen?

Da heute alle Grausamkeiten der Sieger des Zweiten Weltkrieges als „Befreiung“ Geschichte schreiben sollen, die Grausamkeiten des NS-Regimes aber als Gehirnwäsche für die jungen Generationen dienen, ist die Spanne zwischen links und rechts größer geworden. Daraus entstand der „Kampf gegen rechts“, weil die Linken am längeren Hebel sitzen. Also nichts weiter als Machtkampf in der heutigen Zeit. Solange die Gutmenschen die Vertreibung der Deutschen in das Wort „Befreiung“ einbinden, diskriminieren sie die eigenen Landsleute. Sie haben uns die Identität genommen.

Elisabeth Krahn, Celle

Kulturpolitiker sind mit Blindheit geschlagen

Zu: Keine EU-Hilfe für die Königin (Nr. 20)

Jetzt ist es sehr ernst um den Schlossverein Hohenzieritz mit der Königin-Louisen-Gedenkstätte geworden. Der Kultusminister Mathias Brodkorb von der SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat inzwischen den Korb für Kultur und Bildung so hoch gehängt, dass weder Bildung noch Kultur von den erbärmlichen Brosamen partizipieren können. Es ist nun für Insider nicht mehr erstaunlich, dass die Politik einen Vertreter als Bildungsminister eingesetzt hat, welcher kaum praktische Kenntnisse als Lehrer je hat erwerben können.

Von der Politik finanziert wird nur noch die sogenannte „Willkommenskultur“ für die ausländischen Einwanderer, welche von den Einheimischen eher mit reichlichem Misstrauen betrachtet werden. Die preußische Tradition und die deutsche Geschichte hingegen werden schlicht und einfach ignoriert.

Nur Deutschland selbst arbeitet daran, seine eigene Geschichte nicht tolerieren zu wollen. Aus der angeblichen Vielsicht ist eine bedenkliche Gutmenschentum-Vorschrift geworden, welche Andersdenkende in das Abseits der heutigen Gesellschaft drängen möchte und von den etablierten Parteien dafür auch noch Beifall erhält. Wir sind Kämpfer für Preußens tapfere Königin Louise und werden es bleiben, so wahr uns Gott helfe. Niemand wird uns in diesem Leben davon trennen können, auch wenn uns alle finanziellen Ressourcen vom Bundesland, der Bundesregierung und der EU gestrichen werden. Sie wissen nicht, was sie tun, denn sie sind mit Blindheit geschlagen und eine bessere Zeit wird kommen.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Kaum Erholung

Zu: Künstlicher Ort bei Cranz (Nr. 18)

Was früher war, kannte die Erlebnisgeneration, was heute geschieht, interessiert uns dagegen sehr. So wird es mir immer wieder mitgeteilt.

Die „Erholungsstadt Jantarny“ (Bernstein) wird zweifelsfrei auf dem Gebiet der Gemeinde und Gemarkung Garbseiden errichtet. Schon zu deutscher Zeit war dieser Strandabschnitt „Kulten“ am Einlauf der Pobether Mühlenfließ in die Ostsee vielen Menschen ein Begriff – und das nicht nur für Insider.

Man kam damals nur über das Grundstück des Landwirts Pustlauk zu dem Strand. Also weit entfernt von Cranz – und Strobjehnen liegt unterhalb der Bahnlinie Cranz-Neukuhren zwar in der Gemeinde Garbseiden, jetzt Kulikowo, aber dafür mit Autobahnanschluss.

Wir waren vom 3. bis 9. Mai dieses Jahres oft am Strand und haben die rege Bautätigkeit gesehen. Unser Quartier hatten wir wieder im Salem-Dorf auf dem ehemaligen Gebiet des Guts Pollwitten, zwischen Seerappen und Powayen/Medenau liegend. Ein Besuch lohnt sich.

Dietmar Wrage, Bargteheide



Hässlicher „Bernstein“: Die nach dem Gold des Meeres benannte und im Bau befindliche „Erholungsstadt Jantarny“ in der Gemarkung Garbseiden verschandelt einen weiteren Küstenabschnitt des nördlichen Ostpreußen Bild: Wrage

Reif für die Klapse

Zu: Verdruss und Verdacht (Nr. 19)

Wird eigentlich auch ständig an die Unmenschlichkeiten der Inquisition erinnert, an die Millionenopfer des Dreißigjährigen Krieges, an das Leid durch die imperialistischen Kriege Napoleons, an die Ermordung der Inkas und der nordamerikanischen Indianer? Bundespräsident Joachim Gauck läuft durch die Welt und beweint die umgekommenen Kriegsgefangenen der anderen Seite und Partisanen, die deutsche Soldaten nicht im offenen Kampf, sondern heimtückisch und grausam getötet haben. Was ist das für ein Menschenbild, wo ein Opfer höher bewertet wird als ein anderes?

Ein Kind, dem man unentwegt vorhält, etwas Unrechtes getan zu haben, wird entweder aggressiv oder landet in der Psychiatrie. Was spricht gegen einen einzigen Tag, an dem in aller Welt menschlichen Leids gedacht wird? Ohne Politik. Ohne Selbstüberhöhung. Zu solchen Überlegungen sind unsere Medien nicht fähig. Die öffentlich-rechtlichen Sender erfüllen ihren Programmauftrag lieber durch allabendliche Leichen-Sendungen, durch „Vorstadt-Weiber“ (als Imitation der dümmlich-ordinären US-Sendereihe „Sex and the City“), durch vorschulhafte Talkrunden und politische Agitation statt neutraler Information. Bei angeblicher Volksmusik sind echte Volksweisen wie „Bunt sind schon die Wälder“ oder „Der Winter ist vergangen“ in diesen Zeiten unerwünscht.

Vom Reichtum der Sagen und Legenden aus deutschen Landen findet sich keine Spur. Von Poesie auch nicht. Es wird perfekt gemordet. Keine Gesichter der Nachdenklichkeit, der Güte, der herzlichen Freude, des stillen, mitempfindenden Kummers. Keine Dialogkultur. Dafür gibt es Geplapper allenthalben.

Das kommunistische China pflegt die feudalistische Peking-Oper, gründet Konfuzius-Institute und schickt Künstler aufs Land, um von einfachen Menschen die kulturellen Wurzeln Chinas noch besser kennenzulernen. Russland unterhält in Melichowo (südlich von Moskau) ein eigenes Tschechow-Theater. Unseren Fernsehmedien ist klassische Literatur unbekannt. Es genügt offenbar, sich mit „Bambies“ eitel-ausschweifend selbst zu feiern.

Dr. Klaus-J. Schneider-Haßloff, Berlin

Ein Präsident repräsentiert nicht unbedingt immer die Masse des Volkes

Zu: Verdruss und Verdacht (Nr. 19)

Kann wohl jemand den Bundespräsidenten Gauck endlich aus dieser permanenten Zeitschleife herausholen? Der bekannte Kinofilm „Und täglich grüßt das Murmeltier“ liefert einen möglichen, aber eher harmlosen Vergleich.

Auf unsere heutige Situation bezogen, bedeutet das: Egal um welches Thema der Schuldzuweisung es geht – man tritt es über Jahrzehnte breit, und die Allgemeinheit hat es schließlich satt. Die *PAZ* erkennt das richtig.

Seit Beginn seiner Amtszeit stellt Gauck die Verfehlungen seiner eigenen Nation zur Schau, aber die Verbrechen der Sieger an der deutschen Zivilbevölkerung während des Krieges – und auch nach der Kapitulation an Millionen deutscher Kriegsgefangener – werden von ihm stur ignoriert.

Mit etwas Altersweisheit müsste ein Bundespräsident einen

Gauck ist in einer Zeitschleife gefangen

hässlichen Nebeneffekt erkennen: Wer sich ständig im eigenen Dreck wälzt, wird schließlich selbst als Schwein betrachtet. Darauf steuert Gauck bedenklich zu. Wie soll man dieses Verhalten nennen? Volksverhetzung, Diskriminierung? Das gibt es bei uns jedoch nur gegenüber Ausländern. Deutsche beschimpft man ungestraft. Der Bundespräsident und die übrige Leitungsriege machen es vor.

Für diesen Bundespräsidenten ist die Zeit anscheinend stehen geblieben. Er durchläuft seine Zeitschleife fast täglich neu. Sieht er es denn nicht? 70 Jahre lang hat unser Land mit ehrenhafter Haltung erfolgreich die Kriegsfolgen gemildert, intern und extern. Gauck und andere zerstören durch ihre unerträgliche Kriecherei, was wir aufgebaut haben. Er sollte seine Position besser nutzen und die neuen Verbrechen zu verhindern versuchen, die in der Nachkriegszeit in aller Welt seit Jahrzehnten ungehemmt passieren, ohne dass unser Land damit in Verbindung steht.

Er bedient unpassende Klischees und sonnt sich lieber in der Lobpreisung gewisser Medien, die gern und unerschöpflich darüber berichten.

Verbrechen der Sieger werden ignoriert

Eine Person ohne Ehrgefühl als Bundespräsident – das ist abscheulich. Ein Land und eine Regierung dieser Ausprägung werden nirgendwo respektiert. Die Verachtung gilt aber weniger den Deutschen, sondern unserer etablierten Polit-Kaste.

Ich habe seit Jahrzehnten gute persönliche Kontakte und Freundschaften in diversen Ländern in Europa und Übersee. Ich bin darüber glücklich. Es hat mich gelehrt, den einzelnen Menschen zu erkennen und zu schätzen und nicht das Regierungsverhalten ihrer Länder. In meinen Beziehungen haben erfreulicherweise die unqualifizierten Verhaltensweisen irgendwelcher Politiker keinen Raum. Diese repräsentieren weder die Masse noch die Meinung der Allgemeinheit. So sehen es meine Auslandsfreunde auch. Die damit verbundene charakterliche Bewertung unserer Polit-Ebene lasse ich hier lieber aus.

Hans-Jürgen Bothmann, Hamburg

Frau statt Gauck?

Zu: Was will Joachim Gauck? (Nr. 19)

Laut einer kürzlich erfolgten Umfrage von T-Online, dem Internet-Portal der Deutschen Telekom, sind 94 Prozent der Befragten gegen Bundespräsident Joachim Gauck. Zu diesen 94 Prozent zähle ich auch. Er ist definitiv kein Präsident der Deutschen und schon gar nicht für Deutschland.

Aber was käme als Ersatz infrage? Bei dem derzeitigen Genderwahn wird es vermutlich eine Frau. Und da schwant mir böses. Eine Andrea Nahles oder Ursula von der Leyen könnte Gauck im Kabarett des Schreckens würdig vertreten.

Herbert Schinkel, Lengede

Kraft zum Anderssein ist erlahmt

Zu: Moral und Heuchelei (Nr. 17)

Es gibt kaum noch eine Kraft zum Anderssein. Wir sind mitten im Kollektiv und viele Politiker und Journalisten verbiegen sich, vertreten nur noch eine einheitliche Meinung, grenzen Andersdenkende aus und bezeichnen diese Gruppe dann sofort als „ausländerfeindlich“.

Kein Wunder, dass viele nicht mehr wählen gehen. Das Volk gibt sich auf, wird gleichgültig und geht nur noch den bequemen breiten Weg – ähnlich wie damals in der Hitlerzeit.

Was titelte kürzlich die „Rhein-Zeitung“? „Flüchtlinge: SPD will Bund zur Kasse bitten“. Mit Geldern aus anderen Taschen (Steuerzahler) will man die Weltherrschaft antreten. Wo bleibt das Subsidiaritätsprinzip?

Nun zur Sache: Mir scheinen in dem Zusammenhang drei Aufgabenfelder sehr wichtig zu sein.

Erstens: Europa muss zusammenwachsen. Die Steuer-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik muss vereinheitlicht werden, sonst treibt der Neid die Völker auseinander. Griechenland ist nur ein Beispiel.

Zweitens: Weltkrieg Süd gegen Nord, so bezeichne ich es. Wir werden das ganze Problem mit den Flüchtlingen nicht lösen, wenn wir den Ursachen nicht auf den Grund gehen, und das sind die islamistischen Regierungsformen im Irak, Syrien, Jemen und Nordafrika, die die Völker über das Mittelmeer treiben und ganz Europa nach und nach zerstören. Als Folge werden auch über See und andere Wege sich Islamisten nach Europa einschleichen und unsere Demokratien aushebeln. Da wird nicht nur das Kopftuch bei den Frauen eingeführt, sondern auch das islamische Recht der Scharia. Will man das Abendland retten, muss man den „IS“ militärisch und wirtschaftlich bekämpfen. Mit Bomben abwerfen wird man das Problem nicht lösen, da muss schon gezielter angegriffen werden.

Drittens: Die Ostpolitik, besonders die Ukraine. Mit Konferenzen alleine kommt man da nicht weiter. Schon jetzt ist die Achse Russland/Ostukraine/Iran/IS zu erkennen, und ob die Türkei noch in der Nato bleiben wird, ist sehr fraglich. Die Europäer und die Nato sollen die Ostukraine, ähnlich Berlin, zunächst abschreiben und für eine sichere Ukraine und Europa sorgen. Das einzige, was Putin und Russland fürchten, ist die Nato. Derzeit werden wir von Putin gejagt.

Ich danke daher für den Aufmacherartikel in der *PAZ*. Es lohnt sich, der Wahrheit auf den Grund zu gehen, und die ist bekanntlich nie bequem. Das einfache Volk hat auch ein Gefühl, wohin unser Boot steuert, aber wegen des Wohlstands haben die Bürger nicht die Kraft zum Anderssein. Es sind riesige Aufgaben, die vor uns liegen, und die ich auch nicht bis in die Tiefe hinein überblicken kann.

Peter Teschner, Koblenz

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de



MELDUNGEN

Arbeitsplätze im Reifenzentrum

Allenstein – In der südostpreußischen Hauptstadt ist eines der größten Michelin-Lager der Welt entstanden. Um 20000 Quadratmeter vergrößerte sich die Fläche des Logistik-Zentrums Michelin. Die Lager sind für landwirtschaftliche Reifen vorgesehen, die für Abnehmer aus allen Kontinenten nach Allenstein kommen. Lagern werden dort nicht nur vor Ort produzierte Reifen, sondern auch solche aus Fabriken in Russland, Rumänien, Ungarn und aus Japan, Thailand und den USA, sagte die Pressesprecherin der Firma, Ewa Konopka. Der Ausbau des Logistik-Zentrums kostete zehn Millionen Euro. „Michelin Polska“ beschäftigt in Allenstein etwa 4200 Personen und ist der größte Arbeitgeber im südlichen Ostpreußen. *PAZ*

Tunnel zur Nehrung

Memel. – Da die Unesco den Bau einer Brücke von Memel zur Kurischen Nehrung – die zum Unesco-Weltnaturerbe zählt – abgelehnt hatte, plant Litauen nun den Bau eines Straßentunnels. Der Vorschlag geht von der Gesellschaft „Metroprojekt“ aus, die erfolglos versucht, den Wilnensern eine eigene U-Bahn schmackhaft zu machen. Laut ihren Vorstellungen soll der Tunnel östlich des Memeler Hafens beginnen und dort in einen Freizeitpark mit verschiedenen Wassersportmöglichkeiten eingebettet sein. Der Tunnelbau gilt als technisch unproblematisch, da der zu überwindende Wasserarm hier nur etwa 400 Meter breit und fünf Meter tief ist. Der Tunnel soll an seiner tiefsten Stelle 100 Meter unterhalb der Erdoberfläche verlaufen und im Fahrbereich dreieinhalb Meter hoch sein. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Berghof [Tatary] – Candien [Kanigowo], Baustelle; Palicken [Pawliki] – Powiersen [Powierz], Baustelle; Powiersen – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie], Baustelle. Straße Nr. 16: Groß Herzogswalde [Laseczno] Fußgängerzonenbau; Sensburg [Mragowo], Olsztynskastraße, Baustelle; Nikolaiken [Mikołajki] – Barranowen [Baranowo], Baustelle; Neu Proberg [Nowy Probark], Randstreifenarbeiten; Ekkersberg [Okartowo] – Arys [Orzysz], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 51: Lauterhagen [Samolubie] – Roggenhausen [Rogóz], Randstreifenarbeiten; Heilsberg [Lidzbark Warminsk], Olsztynskastraße, Baustelle; Althof [Stary Dwór] – Battatron [Barcikowo], Randstreifenarbeiten; Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo], Renovierung der Fußgängerzonen. Straße Nr. 65: Lyck [Elk] – Neuendorf [Nowa Wies Elcka] – Fußgängerzonenbau. *PAZ*

Ein Zuhause für Erfinder und Forscher

Das »Museum der Moderne« zeigt auf zwei Etagen die technische Entwicklung der Stadt Allenstein

Das neu eröffnete „Museum der Moderne“ der Stadt Allenstein zeigt auf zwei Etagen die technische Entwicklung der letzten beiden Jahrhunderte innerhalb des Stadtgebietes und über dessen Grenzen hinaus.



Privat- und Geschäftsfotografie vor über 100 Jahren: Blick in die Ausstellung Bild: mef

„Die Sprache der Ausstellungstafeln ist polnisch, aber die beschriebene Geschichte ist deutsch.“ Diese Feststellung traf Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen Ellingen, als er jüngst das im vergangenen Oktober eröffnete „Museum der Moderne“ („Muzeum Nowoczesno ci“) am neu gestalteten Stadtpark der Stadt Allenstein besuchte.

Diesen Eindruck findet man beim Betrachten der Zeichnungen, Pläne, Fotografien und Exponate bestätigt. Die originalen Stadtpläne geben eine Übersicht über die vielfältigen technischen Projekte in der ostpreußischen Stadt aus der Zeit lange vor dem Ersten Weltkrieg bis 1945. Die Entwick-lung der Verkehrslinien der Stadt mit Straßenbahn, Omnibus und O-Bus von 1907 und 1939 wird, reich bebildert mit Aufnahmen der Triebwagen der Waggon- und Maschinenfabrik A. G. Bautzen und Büssing-Bussen, beschrieben und ergänzt durch den Fahrplan der Straßenbahn aus dem Jahre 1913, originalen Fahrscheinen und dem aus Fotos und Beschreibungen rekonstruierten Modell des ersten Straßenbahnwagens.

Weitere ausführlich dargestellte Themenbereiche sind die Entstehung der Gas-, Wasser- und Abwasserversorgung der Stadt sowie der Ausbau der Stromversorgung. Bilder zeigen über die Stadt hinaus die ökonomische Entwick-lung in der Region, wie die Geschichte und Erzeugnisse des Automobilbauers Komnick und des Maschinen-, Schiffs- und Lokomotivenbaubetriebes Schichau in Elbing. Ein Kapitel ist dem gesamten Brauwesen Ostpreußens gewidmet, zahlreiche Originalflaschen werden als Schauobjekte präsentiert. Zudem wird die „Gewerbeausstellung Allenstein 1910“ in allen ihren Details dargestellt.

Die 1912/1913 gebaute Aufzugkabine aus dem Allensteiner Rathaus steht als Original-Schaustück im ersten Stockwerk des Museums. Dort wird der Postdienst in Ostpreußen mit echt gelaufenen Belegen, die Entwick-lung des Eisenbahnwesens, der Telefon- und der Telegrafenverbindungen ausführlich erläutert. Die Entstehung des planmäßigen Flugverkehrs mit dem Flugplatz Deuten und dem Militärluftschiffhafen Diwitten, die 1925 geplante Erweiterung des Oberländischen Kanals zwischen Osterode und Allenstein und das Pressewesen werden erklärt.

> Sprache polnisch – Geschichte deutsch

Die damals aufkommende Familienfotografie hat eine Sammlung von Porträts aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert sowie Fotografien von Geschäfts- und Privaträumen aus der gleichen Periode in 3D-Technologie hinterlassen. Große Bildtafeln sind Ostpreußens Erfindern und Forschern gewidmet. So sind die Lebenswerke von Wilhelm Wien, der 1911 den Nobelpreis für Physik erhielt, und von Emil von Behring, dem Träger des ersten Nobelpreises für Physiologie und Medizin, von Architekt Erich Mendelsohn und von Johann Hermann Ganswindt, dem Erfinder und Raketenpionier, ausführlich erläutert. Ein ganzer Raum mit zahlreichen Bildern ist der am 15. April eröffneten Sonderausstellung über den aktuellen Zustand des Masurischen Kanals gewidmet.

Das Museum befindet sich im 1884 in Fachwerkbauweise errichteten Sägewerk von Louis und Rudolf Raphaelsohn in der Nähe des Stadtparks. Hier lagen weitere Sägewerke, ein Gaswerk, eine Maschinenfabrik, Brauereibetriebe und eine Essig- und Senffabrik. Einst befand sich an der Gebäudeseite zur Alle ein Wasserbekken, das zum Aufsammeln des treibenden Holzes diente. 1930 wurden die Gebäude von den Stadtwerken übernommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg vorgenommene Änderungen am Gebäude verwischten die ursprüngliche Funktion. 1987 wurde das Werk aufgegeben und blieb dem Verfall ausgesetzt. 2011 begannen die Sanierungsarbeiten für das Regionalzentrum der Technik und Entwicklung. *Manfred E. Fritsche*

Centrum Techniki i Rozwoju Regionu „Muzeum Nowoczesno ci“, Montag bis Donnerstag von 11 bis 18 Uhr, Samstag und Sonntag von 11 bis 17 Uhr geöffnet, Freitag geschlossen. Weitere Informationen unter http://tartak.mok.ol-sztyn.pl/.

Brachert-Museum wurde modernisiert

Nach Arbeiten an der Fassade ist auch die Ausstellung im Inneren des Hauses neu konzipiert worden

Vor 125 Jahren wurde der berühmte Bildhauer Hermann Brachert geboren. Bekannt wurde er durch seine Arbeiten, mit denen viele Häuser in Königsberg und anderen ostpreußischen Städten ausgeschmückt worden waren. In Rauschen sind seine Skulpturen „Wasserträgerin“ und „Nypmhe“ zu bewundern. Neben der Bildhauerkunst beschäftigte Brachert sich auch mit Gravuren in Gold und der Gestaltung von Schmuckstücken.

Im Königsberger Gebiet gibt es in Georgenswalde [Otradnoje] ein Hermann-Brachert-Museum in der Nähe von Rauschen. Es ist im ehemaligen Landhaus der Familie Brachert untergebracht, das im Jahr 1931 gebaut wurde. Zwischen 1992 und 1993 hat man das Haus zum Museum umgebaut, das 1993 eröffnet wurde. Das kleine Haus mit einer Gesamtfläche von 140 Quadratmetern steht auf einem überschaubaren, 350 Quadratmeter kleinen Grundstück.

Im vergangenen Jahr erhielt das Museum einen neuen Status. Statt eines kommunalen Status‘ hat es einen regionalen bekommen und ist somit dem regionalen Kulturministerium unterstellt. Als solches hat sich das Budget des Museums verfünffacht und die Zahl der Mitarbeiter wurde verdoppelt.

> Ziel der Leitung ist es, das Museum bekannter zu machen

Seit seiner Gründung war das Museumsgebäude nicht mehr renoviert worden, erst mit dem verbesserten Status war es möglich, das Museum einer umfassenden Erneuerung zu unterziehen. Zunächst wurde die Fassade renoviert, danach folgten die Räume im Inneren. Die Exponate in den Ausstellungsräumen wurden neu arrangiert.

Die Museumsleitung arbeitet derzeit an einem Konzept zur weiteren Entwicklung der Einrichtung. Dazu soll auch das Musemsgelände in einen verbesserten Zustand gebracht und die Exponate im Freien neu angeordnet werden. Und, wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, ist es äußerst wichtig, die kulturelle Einrichtung bei Touristen, aber auch den Bewohnern des Königsberger Gebiets, bekannt zu machen.



Weitgehend unbekanntes Kleinod: Hermann-Brachert-Museum in Goergenswalde Bild: J.T.

Bisher war es nicht einfach, das Museum zu finden, da Hinweisschilder fehlten. Wer das Museum besuchen wollte, musste sich dorthin durchfragen. Doch selbst viele Bewohner in Heinrichswalde wussten nichts von der Existenz des Museums. Bleibt zu hoffen, dass das Haus bald einen größeren Besucherandrang auch von Bewohnern des Ortes erwarten darf. *Jurij Tschernyschew*



**Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,**

es ist erfreulich, wenn das Werk eines Schriftstellers noch lange nach seinem Tod lebendig bleibt, gerne gelesen und interpretiert wird, wie das mit den Büchern der ostpreußischen Dichterin **Frieda Jung** geschieht. Und besonders erfreulich ist es, wenn dies in der eigenen Familie als Vermächtnis angesehen wird und dadurch nicht nur das Werk, sondern auch der Mensch durch die persönlichen Erinnerungen lebendig bleibt. So ist ihr Urgroßneffe, der Journalist **Eberhard** Jung, der beste Laudator für die Dichterin, die vor 150 Jahren in Kiaulkehmen das Licht der Welt erblickte. Wer noch in Ostpreußen zur Schule ging, ist mit ihren Gedichten und Erzählungen aufgewachsen, die ein fester Bestandteil der Schulliteratur waren. Und zu einer ostpreußischen Hausbibliothek gehörte unbedingt ihr Buch „In der Morgensonne“, in dem Frieda Jung ihre behütete Kindheit schildert, in der aber schon die Weichen für ihr literarisches Wirken gestellt wurden. Eberhard Jung beschreibt das sehr eindrucksvoll in seinem Lebensbild der Dichterin, das heute den Sonderplatz auf unserer Seite einnimmt, weil unsere älteren Leserinnen und Leser mit ihren Erzählungen und Gedichten besonders vertraut sind.

Immer wieder führen in den an uns gerichteten Zuschriften die Spuren weit in die Kindheit zurück, so auch bei Herrn **Dietmar E. Spiwokz** aus Ettlingen. Eigentlich wollte er sich schon lange an uns wenden, und vielleicht wäre die Sache dann erfolgversprechender gewesen als heute, aber diesen oder jenen Hinweis dürfte es doch geben. Herr Spiwokz ist Königsberger, 1937 in Ponarth geboren, in der Ponarther Hofstraße 6 aufgewachsen, wo der Zehnjährige als Zivilinternierter in russische Gefangenschaft geriet und somit heute zu den Zeitzeugen der damaligen Geschehnisse gehört.

Nun sucht er seine gleichaltrigen Gefährten aus jenen Tagen, über deren Verbleib er gerne etwas erfahren würde. Drei von ihnen sind Nachbarskinder, sie haben ebenfalls in dem Mietshaus Ponarther Hofstraße 6 gewohnt. Es handelt sich um die Brüder **Erwin**, **Manfred** und **Dieter Störmer**, bei Kriegsende etwa 15, zehn und fünf Jahre alt. Das vierte gesuchte Kind ist **Christa Weber**, die 1947 etwa zehn Jahre alt war und wie Dietmar die Hungerjahre bis zur Ausweisung in Ponarth verlebte. Vielleicht meldet sich nun jemand von den Gesuchten, wenn sie aus Königsberg heil herausgekommen sind. (Dietmar E. Spiwokz, Bergwaldstraße 23 in 76275 Ettlingen, Telefon 07243/9391190, E-Mail: Hammerpapst@t-online.de)

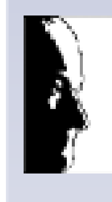
Herr Spiwoks meinte übrigens, wir sollten für Suchfragen, wie die von ihm gestellte, eine Sonderrubrik „Gesucht wird“ einrichten. Die haben wir früher gehabt, aber mit der Zeit gingen die Suchfragen immer mehr in unserer „Ostpreußischen Familie“ auf, weil sie hier viel eingehender behandelt werden können. Das ist wichtig, da als Informanten nicht nur die gesuchten Zeitzeugen – falls diese noch leben und Aussagen machen können – in Frage kommen, sondern auch die Nachfahren der Erlebnisgeneration. Da muss der Suchkomplex so transparent wie nur möglich gestaltet werden, denn oft liegt in Nebensächlichkeiten die Lösung. Aber eins sei gesagt: Diese Schicksalsfragen haben nach wie vor Vorrang bei uns und so wird es auch bleiben.

Für manchen von uns, die wir noch in Ostpreußen zur Schule gegangen sind, ist ein Klassenfoto das einzige Kinderbild, das gerettet werden konnte – so auch für mich. Vielleicht erkennt sich ja nun jemand von unseren älteren Lesern auf dem Foto wieder, das Herrn **Norbert Haack** aus Duderstadt von einem befreundeten Sammler übergeben wurde und das er nicht einordnen kann wie auch zwei weitere Aufnahmen. Deshalb hat er uns die Fotos übersandt mit der Bitte, sie auf unserer Familienseite zu bringen. Nehmen wir heute eines der Bilder und zwar das Foto, das am ehesten ein Erkennen bewirken könnte, weil es das wohl zeitlich am spätesten aufgenommene ist, dazu von sehr guter Qualität. Vor allem ist außer den fast 60 Kindern auch ein Teil des Schulgebäudes zu sehen, einem für die damalige Zeit recht stattlichen Bau. Die Aufnahme müsste in der zweiten Hälfte der 30er Jahre entstanden sein. Es ist nur ein Lehrer abgebildet, der recht dominant in der Mitte sitzt. Da eine zweite Aufnahme weitaus jüngere Schülerinnen und Schüler mit einer Lehrerin zeigt, dürfte es sich um eine größere Landschule in der Nähe von Königsberg handeln, denn der Fotograf **Alfred Turowski** firmiert mit seinem Photo-Atelier laut Stempel in der Tragheimer Kirchenstraße 28 in Königsberg. Es ist allerdings noch eine zweite Adresse angegeben: Am Schloß 3. Diese muss älter sein, denn auf dem Stempel bezeichnet sich Turowski als „Photograph“ und versichert, dass sämtliche Platten aufbewahrt würden und Nachbestellungen, auch Vergrößerungen, jederzeit erfolgen könnten. Meine Vermutung, dass es sich um eine außerhalb der Großstadt gelegene Schule handeln müsste, beruht auf der Feststellung, dass einige Jungen „barft“ sind, also einen langen Schulweg hatten, so dass Schuh und Strümpfe geschont werden mussten. Die dritte Aufnahme zeigt eine Konfirmandengruppe, aber hier gibt es überhaupt keine Ansatzpunkte, es würde sich niemand darauf erkennen. Da taucht noch der Name eines anderen Fotografen auf: Lichtbildner **Kahl**, Königsberg/Pr. Mittel-Tragheim 48. Repros wurden wohl nach dem Krieg in Kreiensen angefertigt wie ein weiterer Stempel mit dem Namen „**Fritz Lohrenz**“ vermuten lässt. So, das haben wir also ausklamüsert – jetzt liegt es an Euch, lewe Landslied, ob Ihr noch mehr herausbekommt. Herr Haack und ich sind gespannt! (Norbert Haack, Hoher Berg 9, in 37115 Duderstadt, Telefon 05527/6668.)



Barfuß auf dem Klassenfoto: Wer erkennt sich wieder auf dieser wohl in einer Landschule gemachten Aufnahme? Bild: privat

Und noch ein anderer Name aus dem in Königsberg damals reich besetzten Metier der Fotografie taucht auf: **Bruno Perling**. Wir bekamen ein Mäppchen mit wunderschönen Ansichten von der samländischen Steilküste zugesandt, die nicht nur von Bruno Perling aufgenommen wurden, sondern die er auch selbst in dieser Form herausgab, wie die Inschrift auf dem Umschlag besagt: „Samland, 12 schönste Bildchen von der Samländischen Steilküste in echter Photographie /Photographien u. Verlag Bruno Perling, Königsberg i.Pr“. Die Minifotos sind so gut erhalten, als seien sie erst gestern aufgenommen. Man wandert mit diesen zwölf Ansichten die Steilküste von Neukuhren bis Gr. Dirschkeim entlang, und trotz des Kleinformates zeigen sie die Großartigkeit dieser Landschaft mir ihren Steilhängen und dem Wellengang der brandenden See. Das Leserehepaar **Ilse** und **Herbert Meier** aus Bad Salzuflen hat uns das Mäppchen überlassen, weil es meine Erzählung vom „armen Sauerampfer“ in Folge 14 las, die ja hier spielt, und wir sagen herzlichen Dank dafür. Aber wie immer bei solchen Fundsachen: Wir suchen zuerst einmal Menschen, für die diese Relikte aus unserer Heimat einen persönlichen Wert haben könnten. Das wären in diesem Fall die Nachkommen oder andere Angehörige des Fotografen und Verlegers Bruno Perling aus Königsberg. Falls sich niemand meldet, wird das Mäppchen seinen gebührenden Platz finden.



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Ja, unsere Ostpreußische Familie als Fundgrube! Da gibt es seltsame Dinge und noch seltsamere Geschichten, von denen es auch nach Jahr und Tag eine Fortsetzung geben kann wie zu der von dem Wappenglas der Familie von Balluseck. Genau 15 Jahre ist es her, dass wir von diesem wertvollen Fundstück berichteten. Im Februar 2000 hatte seine letzte Besitzerin uns gebeten, nach Angehörigen dieser preußischen Adelsfamilie zu suchen, um ihnen das wertvolle Glas übergeben zu können. Die Dame aus Kiel hatte selber keinen direkten Bezug zu dem kostbaren Stück, das ihr von einer inzwischen verstorbenen Nichte übergeben worden war. Diese hatte es lange gehütet, denn sie bekam es im Februar 1945 von einem dankbaren Gutsbesitzer, als sie im holsteinischen Ulzburg die erschöpften Pferde seines aus Ost- oder Westpreußen kommenden Trecks fütterte und tränkte. Der Geflüchtete übergab der tierliebenden Frau das Glas mit einem Zettel, auf dem der Name „v. Balluseck“ stand, der auch auf der Rückseite des Glases eingraviert ist Nun sollte es also auf Wunsch der letzten Besitzerin wieder in die Hände dieser Familie kommen. Eine Leserin unserer Zeitung hatte ihr den Rat gegeben, sich an unsere „Ostpreußischen Familie“ zu wenden – na, und der erwies sich als goldrichtig. Wie wir im Juni 2000 berichten konnten, hatte die Dame aus Kiel elf Anschriften erhalten und wollte das Glas persönlich einem Angehörigen der Familie von Balluseck übergeben. Ob und wie es dann dazu gekommen ist, haben wir leider nicht mehr erfahren – aber nun taucht der Name wieder auf. In einer Mail, in der sich ein **Maarten von Balluseck** zu Wort meldet: „Ich soll sehr gerne von ihr das Glas übernehmen, wenn sie es schon meiner deutschen Familie gegeben hat, möchte ich gerne fragen, wem sie es gegeben hat, so dass ich ihn nach einem Bild des Glases für das Familienarchiv fragen kann!“ Na, da stellen wir also erneut die Weichen und hegen insgeheim die Hoffnung, dass wir vielleicht noch nebenbei zu einer Familienfindung beitragen können!

Eure

Ruth Geede

Sie verschenkte schon in der Schule Aufsatzanfänge

Vor 150 Jahren wurde Frieda Jung geboren – Ein Lebensbild der Dichterin von Eberhard Jung

Die Pfingstzeit war für Frieda Jung eine ganz besondere Zeit: In ihren 1910 erschienenen Kindheitserinnerungen „In der Morgensonne“ nennt die Dichterin nicht nur den Frühling als Grund: „Der Storch hatte mich gerade an einem Pfingstsonntag Mutterchen auf das bunt gewürfelte Kissen gelegt, als sie gar nicht mehr mit Besuch gerechnet hatte.“ Der Nachkömmling Frieda, im Schulhaus zu Kiaulkehmen „Friedel“ gerufen, wurde in diesem im Kreis Gumbinnen gelegenen Dorf am 4. Juni 1865 geboren. Diese Friedel, die aus gesundheitlichen Gründen nicht Lehrerin werden konnte wie ihre Vorfahren, wurde Schriftstellerin und sollte die Urgroßtante des Autors dieses Lebensbildes der Dichterin werden.

Über die Zeit vor 150 Jahren gibt es dank ihrer Erzählungen und Gedichte ein recht aufschlussreiches Bild. Vater August Jung unterrichtete nicht nur die Dorfkinder, sondern auch seine damals zehnjährige Tochter Hanna und ihre fünf Jahre jüngere Schwester Martha, die des Autors Urgroßmutter – „Omchen“ – werden sollte. In Küche und Wohnstube bereitete Mutter Wilhelmine, eine geborene Voullieme, die Kinder auf das Leben vor. So wie Friedels sehr viel ältere Brüder August, der 1870 im Deutsch-Französischen Krieg kämpfte, und Albert, der bereits als Fünfzehnjähriger über den Großen Teich zu einem in New York lebenden Onkel ausgewandert war.

Was wurde da im Schulhaus besprochen und gelesen? Friedel als Jüngste schnappte viel auf, lernte Verse und Gedichte so ganz nebenbei. Da wurde die Bibel gelesen, Balladen aufgesagt und natürlich fehlten nicht die Klassiker Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller. Spannende Geschichten standen in der „Gartenlaube“ und in der „Preußisch-Litauischen Zeitung“. Die Heranwachsende hörte viel, las und schrieb schon einiges nieder. Bereits in der Schule bastelte sie für ihre Mitschülerinnen unterschiedliche Anfänge von Aufsätzen. „Ich glaube, es war das Erste, was ich in meinem Leben zu verschenken hatte“, erinnerte sich die Dichterin und dankt ihrer Mutter, „die überhaupt von klassischen Sachen viel mehr gelesen hatte als Vater, obwohl der doch gelernter Lehrer war!“

Die Voulliemes stammten aus der Gegend von Neuchatel in der französischen Schweiz und kamen nach der Großen Pest 1710/12 in das entvölkerte Ostpreußen. Sie waren stets auf Bildung bedacht, wurden Lehrer, Pfarrer, ja sogar einen Professor gab es in der Familie – damals nur Männer. Die Frauen, wie Friedels Mutter Wilhelmine nicht weniger gebildet, förderten bei ihren Kindern die geistigen und musischen Anlagen. Als Tochter Frieda um die Jahrhundertwende, schon über 30 Jahre alt, ihrer Wanderjahre als Erzieherin überdrüssig war, wagte sie den Schritt in die Selbständigkeit – und damit in die Öffentlichkeit – im Vertrauen auf ihre Stärken: Sie konnte zuhören, erzählen, Ratschläge geben und trösten. 1900 gab sie ihr erstes Büchlein mit dem schlichten Titel „Gedichte“ heraus, das begeisterte Leser fand. Es folgte sechs Jahre später das Buch „Festgedichte und Freundesgrüße“, in dem sie einige der vielen Festgedichte, die sie im Laufe der Jahre geschrieben hatte, der Öffentlichkeit übergab. Den einfachen Reimen folgten Gedichte und Erzählungen, auch im geliebten Platt, und Erinnerungen an Begegnungen mit Menschen, die sie mit feinem Humor skizzierte. Ihre Gedichte, kurze und innige Verse von „Freud und Leid“ – so auch der Buchtitel – zeugen von einem festen christlichen Glauben und ihrer Liebe zur Heimat. Sie münden in eine klare Poesie, die auch über 100 Jahre später noch bestehen kann. Das Gedicht meiner Urgroßtante „Herr, gib uns helle Augen, die Schönheit der Welt zu sehn“ lernten viele Kinder in der Schule. Zunächst in ihrem vierten Buch „Festgedichte“ unter Widmungsgedichten versteckt erschienen, wurde es 1908 in ihr fünftes Buch „Neue Gedichte“ aufgenommen und erreichte dann einen hohen Bekanntheitsgrad.

Der Dichterin, die im Ersten Weltkrieg aus ihrem Wohnort Buddern flüchten musste und heimgekehrt nach Insterburg zog, wurde 1925 zu ihrem 60. Geburtstag die Ehrenbürgerwürde der Stadt Insterburg verliehen. 1928 erschien ihr letztes Werk „Gestern und Heute“, das sie ihrer „lieben Stadt Insterburg“ in Dankbarkeit widmete. Sie übersandte dieses Buch, das Prosa und Lyrik enthält, meinem damals in Berlin lebenden Vater mit der Widmung: „Meinem lieben Großneffen Walter ein Gruß aus der Heimat seiner Eltern, Weihnachten 1928, Frieda Jung“.

Ein Jahr später – am 14. Dezember 1929 – stirbt die Dichterin und wird in Insterburg unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. Der Friedhof in der von den Russen in „Tschernjachowsk“ umbenannten Stadt existiert nicht mehr, nur die alten Bäume zeugen von der Vergangenheit. Es gibt Pläne, aus dem verwilderten Waldgelände einen Park zu machen. An ihrem Wohnhaus in der alten Friedrichstraße [teatralnaja uliza (Theaterstraße)] weist eine Gedenktafel auf die Dichterin hin. An ihrem Geburtsort Kiaulkehmen verlieren sich die Spuren: Das alte Schweizerkoloniendorf, das 1935 zu ihren Ehren in „Jungort“ umbenannt wurde, existiert nicht mehr.



ZUM 100. GEBURTSTAG

Bökens, Gertrud, geb. **Braun**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Fortak, Ottilie, geb. **Latza**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, und aus Latza, Kreis Ortelsburg, am 1. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Nowitzki, Helmut, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 3. Juni
Schweiger, Erich, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, am 4. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Karasch, Fritz, aus Babeck, Kreis Treuburg, und aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 1. Juni
Mootz, Else, geb. **Salamon**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baginski, Gisela, geb. **Jedamski**, aus Neidenburg, am 2. Juni
Fechner, Helga, aus Ortelsburg, am 1. Juni
Golob, Hildegard, geb. **Unruh**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 31. Mai
Plauck, Edith, aus Lappienen/Rauterskirch, im Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Runck, Ursula, geb. **Arlart**, aus Ebenrode, am 4. Juni
Schirmacher, Magdalene, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 2. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bohnhof, Karl, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 1. Juni
Dienhardt, Erika, geb. **Kopiszenski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 30. Mai
Geisler, Maria, geb. **Sylla**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 2. Juni
Lucke, Anna-Luise, aus Pillau, Kreis Samland, am 1. Juni
Marks, Helmut, aus Treuburg, am 30. Mai
May, Ursula, geb. **Störmer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Mirbach-Ziehe, Ruth, geb. **Ziehe**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Nützel, Ilse, geb. **Matthée**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Patzer, Hedwig, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 30. Mai
Pietsch, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Quilitzsch, Ruth, geb. **Wagner**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Schüttke, Alfred, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, und aus Richau, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Sreball, Charlotte, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 5. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Benesch, Ursula, geb. **Tollkühn**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Dziedo, Maria, geb. **Dausch**, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Gojny, Elly, geb. **Wischnewski**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Powilleit, Erika, geb. **Sudau**, aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Roßberg, Erika, geb. **Cytrich**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Schumacher, Fritz, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Spalding, Herta, geb. **Mey**, aus Wehlau, am 1. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Braun, Else, geb. **Rehfeld**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Gade, Edith, geb. **Maleyka**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 3. Juni
Genzen, Erna, geb. **Plietzka**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 4. Juni
Gussek-Hahlbohm, Gertraud, geb. **Gussek**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Hemberger, Hildegard, geb. **Wölke**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 2. Juni
Klotzbücher, Irmgard, geb. **Matthies**, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 2. Juni
Kontarski, Walter, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Leonhardy, Wolfgang, aus Neuhäuser, Kreis Samland, am 4. Juni
Pulpanek, Anna, geb. **Meschkat**, aus Neusorge/Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 4. Juni
Weber, Arno, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 4. Juni
Wirschun, Käthe, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 30. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bacher, Max, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 4. Juni
Becker, Dora-Erika, geb. **Laschat**, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Bertuleit, Martha, geb. **Priekuln**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 5. Juni
Borowski, Edith, geb. **Pauliks**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Brzoska, Robert, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 5. Juni
Dörr, Ruth, geb. **Matzko**, aus Lyck, am 3. Juni
Dutz, Horst, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni
Fischer, Annelore, aus Nautzwinkel, Kreis Samland, am 31. Mai
Förster, Hildegard, geb. **Sokoliß**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
Fromme, Erika, geb. **Marquard**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 31. Mai
Galla, Paul, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
Geppert, Gerda, geb. **Gallert**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Golz, Elisabet, geb. **Dubaschny**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni
Hoesch, Katharina, geb. **Krause**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 30. Mai
Keding, Magdalene, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Klisch, Gertrud, geb. **Jeschonnek**, aus Treuburg, am 5. Juni
Lopenz, Christel, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 4. Juni
Milz, Sieglinde, aus Rauschen, Kreis Samland, am 31. Mai
Parzianka, Irmgard, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, am 31. Mai
Passet-Bogdahn, Ingeborg, geb. **Bogdahn**, aus Widminnen, am 5. Juni
Ruppelt, Irene, geb. **Plotzitzka**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 1. Juni
Salz, Alfred, aus Jarken, Kreis Treuburg, am 4. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baier, Christel, geb. **Lewitzki**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Bieberneit, Bruno, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Borries, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 4. Juni
Breidenbach, Erna, geb. **Skorzenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 31. Mai
Doehler, Elfriede, geb. **Schubert**, aus Lötzen, am 2. Juni
Klosinska, Hilde, geb. Entz aus Weepers, und aus Zalewo/Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 3. Juni
Kloss, Hannelore, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 3. Juni
Krause, Amalie, geb. **Gawrisch**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Mattern, Elsbeth, geb. **Kutz**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 30. Mai
Meinken, Bernhard, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Mai
Mletzko, Ewald, aus Paulshagen, Kreis Johannesburg, am 30. Mai
Neuschulz, Alice, geb. **Leiber**, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Sawitzki, Lydia, aus Neidenburg, am 4. Juni
Schneidereit, Emma, geb. **Masannek**, aus Groß Kirsteindorf, Kreis Neidenburg, am 3. Juni
Sengutta, Ingeborg, geb. **Neumann**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Tonski, Christel, geb. **Amenda**, aus Talhöfen und aus Neidenburg, am 1. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dziuk, Eva, geb. **Makuth**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 31. Mai
Fierke, Irmgard, geb. **Zeranski**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
Friedrich, Heinz, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 31. Mai
Fritz, Hildegard, geb. **Kuhfeld**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 31. Mai
Isernhagen, Irma, geb. **Guttmann**, aus Hügeldorf, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Kallweit, Helmut, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Koslowski, Willi, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 3. Juni
Krause, Egbert, Pfarrer i. R., aus Ortelsburg, am 31. Mai
Kühl, Klaus, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 5. Juni
Melzer, Hildegard, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 3. Juni
Mettmann, Irene, geb. **Schreiber**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 4. Juni
Michlo, Friedrich, aus Gollen, Kreis Lyck, am 30. Mai
Nielsen, Irmgard, geb. **Kerlies**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Nikolaus, Hildegard, geb. **Zenthöfer**, aus Kummeln, Kreis Ebenrode, am 2. Juni
Reitzenstein, Helene, geb. **Plickat**, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Robitzki, Kurt, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Rossol, Gerda, geb. **Braasch**, aus Rendsburg, am 2. Juni
Seigies, Edith, geb. **Dübus**, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 5. Juni
Semmling, Günter, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Thiel, Walter, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Utesch, Hildegard, geb. **Melzer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bach, Helena, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Juni
Baltruschat, Bruno, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 3. Juni
Brandjen, Hildegard, geb. **Feihl**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Brückner, Elisabeth, geb. **Werwath**, aus Ebenrode, am 4. Juni
Conrad, Eva, geb. **Birrey**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 2. Juni
Didszun, Hildegard, geb. **Herzog**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 30. Mai



Franz, Ursula, geb. **Hülsevoot**, aus Jägersdorf, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Gabler, Lilly, geb. **Knies**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Götz, Hannelore, geb. **Krispin**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. Juni
Godau, Walter, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 1. Juni
Heinrich, **Kriesch**, Klaus, aus Klein Medenau, Kreis Samland, am 30. Mai
Kuhnert, Jiona, geb. **Kossak**, aus Gallgarben, Kreis Samland, am 31. Mai
Kusau, Horst, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Juni
Linde, Marianne, geb. **Bader**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Lawrenz, Anneliese, geb. **Gudat**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Juni
Meistrowitz, Gerhard, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Muschalle, Ursel, geb. **Hess** aus Lyck, am 31. Mai
Opiolla, Hermann, aus Allenstein, am 1. Juni
Penner, Erhard, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 2. Juni
Raben, Ruth, geb. **Kleinke**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Juni
Schulz, Dietmar, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Seidel, Grete, geb. **Sakautzki**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Steinhof, Dagobert, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 1. Juni
Weber, Klaus, aus Treuburg, am 2. Juni
Weschke, Gertrud, geb. **Zens**, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Juni
Wien, Inge, geb. **Reschke**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 1. Juni
Wolter, Jürgen, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 3. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Balzereit, Brigitte, geb. **Goicke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Grawunder, Ingeborg, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 3. Juni
Kraujuttis, Dorothea, geb. **Lieb**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 31. Mai
Pawlowski, Peter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Sengutta, Horst, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 3. Juni

TERMINE DER LO

2015
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
27. bis 28. Juni: III. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Königswinter.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 30. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 375 Jahren: Der flämische Maler Peter Paul Rubens gestorben.
SONNABEND, 30. Mai, 22.05 Uhr, Arte: Heino – Made in Germany.
SONNABEND, 30. Mai, 23.40 Uhr, Das Erste: Der ganz große Traum. Sportdrama um die Einführung des Fußballs in Deutschland durch den Lehrer Konrad Koch 1874.
SONNABEND, 30. Mai, 1.35 Uhr, 3sat: Die Brücke von Arnheim. Kriegsdrama, GB 1977.
SONNABEND, 30. Mai, 2.05 Uhr, MDR: Titanic. Katastrophendrama, D 1943/50.
SONNTAG, 31. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 125 Jahren: Das Ulmer Münster wird fertiggestellt.
SONNTAG, 31. Mai, 11.15 Uhr, SWR/SR: Unser Wirtschaftswunder – Die wahre Geschichte.
SONNTAG, 31. Mai, 15.30 Uhr, Tele 5: Khartoum – Aufstand am Nil. Monumentalfilm über das Ende von Charles George Gordon, GB 1966.
SONNTAG, 31. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Neues vom Wiener Kongress – Metternich gegen Napoleon. Dokumentation, D 2014.
SONNTAG, 31. Mai, 21.30 Uhr, tagesschau24: Ich will nicht mehr – Wenn das Alter zur Last wird.
SONNTAG, 31. Mai, 0.10 Uhr, 3sat: Dünkirchen, 2. Juni 1940. Kriegsdrama, F/I 1964.
MONTAG, 1. Juni, 16.45 Uhr, Phoenix: Der Mais-Wahn – Wie eine Pflanze Profit und Hunger schafft. Dokumentation D 2014.
MONTAG, 1. Juni, 17.30 Uhr, Arte: Torpedos im Morgengrauen – Das letzte Schlachtschiff des Kaisers. Dokumentation über die „SMS Szent István“, F/A 2008.
MONTAG, 1. Juni, 22 Uhr, WDR: Mit Kindern Kasse machen – Wenn Jugendhilfe zum Geschäft wird. Dokumentation, D 2015.
DIENSTAG, 2. Juni, 18 Uhr, Phoenix: Abzocke Kaffeefahrt – Alte Falle, neue Tricks. Dokumentation, D 2013.
DIENSTAG, 2. Juni, 1.50 Uhr, Arte: Israel und die Bombe – Ein radioaktives Tabu.
MITTWOCH, 3. Juni, 14.15 Uhr, ZDFinfo: Tödliches Manöver – Das Drama vor dem D-Day.
MITTWOCH, 3. Juni, 1.55 Uhr, Das Erste: Hotel Ruanda. Bürgerkriegsdrama. ZA/GB/CDN 2004.
FREITAG, 5. Juni, 14.05 Uhr, 3sat: Das Gold der Ostsee – Bernstein. Dokumentation, D 2003.
FREITAG, 5. Juni, 20.15 Uhr, 3sat: Kostenfalle Pflege.
FREITAG, 5. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Potsdamer Garnisonkirche – Ein preußisches Wahrzeichen.
FREITAG, 5. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Sanssouci von oben.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



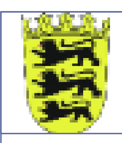
BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Schloss Burg – Sonntag, 5. Juli: Der BJO beteiligt sich am Kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg an der Wupper. Beginn der Veranstaltung: 10 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Informationen: www.ostpreussen-nrw.de. Dort links auf den Button „Ostpreußentreffen" klicken.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes.

Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen, und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden, und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.



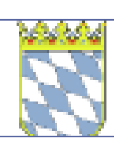
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Vordere Karlstraße 41, 73033 Göppingen die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 13. Juni, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 19. Juni, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Heimatliches Essen: „Pommersche Kartoffelsup". Anschließend Lesung aus Ernst-Moritz Arndts Reisebericht aus Franken.

Bamberg – Mittwoch, 17. Juni, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: „Masuren in den Jahren 1945–1962" – ein Erlebnisbericht von H. Sakowski.

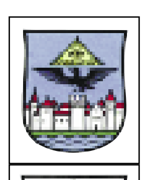
Landshut – Dienstag, 16. Juni, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft.

München – Freitag, 12. Juni, 14 Uhr, Haus der Deutschen Ostens. Lilienberg 5, 81669 München: Treffen der Frauengruppe.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 30. Mai, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10565 Berlin: Gemeinsames Treffen. Weitere Informationen: Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Frauengruppe – Mittwoch, 10. Juni, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstr. 116–117, 10963 Berlin: Referat zum Thema „Landleben in Ostpreußen". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354



Rastenburg – Sonntag, 14. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 16. Juni, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstr. 52, 12167 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681. Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, 030/ 75635633.

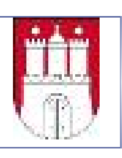
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Montag, 8. Juni, 15.30 Uhr, Großer Salon, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz, 28215 Bremen: „Nikolaus Kopernikus, Leben und Werk" – Vortrag von Hans-Jürgen Kämpfert, Lübeck-Stockelsdorf.

Der Referent ist seiner Heimatstadt Danzig sehr engagiert verbunden. Bereits während seiner aktiven Berufszeit, zuletzt als Oberstudiendirektor, engagierte er sich führend im „Akademischen Freundeskreis Danzig-Westpreußen" und als Bundeskulturreferent des „Bundes der Danziger". Nach seiner Pensionierung übernahm er den Vorsitz der „Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens" und wurde Präsident der „Danziger Naturforschenden Gesellschaft", die gemeinsame Tagungen mit polnischen Wissenschaftlern entweder in Danzig oder in Travemünde veranstaltet.

Der Vortrag findet im Anschluss an eine Kaffeetafel statt. Der Eintritt ist frei.



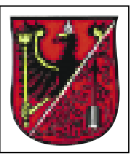
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Gumbinnen – Sonnabend, 6. Juni, 14 Uhr, Traditionshaus Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg: Heimatnachmittag. Für ein abwechslungsreiches Programm ist gesorgt. Über jeden neuen Gast würden wir uns freuen. Klären möchten wir bei diesem Treffen auch die Frage, wie es mit der Heimatgruppe weitergeht.

Das Haus Lackemann ist mit der U1 bis Wandsbek Markt gut zu erreichen. Zwischen dem Einkaufszentrum Quarree und dem Hotel Thiefenthal den Durchgang „Hinterm Stern" nehmen, dann sind es nur wenige Schritte zum Restaurant.



Heiligenbeil – Achtung Terminverschiebung: Aus organisatorischen Gründen hat sich eine Änderung für das Sommerfest ergeben. Es findet nicht am 20. Juni statt, sondern am Sonnabend, 13. Juni. Ort: AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7. Beginn: 14 Uhr. Alle Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, in geselliger Runde fröhliche Stunden miteinander zu verbringen. Es gibt Kaffee, Kuchen und dem Filmvortrag „65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen – Landesgruppe Hamburg".

Der Kostenbeitrag liegt bei 5 Euro. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116 (Haltestelle Bauerberg) von den U-Bahnstationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt aus. Von der Haltestelle Bauerberg sind es noch zwei Gehminuten bis zum Seniorentreff.

Anmeldung bitte bis 12. Juni bei Konrad Wien, Telefon (040) 32049041.



Osterode – Sonnabend, 20. Juni, 14 Uhr. Magnolienzimmer, Restaurant Ribling (früher Krohn), Fuhlsbüttler Str. 755, Hamburg-Ohlsdorf: Sommerfest.

Das Restaurant liegt unmittelbar am U/S-Bahn Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Der Nachmittag beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Den herannahenden Sommer begrüßen wir mit Liedern und Geschichten.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Wetzlar – Montag, 8. Juni, 19 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Dia-Vortrag zum Thema „Der Westpreuße Hermann Löns". Referentin ist die Kulturbeauftragte der ost- und westpreußischen Landsmannschaft in Hessen, Karla Weyland. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

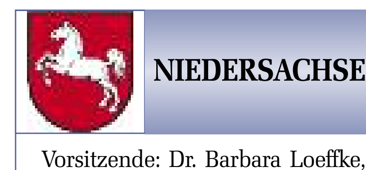
Wiesbaden – Dienstag, 9. Juni, 14.30 Uhr Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Das Beisammensein steht unter dem Motto „Anekdoten und Wissenswertes von großen und kleinen Leuten". Bitte den geänderten Beginn beachten. 14.30 Uhr gilt auch in Zukunft. – Donnerstag, 11. Juni, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust", Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Spargel mit Schinken. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte anmelden bis spätestens Freitag, 5. Juni, bei Irmgard Steffen (0611) 844938. Anreise: ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hannover – Die Gruppe hatte am 20. März ihre Jahreshauptversammlung. Nach den Berichten der Vorsitzenden und dem Kassenbericht für das Jahr 2014 beschlossen die anwesenden Mitglieder den Austritt aus dem Vereinsregister. Wir verlieren damit die „Gemeinnützigkeit". Aufgrund unseres Alters und der schrumpfenden Mitgliederzahl hat der Vorstand sich dazu entschlossen. Der Antrag wurde an einen Notar gestellt.

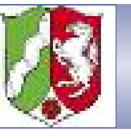
Der alte Vorstand erhielt Entlastung und wurde wiedergewählt. 1. Roswitha Kulikowski, 2. Lore Rueß, 3. Luise Wolfram, Schriftwart Klaus Neumann, und für unsere verwaiste Kasse konnten wir Jutta Rudat gewinnen, die ebenfalls einstimmig gewählt wurde. Unser nächstes Treffen ist am Mittwoch, den 20. Mai, 15 Uhr. Luise Wolfram hat ein Quiz-Spiel vorbereitet. Wir treffen uns wieder in unserem alten Lokal in der Roesebeckstraße 1. Es heißt jetzt „Bootshaus 84".

Am Mittwoch, den 24. Juni, fahren wir mit dem Zug nach Walsrode und dann weiter nach Krelingen. In dem Evangelischen Bildungszentrum findet wieder eine „Ostpreußen-Woche" statt, die vom Ehepaar Wolfram geleitet wird. Wir bitten um Anmeldungen (Kulikowski, Telefon 05101 / 2530) bis zum 15. Juni. Wir haben an dieser Veranstaltung bereits im Jahr 2013 teilgenommen und waren begeistert von der großartigen Einrichtung und dem dortigen Angebot. Im Juli und August finden keine Treffen statt. Ein Rundschreiben mit dem Programm für das zweite Halbjahr erhalten die Mitglieder rechtzeitig.

Roswitha Kulikowski

Helmstedt – Donnerstag, 11. Juni, 15 Uhr, Begegnungsstätte Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen. Weitere Auskünfte: Frau Anders, Telefon (05351) 9111.

Rinteln – Donnerstag, 11. Juni, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Bei diesem Monatstreffen können die Teilnehmer spontan über ihre Herkunft und gegebenenfalls auch über Reisen in ihre Heimat oder die ihrer Vorfahren berichten. Neben den Mitgliedern der Gruppe sind Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Die Kreisgruppe möchte auf die Gästewoche der Ost-, Westpreußen und Sudetendeutschen in Seeboden in Kärnten hinweisen. Sie findet vom 21. bis 27. Juni statt. Ein umfangreiches Programm erwartet die Teilnehmer. Angehörige des Vorstandes aus Bielefeld haben schon an der Gästewoche teilgenommen und empfehlen sie sehr! Anmeldungen und weitere Informationen beim Tourismusbüro Seeboden, Frau Kutin, Hauptplatz 1, A-9871 Seeboden/Millstätter See, Telefon (0043) 476281210.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland" unter Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 3. Juni, 15 Uhr, Raum 311, GHH; Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 11. Juni, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Wien 1814/15 – Versailles 1919 – Potsdam 1945. Friedenskonferenzen im Vergleich" – Vortrag von Professor Guido Thiemeyer. – Freitag, 12. Juni, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Montag, 15. Juni, 19 Uhr, Raum 412, GHH: „Stalin und der große Vaterländische Krieg" – Vortrag von Professor Stefan Creuzberger.

Ennepetal – Donnerstag, 18. Juni, 16 Uhr, Heimatstube, Kirchstraße 52: Monatsversammlung.

Leverkusen – Sonnabend, 30. Mai, 15 Uhr: Traditionelles Blumenfest mit Beteiligung der Kulturgruppen Chor, Tanzgruppe und Laienspielgruppe. Gewählt wird die Königin der Blumen nach alten Überlieferungen aus der Pruzzenzeit. Ein schönes Programm mit Liedern, Gedichten, Tänzen und Spielen nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken soll die Stunden unvergesslich machen. Wer fröhlich feiern und dabei an alte Traditionen anknüpfen möchte, ist herzlich eingeladen. Anmeldungen bei Frau Pelke, Telefon (0214) 95763. Wir freuen uns auf sie.

Remscheid – Die Kreisgruppe trifft sich seit April um 14.30 Uhr im „Remscheider Hof, jetzt „mk-Hotel" am Bahnhof zu ihrer Ost-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

preußenrunde. Die nachfolgenden monatlichen Treffen werden wie gewohnt am 3. Donnerstag im Monat um 14.30 Uhr im neuen Domizil gehalten. Auch während der Umbauarbeiten im Erdgeschoß tagen wir im ersten Stock (mit dem Aufzug zu erreichen). Wir freuen uns auf Ihren Besuch. Auf Wunsch begeisterter Teilnehmer laden wir sehr herzlich zum wiederholten Male zu einer genüsslichen Spargelfahrt am 30. Mai nach „Adelheids Spargelhaus“ in Raesfeld ein. Es sind noch einige Plätze frei. Näheres und Anmeldung unter Telefon (02191) 51103 (Beeck) und (02191) 62070 (Pokropowitz).

Siegen – Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 14 Uhr im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

Witten – Montag, 15. Juni, 15 Uhr, Versammlungsraum, evangelisch-lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6 – 10: Ostpreußische Kaffeetafel. Thema: Der Aufstand in der DDR 1953.

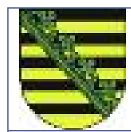
Wuppertal – Sonnabend, 6. Juni, 14 Uhr, „Die Färberei“, Stennert 8, Wuppertal-Oberbarmen: Da die Gruppe keinen Maitermin bekommen konnte, findet das Maifest im schönen Juni statt. Zum Tanz spielt das bewährte Duo Hans und Hansi Konnert auf. Weitere Mitwirkende sind die Chorfreunde Wuppertal, die Tanzgruppe von Ursula Knocks, die Kindergruppe Rasselbande und andere. Auch ein Sketch sowie Wortbeiträge sind vorgesehen. Für Speis und Trank ist wie immer gesorgt.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

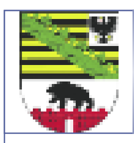
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Kartenspielen. – Jeder vierte Dienstag im Monat, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatliche Gesprächsrunde. – Donnerstag, 21. Juni, 13.30 Uhr, Haupteingang des Hauptbahnhofes: Fahrt mit dem Zug nach Bad Münster am Stein/Ebernburg. Besuch des Weigutes Rapp



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Zwickau – Die Treffen der Heimatgruppe der Insterburger finden 2015 in Zwickau im Brauhaus hinter dem Dom statt. Termine sind der 5. Juni, der 11. September und der 12. Dezember. Die Treffen beginnen jeweils um 14 Uhr, das Weihnachtstreffen um 12 Uhr.



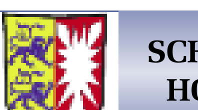
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 8. Juni, 14 Uhr. Krötenhof, Wasserstadt 40: Lesenswert – Heimatliteratur.

Gardelegen – Donnerstag, 28. Mai, 12.30 Uhr: Halbtagsfahrt zum Storchenhof Loburg.

Magdeburg – Dienstag, 9. Juni, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 12. Juni, 16 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Zum Thema „70 Jahre nach Flucht und Vertreibung“ berichtete Gisela Brauer in der Mai-Runde der Ost- und Westpreußen über die deutschen Flüchtlinge in Dänemark. 1945 hatte das Land rund 250 000 aufgenommen.

Fünf Jahre zuvor, am 9. April 1940, hatte die Deutsche Wehrmacht das neutrale Nachbarland besetzt. deutsche Truppen waren im Süden Jütlands in Dänemark einmarschiert. Landungen erfolgten in mehreren Ostseehäfen, und Luftlandetruppen nahmen den Flughafen Aalborg ein. König Christian X. verzichtete auf Widerstand, da die Bombardierung Kopenhagens zu befürchten war. Noch wärend des Krieges kamen in Dänemark deutsche Flüchtlinge unter. Anfangs konnten sie sich im Land frei bewegen. Sie waren in Schulen und Hotels untergebracht.

Nach der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 änderte sich das. Die Flüchtlinge kamen in die ehemaligen deutschen Wehrmachtsbaracken, die mit Stacheldraht und Barrikaden eingezäunt wurden. Das Lagergelände durfte nicht verlassen werden, Kontakt zur dänischen Bevölkerung war verboten. Innerhalb der Lager entwickelte sich ein kulturelles Leben mit Lesungen, Theateraufführungen, und es durften deutsche Filme gezeigt werden. Es gab Schulunterricht von deutschen Flüchtlingslehrern. Nach und nach wurden Familienangehörige in Deutschland gefunden, 1947/48 kehrten die Flüchtlinge aus Dänemark zurück.

Nach dem Vortrag berichteten die Teilnehmer von eigenen Erlebnissen auf der Flucht und danach von der Nachkriegszeit sowie von den Jahren in der Heimat, in die inzwischen die Polen eingezogen waren. Geburtstagskinder des Monats waren Georg Baltrusch und Boris Makarowski. Die Teilnehmer freuten sich über eine köstliche Torte von Katharina Makarowski. *Gisela Brauer*

Flensburg – Mittwoch, 3. Juni, 11.30 Uhr, Delfter Stüben, Flensburg-Mürwik: Spargelessen.

Malente – Mittwoch, 3. Juni, 15.30 Uhr, Lenter Kate, Bahnhofstraße 13a: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sowie der Schlesier. Helga Mäder liest aus ihrem Erzählband „Jetzt spucke ich“ über ihre Erlebnisse in Schlesien. Auch das aktuelle Thema „70 Jahre Kriegsende“ wird angesprochen. Gäste der Landsmannschaft sind herzlich eingeladen. Kaffee und ein Stück Kuchen ist für eine Kostenbeteiligung von zwei Euro erhältlich. Anmeldungen bitte bis Sonnabend, 30. Mai, im Blumenhaus Franck (Inhaber St. Munkelt), Bahnhofstraße 26. Telefonische Anmeldungen (04523) 2659 nur in dringenden Fällen.

Neumünster – Die Kreisgruppe traf sich zur monatlichen Veranstaltung am 13. Mai. Thema des gut besuchten „Plauderstündchens“ war das Liedgut. Was ist ein Lied? Man singt es gerne – aber darf man es überhaupt singen? Auch wenn es nur das Geburtstagsständchen bei Veranstaltungen ist? Müssen Lieder so alt sein, dass keine Lizenz mehr anfällt? 70 Jahre nach dem Tod des Künstlers! Woher weiß man das?

Nun, das Lied ist ein vertrautes Gedicht. Es gibt Kirchenlieder, Volkslieder, Küchenlieder. Wir kennen auch Redensarten über das Lied: „Es ist immer das alte Lied“ – es ist immer dasselbe. „Davon kann ich ein Lied singen“ – das kenn ich aus eigener Erfahrung! „Das ist das Ende vom Lied“ – das ist das Ende der Angelegenheit!

Volkslieder sind Lieder des Volkes. Sie sagen viel aus über die Menschen des Landes, ihr Leben und Handeln, was Menschen unmittelbar empfinden: Freundschaft, Liebe, Leid, Abschied, Heimat, Trauer, Naturerleben und Gottesglauben. Volkslieder sind auch heilsam, singen mit ganzen Herzen – erfreut die Menschen. Beim Singen erlebt man, wie alte und schöne Erinnerungen wieder wach werden und froh stimmen können.

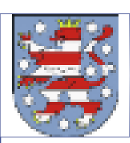
Es mag sein, dass der eine oder andere seinen Text und seine Melodie eines Liedes anders kennt. Das muss vielleicht so sein! Denn je mehr ein Lied vom Volke gesungen wurde, je häufiger es überall im ganzen Land gesungen wurde, desto mehr wurde es auch verändert. Mit den Volksliedern verbindet uns eine Tradition, die wert ist, erhalten zu werden.

Die kleine, manchmal schöne Geschichte, die zum Wanderlied wird, ist doch auch so beliebt. Man muss nicht unbedingt einem Chor angehören, um am Liedgut Freude zu finden. Im Familienkreis, auf Fahrten und bei Veranstaltungen ist das Singen ein schöner Zeitvertreib. Und: Wer Volkslieder mag, ist nicht von gestern!

Der unterhaltsame Nachmittag ging viel zu schnell zu Ende. Im Juni findet keine Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand mit den Helfern trifft sich am 13. Juni ab 15 Uhr im „Restaurant am Kantplatz“. *Brigitte Profé*

Schleswig – Am Sonnabend, 30., und Sonntag, 31. Mai, stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ im Kloster St. Johannis wieder wertvolle Handarbeiten aus Ostpreußen aus. Sie werden von dortigen Frauen gefertigt, die sich damit ein Zubrot für ihre Familien verdienen. Zum Kauf angeboten werden Accessoires für Wohnzimmer, Küche und Bad, die beliebten handgestrickten Socken und qualitätvolle Röcke und Zweiteiler sowie viele schöne Geschenkartikel, darunter Honig und Bernstein aus Ostpreußen, Kochbüchlein, Karten und handgefertigtes Konfekt. Die Erlöse kommen einerseits den Frauen zugute, andererseits auch etwa 300 bedürftigen Familien der deutschen Minderheit. Sie werden von der Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlich betreut.

Es gibt Kaffee und selbstgebackenen Kuchen. Die Ausstellung ist jeweils von 10 bis 18 Uhr geöffnet.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Schmalkalden – Donnerstag, 4. Juni, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „I. Kant“.

Meiningen – Freitag, 12. Juni, 14 Uhr, Wolkenlos: Sommerfest der Ost-/Westpreußen RV.

Für die Heimatseiten ist Frank Horns zuständig. Texte und Fotos bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de





Im Kloster St. Johannis in Schleswig anzuschauen und zu kaufen: Wertvolle Handarbeiten, die in Ostpreußen gefertigt wurden

Bild: AG „Hilfe für Euch“

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

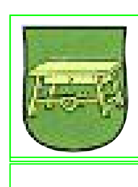


ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Jahreshaupttreffen

Das Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft findet am 30. Mai um 10 Uhr in der Gaststätte/Hotel Fuchs, Hauptstraße 35, 21256 Handeloh, Telefon (04188) 414, statt. Wir möchten Sie bitten, sich möglichst mittels der Anmeldekarten aus dem Heimatbrief anzumelden, damit die Gastronomie sich auf die Personalzahl hinsichtlich des Mittagessens einstellen kann. Hotelunterkünfte müssen selbst gebucht werden, da das Hotel Fuchs bereits ausgebucht ist. Zum Treffen sind alle Landsleute und auch Gäste herzlich eingeladen.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Kreistreffen und Jubiläumsfeier

Dieses Jahr wird das Hauptkreistreffen mit der Feier des Jubiläums der 100-jährigen Patenschaft von Kassel für Ebenrode (Stallupönen) verbunden. Die Veranstaltung findet vom Sonnabend, 30., bis Sonntag, 31. Mai, im Rathaus von Kassel statt. Der Ablauf am Sonnabend:

10 Uhr: Vorstandssitzung
11 Uhr: Kreistagssitzung
14 Uhr: Mitgliederversammlung
17 Uhr: Lesung und Vortrag mit Arno Surminski.
19 Uhr: Gemütlicher Abend im Hotel Deutscher Hof. Musikalische Begleitung durch die Deutsche Schule aus Trakehnen (Jasnaja Poljana).

Der Ablauf am Sonntag:

10 Uhr: Totenehrung mit Kranzniederlegung am Ehrenmal in der Karlsaue mit dem Pfarrer im Ruhestand Kurt Perrey.
11 Uhr: Festakt im Bürgersaal mit musikalischer Begleitung durch die Deutsche Schule aus Trakehnen. Zu den Rednern gehören Kassels Bürgermeister Bertram Hilgen, der Kreisvertreter Gerhard Kuebart und der Sprecher der Landmannschaft Stephan Grigat.
13 Uhr: Empfang auf Einladung der Stadt Kassel im Bürgersaal.
15 Uhr: Gottesdienst in der Karlskirche.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Schultreffen

5. bis 8. Juni, Hotel Heidehof, Billingstraße 29, 29320 Hermannsburg: Treffen der ehemaligen Stallupöner Realgymnasiasten und Luisenschülerinnen. Anmeldung im Heidehof: Telefon (05052) 9700, E-Mail: info@heidehof.bestwestern.de.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Wahlen zum Kreistag

Im Herbst dieses Jahres endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft. Die Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens am Sonnabend, 3. Oktober 2015, um 9.30 Uhr im Hotel Esplanade in 31542 Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8.

Laut Paragraph 1 der Wahlordnung werden 25 Kreistagsmitglieder gewählt. Ihre Verteilung auf die Kirchspiele und Abteilungen sieht wie folgt aus: Gerdauen: 6 Vertreter, Nordenburg: 4, Assaunen: 2, Friedenberg: 1, Groß Schönau: 1, Karpowen (Karpauen): 1, Klein Gnie: 2, Laggarben: 1, Löwenstein: 1, Molthainen: 1, Momehnen: 1, Muldszen (Mulden): 2, Abteilung GIRDAWE: 2.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß Paragraph 2 Absatz 1 unserer Vereinssatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Laut Paragraph 5 der Wahlordnung schlägt der jetzige Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Dietmar Plaumann, Lothar Scharnowski;

Kirchspiel Nordenburg: Doris Biewald, Brigitte Havertz-Krüger, Walter Mogk, Margitta Romagno;

Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher, Dr. Jürgen Wokulat;

Kirchspiel Friedenberg: Klaus-Dietrich Rahn;

Kirchspiel Groß Schönau: Karin Leon;

Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick, Frauke Bannick;

Kirchspiel Laggarben: Gertrud Holtermann;

Kirchspiel Molthainen: Monika Weppelmann;

Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann;

Abteilung GIRDAWE: Wolfgang Gay.

Für die Kirchspiele Karpowen (Karpauen), Löwenstein und Momehnen, für die zweite Vertreterposition der Abteilung GIRDAWE sowie die sechste Vertreterposition für das Kirchspiel Gerdauen und die zweite Vertreterposition für das Kirchspiel Muldszen (Mulden) liegen keine Wahlvorschläge des Vorstandes vor.

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bis spätestens zum 3. August bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Irmgard Kalipke, Buchenweg 22, 47447 Moers, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern des jeweiligen Kirchspiels unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Heimat- beziehungsweise Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 12. September 2009 können Sie bei der Geschäftsstelle anfordern.

Walter Mogk, Kreisvertreter

»Unser Torhaus ...

... werden wir nie vergessen«

Heimattreffen von Fischhausen, Königsberg-Land, Labiau und Wehlau in Leipzig

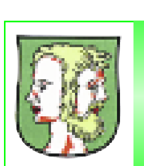
Liebe Heimatfreunde,

wir laden Sie recht herzlich zu unserem dritten Regionaltreffen am 20. Juni 2015 in Leipzig, Gaststätte „Seilbahn“ Max-Liebermann-Straße 91, ein. Gern begrüßen wir auch alle interessierten Landsleute aus anderen Heimatkreisen Ostpreußens. Wir möchten erreichen, dass dieses jährliche Treffen mit Beteiligung verschiedener ostpreußischer Heimatkreise in Leipzig noch viele Jahre erfolgreich durchgeführt werden kann. Wir wollen damit die Verbundenheit zu unserer ostpreußischen Heimat aufrechterhalten und die Erinnerungen sowie das kulturelle Erbe weitertragen. Bisher haben immer weit mehr als 100 Heimatfreunde des nordostpreußischen Gebiets teilgenommen. Vorbereitet ist folgender Ablauf: Ab 9 Uhr Einlass; ab 10 Uhr Eröffnung und Grußansprachen; 11 Uhr Auftritt des Kinderensembles „Sonnenschein“; 12 Uhr Mittagspause; 13.30 Uhr Vortrag von H. Steinbach zum Thema „Der Elch in Ostpreußen“; 15 Uhr Auftritt des Männerchores Leipzig-Nord mit 33 Sängern als kultureller Höhepunkt.

Zwischen den Beiträgen wird Rudi Höpfner, gebürtiger Königsberger, selbst geschriebene Gedichte vortragen. Außerdem wird genügend Zeit für individuelle Gespräche an den Tischen zur Verfügung stehen. Spontane kleine Einlagen sind erwünscht. Gegen 17 Uhr wird die Veranstaltung zu Ende sein.

Bitte bringen Sie auch Familienangehörige und Freunde mit. Falls Sie es nicht schon getan haben melden Sie uns bitte Ihre Teilnahme. Ansprechpartner sind: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de

Helmut Fellbrich, Telefon (0341) 2511008, E-Mail: helmut.fellbrich@wehlau.net



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen in Lübeck

Das Regionaltreffen Nord in Lübeck begann etwas verspätet, um 11.15 Uhr mit dem Einläuten der Lycker Glocken. Anschließend begrüßte Heidi Mader alle Anwesenden und bekundete ihre Freude über das zahlreiche Erscheinen. Es waren 30 Personen angereist.

Nun ging es weiter mit einem traurigen Programmpunkt, der Totenehrung. Danach bestellte Heidi Mader Grüße von Gerd Bandilla, der leider aus gesundheitlichen Gründen nicht am Treffen teilnehmen konnte. Weiter berichtete sie von den vielen Aktionen und Arbeiten in der Kreisgemeinschaft. Michael Mader berichtete vom Buchverkauf und stellte zwei neu zu erwerbende Bücher vor, außerdem die Magisterarbeit von Wioleta Malinowska mit dem Titel „Die masurische Bevölkerung im Kreis Lyck in den Jahren 1945–1948“. Sie wurde aus dem Polnischen ins Deutsche übersetzt und ist bei der KG käuflich zu erwerben.

Über den neuesten Stand der Aktivitäten des Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg gab uns Ellimar Labusch Auskunft. Zur Freude aller war unser neuer Redakteur und Webmaster Marc Mader aus Berlin angereist und gab einen Einblick in seine Arbeit. Er berichtete unter anderem über die Statistik der Website. Vielen war vorher gar nicht bewusst, dass unsere Seite auf der ganzen Welt gelesen wird. Er hatte seinen Laptop mit, so hatte jeder Gelegenheit unsere Website anzusehen.

Dann berichtete er über den Stand des neuen Hagen-Lycker-Briefes und bekundete, dass er pünktlich erscheinen wird. Jetzt gab es noch einen kurzen Überblick über die Aktivitäten der Mittleren Generation. Heidi Mader verteilte Informationen über die Herbstfahrt nach Weißenburg/Ellingen, an der jeder Interessierte teilnehmen kann.

Mit dem Singen des Ostpreußenliedes wurde der offizielle Teil beendet, danach gab es genug Zeit zum plachandern.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Hauptkreistreffen

Wir laden herzlich ein zum satzungsgemäßen Hauptkreistreffen und zur Mitgliederversammlung mit der Wahl des neuen Kreistages. Die Veranstaltung findet am Freitag, 11. September, 14 Uhr, Hotel Hannover (Telefon 05723/7920), Buchenallee 1, in 31542 Bad Nenndorf statt. Das Programm:

1) Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter

2) Totenehrung und geistliches Wort

3) Bericht des Kreisvertreters über die Tätigkeit in der abgelaufenen Wahlperiode

4) Erläuterung des Wahlvorgangs

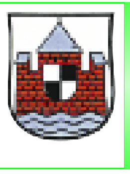
5) Wahl des Versammlungsleiters, der Wahlhelfer und des Protokollführers

7) Wahl der Mitglieder des Kreistages für die Wahlperiode 2015 bis 2019

8) Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages

9) Gemütliches Beisammensein und Ausklang.

Wahlvorschläge zum neuen Kreistag sind bis zum 10. Juni an den Kreisvertreter Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck einzureichen. Dem Wahlvorschlag muss eine vom vorgeschlagenen Kandidaten unterschriebene Einwilligungserklärung beiliegen. Bei Ihrer Terminplanung beachten Sie bitte, dass am Samstag, den 12. September, am Tag nach unserem Hauptkreistreffen, ab 10 Uhr das Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit stattfindet, ebenfalls in Bad Nenndorf, im Hotel Esplanade in der Bahnhofstraße 8a. Kommen Sie bitte zu beiden Veranstaltungen, sofern es Ihnen möglich ist und bringen Sie Ihren Nachwuchs mit! *Dieter Neukamm*



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Herzog-Albrecht-Schule

Vom 1. bis 3. Juni findet in Lübeck das Schultreffen statt. Austragungsort ist das Hotel Excelsior in der Hansestraße 3. Beginn ist am Montag, 1. Juni, um 16 Uhr mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken. Anschließend folgen die Regularien und abends ein Bildvortrag über die Einweihung des Königin-Luise-Denkmals in Tilsit. Am Dienstag steht eine Stadtrundfahrt auf dem Programm, nachmittags eine Schiffsreise vorbei an den schönsten Sehenswürdigkeiten der Stadt. Am Mittwoch um 8.30 Uhr: Fahrt zur Marzipanmanufaktur Niederegger. Nach einer Führung und Marzipanverkostung heißt es Abschied nehmen. Anmeldungen bei Schulsprecher Siegfried Dannath-Grabs, Telefon (0351) 8037740.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Ingrid Meyer-Huwe, Heinrich-Heine-Straße 51, 30173 Hannover, Telefon/Fax (0511) 884928, E-Mail: eusebius@kabelmail.de. Stellvertreterin: Eva Knierim, Kaiserstraße 38, 58300 Wetter, Telefon (02335) 846853, e-knierim@t-online.de. Geschäftsführerin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984 (Fax: 3970), iklink@gmx.de. www.treuburg.de. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Hauptkreistreffen

1. bis 5. Juni, Fintel: Hauptkreistreffen der Treuburger aus Stadt und Land im Resort-Hotel Eurostrand, Bruchweg 11.

Wir laden Sie herzlich ein, in dieser Runde von Ihren Kinder- und Jugendtagen zu berichten. Wir laden aber auch ganz besonders die Jüngeren ein, Verbindungen zu knüpfen und Bekannte ihrer Eltern zu treffen. Kommen Sie alle – ob jung oder alt. Sie sind herzlich willkommen.

Wer nur den Festtag, am Donnerstag, 4. Juni, in der „Tropic-Halle“ miterleben möchte, ist als Tagesgast ebenso herzlich willkommen. Der Programmablauf wird auf unserer Internetseite: www.treuburg.de veröffentlicht. Weitere Informationen: Gabriele Janßen, Telefon (02833) 3228, E-Mail: janssen.53@web.de

Zeitzeugen gesucht

Die BdV-Bundesgeschäftsstelle erreichen zahlreiche Anfragen von Lehrern, Studenten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie Journalisten nach Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung, die bereit sind, sich Fragen zu ihrem Schicksal und ihren Erlebnissen stellen zu lassen. Ein Zeitzeuge, der authentisch erzählen kann, ist zum Vermitteln des Lebens in der Heimat, des erlebten Leides, aber auch des Ankommens in der neuen Heimat unübertroffen. Aus diesem Grund bitten wir alle diejenigen, die sich mit Name, Geburtsjahr, Herkunftsort und -region, Wohnort, der jetzigen Postadresse sowie Telefonnummer und E-Mailadresse (soweit vorhanden) registrieren lassen möchten, sich schriftlich bei Roland Zillmann (BdV) zu melden: BdV Bundesgeschäftsstellem Grundsatz- und Jugendfragen, z. Hd. Herrn Roland Zillmann, Godesberger Allee 72–74, 53175 Bonn.

»Für jeden sofort im Blick«

Umzug im Sommer – Neues Zuhause für Agnes-Miegel-Statue

Die neue Heimat hat sie schon in Sichtweite: Im Sommer wird die Agnes-Miegel-Skulptur an ihren endgültigen Standort im Garten des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf gebracht.

Derzeit steht sie noch etwas abseits auf dem Gelände in Wartepostion. „Wir haben schon mit einem Unternehmen gesprochen, dass sie umsetzen wird“, erklärt Ludwig Kast von der Agnes-Miegel-Gesellschaft. „Dafür muss es aber trockener sein, denn das Denkmal ist fast eine Tonne schwer.“ Die Rasenfläche würde beim Umstellen zu sehr beschädigt, solange im Boden noch die Feuchtigkeit des Frühjahrs ist.

Kast verspricht: „Der neue Platz wird so gewählt, dass jeder Besucher die Skulptur sofort im Blick hat.“ Außerdem soll das Drumherum ähnlich hergerichtet werden, wie am alten Standort im Kurpark von Bad Nenndorf.

Von dort wurde das Denkmal der Dichterin aus Königsberg Anfang des Jahres nach langem Streit entfernt und von der Stadt schließlich – ohne jede Vorankündigung – am Haus der Agnes-Miegel-Gesellschaft einfach abgestellt. Linke Politiker werfen der Dichterin (1879–1964) ihre Nähe zum Nationalsozialismus im Dritten Reich vor (siehe *PAZ* Nr. 5, 2015). Miegel-Kenner weisen dagegen unter anderem auf das entlastende Entnazifizierungsurteil von 1949 hin. Über die tiefreligiöse Frau heißt es dort wörtlich: „Sowohl Motive wie Handlungen haben niemals NS-Geist verraten.“ Das spüren wohl auch immer mehr Menschen, die sich für die Erzählungen und Gedichte der „Mutter Ostpreußens“ begeistern. Das Agnes-Miegel-Haus verzeichnet mit seinen Veranstaltungen wachsende Besucherzahlen. *FH*



Aus dem Kurpark vertrieben, jetzt in Warteposition am Agnes-Miegel-Haus: Die Bronze-Statue der ostpreußischen Dichterin. 1994 schuf der Bildhauer Ernst Hackländer das Denkmal Bild: Suhr

Exponate erhalten

Heimatstubenbetreuer trafen sich

Zwei Themen standen im Vordergrund einer Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Ostdeutscher Museen, Heimatstuben und Sammlungen in Nordrhein-Westfalen. Volker Hengst, Diplom-Restaurator beim Archivberatungszentrum des Landschaftsverbands Rheinland referierte über den bestandserhaltenden Umgang mit Exponaten. Stephan Kaiser, Direktor des Oberschlesischen Landesmuseums, stellte am Beispiel einer verkehrsgeschichtlichen Ausstellung neue museumspädagogische Vermittlungsansätze vor.

Zahlreiche Leiter und Betreuer von musealen Einrichtungen östlicher Prägung hatten sich dafür im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus eingefunden und bekamen zunächst von Diplom-Restaurator Hengst erläutert, welche Ursachen zu Schäden an Exponaten führen und wie sie sich praxisnah vermeiden lassen. Ausgehend von Faktoren wie Temperatur, Luftfeuchte, Licht, und Schimmelbefall, gab er Ratschläge für präventive Maßnahmen zum dauerhaften Erhalt der Exponate.

Bei der anschließenden Diskussion standen vor allem Fra-

»Fahren, Gleiten Rollen«

gen nach geeigneten Behältnissen zur Lagerung von geretteten Dokumenten im Vordergrund. Ebenfalls ein Thema: Die meist wenig zufriedenstellende Situation in den Magazinen.

Aspekte der Verkehrs- und Industriegeschichte als museumspädagogische Vermittlungsansätze stellte Kaiser in den Mittelpunkt seines Vortrags. Am Beispiel der Ausstellung „Fahren, Gleiten, Rollen – Mobil sein im Wandel der Zeit“ verdeutlichte der Museumsdirektor, wie Beziehungen zwischen Verkehr, Gesellschaft, Technik einerseits und einer Region andererseits hergestellt werden können. Er wies auf unterschiedliche Anknüpfungspunkte hin. Beispielsweise könne eine Ausstellung mit Modelleisenbahnen und Plänen für Bahnstrecken in ostdeut-

Insterburg und Treuburg auch dabei

schen Landschaften Eisenbahnliebhaber anziehen und ihre Interesse für das östliche Deutschland wecken.

Der mit vielfältigem Anschauungsmaterial dokumentierte Vortrag von Kaiser führte zu einem regen Gedankenaustausch unter den Tagungsteilnehmern. Auch die Impulse, Objekte in Heimatstuben im historischen Kontext zu präsentieren, fanden großen Anklang bei den Heimatstubenbetreuern,

Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft fand dann im Anschluss an die Fachtagung statt. Im Mittelpunkt stand die Wahl eines neuen Vorstandes. Eingangs würdigte der Vorstandsvorsitzende Winfrid Halder noch einmal die kontinuierliche Arbeit der Mitglieder, die ehrenamtlich zum Fortbestand der ostdeutschen musealen Einrichtungen beitragen. Ferner berichtete Halder, dass die Kreisgemeinschaft Insterburg mit Sitz in der Patenstadt Krefeld mit ihrem Heimathaus und die Kreisgemeinschaft Treuburg mit Sitz in der Patenstadt Leverkusen mit ihrem Archiv als neue Mitglieder in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen wurden.

Die anschließenden Wahlen ergaben, dass nun diese Personen dem Vorstand angehören: Winfrid Halder (GHH), Stefan Hein (BdV), Dr. Stephan Kaiser (OSLM), Matthias Lask, M.A. (GHH) und Nicola Remig, M.A. (Haus Schlesien). *Matthias Lask*

Von alltäglich bis extravagant

Schlesische Porzellankunst des Art déco: Eine sehenswerte Ausstellung in Königswinter

Als das Moderne modern wurde – Schlesische Porzellane des Art déco“ heißt eine aktuelle Sonderausstellung im Haus Schlesien, dem Dokumentations- und Informationszentrum für schlesische Landeskunde in nordrheinwestfälischen Königswinter-Heisterbacherrott. Sie zeigt noch bis zum 7. Juni eine Auswahl aus der umfangreichen Porzellansammlung von Margret und Gerhard Schmidt-Stein. Die gebürtige Rheinländerin und der gebürtige Schlesier haben aus ihrem reichen Fundus repräsentative Stücke aus der Zeit von 1925 bis 1935 für die Art-déco-Schau ausgewählt. Die Schmidt-Steins wissen nicht nur, wann und wo die einzelnen Porzellanobjekte entstanden sind. Sie können darüber hinaus zu nahezu jedem Schälchen oder Döschen, jeder Vase oder Mokkatasse eine spannende Geschichte erzählen. Neben einigen Exponaten sind frühere Werbeanzeigen der jeweiligen Hersteller ausgestellt. Beispiele dafür sind die Vasen aus dem Hause Reinhold Schlegelmilch, Tillowitz sowie die Porzellane der Serien Koralle Kristall aus der C. Krister Porzellanmanufaktur, Waldenburg.

Mit dem Begriff Art déco – für französisch art décoratif, also dekorative Kunst – wird eine Bewegung in der Designgeschichte bezeichnet, die die Formgebung von Gegenständen in allen Lebensbereichen umfasste. Bei den schlesischen Porzellanherstellern scheint sie für eine besonders kreative Schaffensperiode ausgelöst zu haben. Die zierlichen Objekte sind mit abstrakten geometrischen oder stilisierten floralen Darstellungen verziert. Die pflanzlichen Motive zeichnen sich durch kontrastreiche Farben aus. Sowohl die alltäglichen als auch die extravaganten Porzellane weisen typische Formelemente wie Bogen, Zacken und Stufen auf.

Mit dieser Schau setzt Haus Schlesien die im letzten Jahr initiierte Reihe „Von der Erinnerung geprägt“ fort. Den Veranstaltern geht es dabei vorrangig darum, die leidenschaftlich sammelnden Menschen, ihre Motivation und letztendlich auch Hö-

Mit einer Schale von 1860 fing alles an

hepunkte ihrer Kollektion vorzustellen. Interessant ist der Anlass, der die Leidenschaft des Sammlerpaares Margret und Gerhard Schmidt-Stein für schlesisches Porzellan weckte. Der „Stein des Anstoßes“ ist eine geerbte Anbieterschale, die in der Ausstellung zu sehen ist. Die weiße Durchbruchschale war mit einem blauen Rundstempel versehen. Die Fabrikmarke darauf war verwischt, ließ sich aber schließlich als Objekt der Porzellanfabrik C. Tielsch aus Altwasser um 1860 identifizieren. Stück für Stück erwarben die beiden Sammler dann über Jahrzehnte hinweg unzählige weitere Porzellanartikel, die aus verschiedenen schlesischen Manufakturen stammen. Ihre schönsten Stücke sind nun im Haus Schlesien zu bewundern.

Dieter Göllner

Weitere Informationen: Haus Schlesien – Dokumentations- und Informationszentrum für schlesische Landeskunde, Dollendorfer Straße 412, 53639 Königswinter, Telefon (02244) 886231, E-Mail: kultur@hausschlesien.de, Internet: www.hausschlesien.de. Das Museum ist von Dienstag bis Freitag zwischen 10 und 12 Uhr sowie zwischen 13 und 17 Uhr geöffnet und sonnabends, sonntags und an Feiertagen zwischen 11 und 18 Uhr. Der Eintritt kostet 3 Euro (ermäßigt: 1,50 Euro, Familienkarte 5 Euro).



„Bogen, Zacken, Stufen“: Dose und Konfektschale Bild: Göllner



Leidenschaftliche Sammler: Das Ehepaar Schmidt-Stein Bild: Göllner

Kreuzworträtsel

stehen bleiben (Fahrzeug) · griechische Göttin · sehr gedämpft, sehr bescheiden · Fluss in den Finn. Meerbusen · Juristin zur Beurkundung · Hafenstadt in Kroatien · Frische; Gefühlsarmut · Drehbuch · Stimmzettelbehälter · Zusammenschluss · Stadt im Sauerland (NRW) · mäßig warm · lat.: innen, inwendig · germanischer Gott des Feuers

Prachtentfaltung · Aufruhr

Herkunftsland, -ort · angenehm, behaglich · verführerische Frau · Ansturm auf etwas Begehrtes (englisch) · alles, alle zusammen · großer Behälter für Flüssigkeiten · geistliches Lied (USA)

persönl. Fürwort (erste Person) · Himmelsrichtung · unmissverständlich

Wallfahrer · altrömische Monatstage · Begeisterung, Schwung · afrikanisch-asiat. Horntier · Schauspiel-, Ballettschüler · span. Nationalmuseum in Madrid · das junge Getreide · verschiedener Ansicht, Meinung

Würde, Ansehen · völlig, gänzlich · Abschnitt eines Textes

Zier-, Staudenpflanze · asiatischer Halbesel · Zeichen der Trauer (Flagge) · Gipfel der Berner Alpen · Abfolge von Augenblicken · Erquickung, Erfrischung

in der Tiefe · Berg, Hügel · Mittel gegen Körpergeruch (Kzw.) · Gliederreißen · kleiner Rhododendron

engl. Adelstitel: Graf · verschieden · Einzelheit

Altersruhegeld · Hauptstadt von Vietnam · italienisch: Vorwärts! · Teil des Schwäbischen Meeres

Stein mit eingeschnittenem Bild · poetisch: Qualm, Dampf, Dunst · portugiesischer Seefahrer (Vasco da) · ital. Dichter (Torquato)

tapfer, frei von Furcht · kratzen, eingravieren · eine Europäerin

Stier · Stacheltier · tropisches Gewächs

Roman von Anet · erfunden, ersonnen · Alpental in Tirol · Abkürzung für Minute · männlicher Nachkomme

langer, dünner Speisefisch · winterl. Gefahr für den Verkehr

ein Balte · kleine Metallschlinge · Stadtteil von Berlin · Affodillgewächs, Heilpflanze · kostbar; menschlich vornehm · Zacke einer Burgmauer

österr. Komponist (Nico) · Nachbarstaat des Iran · Bundesstaat der USA · Gleitschiene (Schlitten) · Ungeziefer, Parasit

lichtlos, finster · ugs. für nein

dauerndes Nörgeln · chem. Zeichen für Radium · Kfz-Zeichen Speyer · norddeutsch für Ried, Schilf · früherer Lanzenreiter

schnelle Fortbewegungsart · Kfz-Zeichen Uelzen

kath. Heilige, Patronin Spaniens · südamerikanisches Kamel · längliche, feste Hülle

PAZ15_22

So ist’s richtig:

K N S K S U A L
HALTEN PRUNK REBELLION
TE WOHL E RUN U TANK
HEIMAT ICH I EINDEUTIG
N ANTILOPE ND N U O
PILGER RESTLOS PASSUS
DAHLIE C T EIGER A NP
EU ANHOEHE V E AZALEE
UNTEN RN ANDERS DETAIL
EARL E HANOI BN
G BRODEM TASSO
GEMME MUTIG VA B
ARIANE M ARALIE
STUBAI MIN RR
LETTE U GLATTEIS
R ALOE ZINNE
DOSTAL LE E K E
MAEKELEI DUNKEL
CS G REET ULAN
THERESIA LAUF UE
T ALPAKA HUELSE

Diagonalrätsel: 1. Amboss, 2. Trajan, 3. tonlos, 4. Mobile, 5. Relikt, 6. Ischia – Arnika, Salbei

Kreiskette: 1. Poesie, 2. Tennis, 3. Renner, 4. bereit, 5. Stiche – Oesterreich

Sudoku:

8	2	7	6	4	3	9	1	5
5	1	6	7	8	9	4	2	3
9	3	4	1	2	5	7	8	6
3	7	1	8	6	2	5	9	4
2	8	9	4	5	7	6	3	1
4	6	5	9	3	1	2	7	8
1	5	3	2	7	6	8	4	9
7	9	8	5	1	4	3	6	2
6	4	2	3	9	8	1	5	7

Sudoku

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

8			6		3			
5	1		7				2	3
	3	4						6
						5		4
	8			5			3	
4		5						
1						8	4	
7	9				4		6	2
			3		8			7

Diagonalrätsel

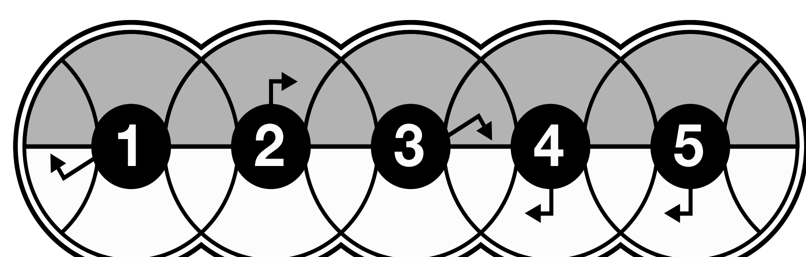
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Heilpflanzen.

1 Schmiedeblock
2 römischer Kaiser
3 ohne Klang (Stimme)
4 Zimmerschmuck
5 Überbleibsel
6 Insel vor dem Golf von Neapel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen westeuropäischen Staat.

1 Dichtung, Dichtkunst, 2 Ballsportart, 3 Verkaufsschlager, 4 fertig, gerüstet, 5 stechende Schmerzen



Elisabeth, Karl, Anna und die vielen anderen

Erinnerung an eines der traurigsten Kapitel deutscher Geschichte: Die Wolfskinder haben nun endlich eine Gedenktafel

Anfang Mai wurde sie feierlich enthüllt und geweiht: Eine Gedenktafel, die an das Schicksal tausender Jungen und Mädchen in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert. „Den Wolfkindern Ostpreußens“ ist sie überschrieben. Zu finden ist sie am Altvaterturm in Thüringen, einem 1999 errichteten Mahnmal gegen Vertreibung (siehe Infokasten unten links). In den Nischen seiner Außenfassade sind Gedenktafeln angebracht, auf denen die schlimmsten Ereignisse der Jahre 1945/46 dargestellt sind. Nun fehlt dort auch die Erinnerung an die Wolfskinder nicht mehr.

Groß war das Interesse an der Veranstaltung. Edeltraut Dietel, die thüringische Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen begrüßte unter anderem Hans-Jörg Froese, Mitglied im Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen und dort unter anderem für die „Wolfskinder“ zuständig. Ebenfalls unter den Gästen waren Erwin Tesch, stellvertretender Landesvorsitzender des BdV Thüringen, Alexander Schulz, Landesvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen in Sachsen, Maik Kowalleck, CDU-Landtagsabgeordneter im Thüringer Landtag, weitere Vertreter aus Politik und Gesellschaft sowie Schüler einer fünften Klasse mit ihrer Lehrerin.

Jeder Schüler legte eine Rose nieder

Andächtig hörten alle der Rede von Oberpfarrer Reinhard Zimmermann zu: Die Gedenktafel erinnere an das Schicksal tausender Jungen und Mädchen aus Ostpreußen in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Eindringlich erinnerte Zimmermann an die Zeit von Gewalt, Willkür, Flucht und Vertreibung. Mahnmale, wie dieses hier am Altvaterturm, würden dazu beitragen, so einen Wahnsinn niemals wieder passieren zu lassen.

Nach diesen Worten wurde die Gedenktafel enthüllt und vom Pfarrer geweiht. Der aus Bokellen bei Königsberg stammende Künstler Dieter Otto Berschinski hat sie entworfen. Vornamen wie Elisabeth, Heinz, Karl oder Anna weisen auf die Schicksale so vieler Kinder hin. Pfeile, die in alle Richtungen zeigen, symbolisieren, wie sehr sie durch Kriegswirren und Leid umhergetrieben wurden. Die Fußabdrücke kleiner Kinderschuhe machen deutlich, dass es eben keine Erwachsenen waren, denen hier gedacht wird.

Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen sowie Mitarbeiter des Altvaterturmes hatten den Platz vorher mit Blumenschalen geschmückt. Die Schüler legten jeder eine Rose nieder. In den folgenden kurzen Ansprachen betonte der Landtagsabgeordnete Kowalleck, wie wichtig es sei, heutige Generationen, über das damals Geschehene zu informieren. Es sei vielen gar nicht bewusst. Der stellvertretende Landesvorsitzende des BdV Thüringen, Erwin Tesch, mahnte, dass „so etwas“ nie wieder geschehen dürfe.

In der St. Elisabeth-Kapelle, die sich im Kellergeschoss des Turmes befindet, fand der zweite Teil der Veranstaltung statt. In seiner Rede bezeichnete es Hans-Jörg Froese als eine persönliche Herzensangelegenheit, aber auch die des Vorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, dass an das Schicksal der Wolfskinder gedacht werde. „70 Jahre nach Kriegsende ist es leider so, dass jüngere Generationen oft nicht wissen, was damals geschehen ist“, erklärte Froese. Er beschrieb Geschehnisse und unterschiedliche Schicksale von damals: „Bei den Wolfskindern handelt es sich um ostpreußische Kinder zwischen zwei und vierzehn Jahren. die durch Kriegseinwirkungen oder Kriegsfolgen elternlos und heimatlos geworden waren. Wolfskinder nannte man sie, denn sie lebten in den Wäldern, den Wölfen ähnlich, immer auf der Suche nach etwas Essbarem, um zu überleben. Am Ende des Zweiten Weltkrieges gab es etwa 20000. Die jüngeren überlebten diese Strapazen nicht. Sie starben durch Entkräftung in Folge von Unterernährung, durch Seuchen und anderen Krankheiten. Es gab

Es gab etwa 20000 Wolfskinder

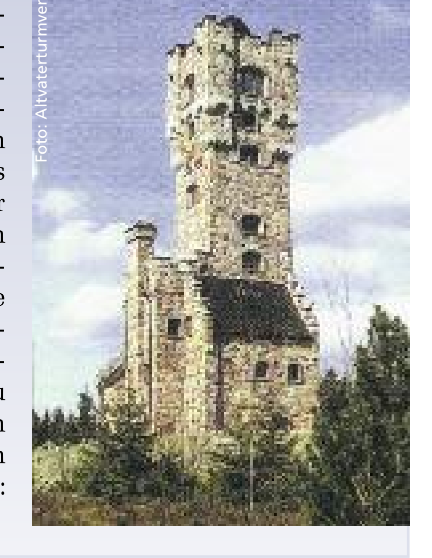
aber auch Litauer, die diese Kinder aufnahmen und dabei ihr eigenes Leben riskierten. Sie haben die deutschen Kinder gerettet, haben sie umsorgt und als eigene Kinder angenommen. Allzu oft haben sie ohne ausreichende Schulbildung und berufliche Qualifikation kein leichtes Leben gehabt. Bis in die 90er Jahre waren die Wolfskinder in Deutschland ein fast unbekanntes Thema. Auch heute noch wird ihrer kaum gedacht. Die Schicksale, die Millionen Deutsche durch Flucht und Vertreibung erlitten haben, sollten uns aber Mahnung und Auftrag sein, dafür Sorge zu tragen, dass künftigen Generationen solches Leid erspart bleibt.“

Nach Froeses Rede las Hannelore Kedzierski, Kulturbeauftragte der Landsmannschaft Ostpreußen im Freistaat Sachsen, die Erinnerungen von Frau Felber als Wolfskind vor. Sie hatte ihre Erlebnisse, da selbst durch Krankheit am Kommen gehindert, für die Anwesenden niedergeschrieben. Frau Laue, ebenfalls eine Betroffene, war persönlich anwesend und schilderte anschließend eindrucksvoll ihr schweren Leben als Wolfskind. An Schicksale wie diese und das so vieler anderer erinnert nun die Gedenktafel am Altvaterturm. *Edeltraut Dietel*


„So ein Wahnsinn darf nie wieder passieren“: Oberpfarrer Reinhard Zimmermann, Hans-Jörg Froese, Vorstandmitglied der Bundeslandsmannschaft Ostpreußen (LO) und Edeltraut Dietel, Vorsitzende der Landesgruppe in Thüringen Bild: privat

Der Altvaterturm

Ein Mahnmal gegen die Vertreibung und ein Ort der Versöhnung soll er sein: Der Altvaterturm am Wetzstein in der Gemarkung Lehesten Brennersgrün im Thüringer Wald. Von 1999 bis 2002 wurde er errichtet. Vorher hatten Heimatfreunde, die sich im Altvaterturmverein zusammengeschlossen hatten, viele Jahre darauf hingewirkt, das imposante Bauwerk wiederauferstehen zu lassen. Es ist der Nachbau eines Turmes, der ursprünglich im Altvatergebirge in Ostsudeten stand. Weitere Informationen: www.altvaterturm.de


Foto: Altvaterturmverein



Namen, Fußspuren, Kinderschicksale: Die Gedenktafel Bild: Froese


Unter den Gästen: Schüler einer fünften Klasse Bild: Froese

Einmal mitten durch die Lappen gehen

Während der Mittsommerwende erwacht ganz Lappland – Die Region im Norden Schwedens zeigt dann ihre ganze Schönheit

Schweden? Das ist IKEA, Volvo und der Getränkekarton Tetra Pak – so die gängigen Klischees über das skandinavische Land. Doch mit seinen Wäldern, Seen und Elchen ist es auch ein beliebtes Urlaubsland. Und im Sommer taut die Region nördlich des Polarkreises förmlich auf. Der schwedische Teil Lapplands mit Ziel Narvik in Norwegen ruft!

Das Leben Skandinaviens wird derart klischeehaft vermittelt, dass diese Sehnsucht seit 2007 erstmals vom Direktor des Goethe-Instituts in Stockholm, Berthold Franke, als „Bullerbü-Syndrom“ betitelt wurde. Ein Jahr später ging „Bullerbysyndromet“ als offizielles Wort sogar in den schwedischen Wortschatz ein. Francke entlehnte damals den Begriff aus dem Titel der Kinderbuchreihe „Wir Kinder von Bullerbü“ der „Pippi Langstrumpf“-Autorin Astrid Lindgren. Viele deutsche Kinder wachsen außerdem mit den Geschichten von Selma Lagerlöf über den Kinderhelden Nils Holgersson auf, der in einen Wichtel verzaubert wird und sich mit Wildgänsen auf eine lange Reise bis nach Lappland begibt. Und dorthin führt uns auch unsere Reise.

Lappland ist die sehr dünn besiedelte Landschaft, die sich quer im hohen Norden Norwegens, Schwedens, Finnlands und Russlands auf einer Fläche erstreckt, die in etwa so groß wie Deutschland ist. Es handelt sich um eine größtenteils von Menschenhand unberührte Gebirgs- und Seenlandschaft. Aufgrund der topografischen Lage der nördlich des Polarkreises gelegenen Region ist das Klima ziemlich rau und bekannt für seine extrem langen und harten Winter. Sie sind geprägt von Dunkelheit und meterdicken Schneeschichten, die in der Regel mehrere Monate lang nicht schmelzen. Die Temperaturen in der trockenen Kälte können Werte von minus 30 Grad Celsius leicht unterschreiten.

Die klimatischen Verhältnisse Lapplands bieten ideale Voraussetzungen einer Kulisse für Polarlichter. Das spektakuläre Naturphänomen lässt sich in klaren kalten Winternächten am tiefschwarzen Himmel in Lappland oft beobachten. Die wissenschaftlich als „Aurora borealis“ bezeichneten Nordpolarlichter – die Südpolarlichter heißen übrigens „Aurora australis“ – sind immer wieder ein faszinierender Anblick. Sie können schleichend oder plötzlich erscheinen, von tiefem Grün sein und langsam wabernd vor dem Sternenteppich herziehen oder in grellen Farben von Hellgelb bis Purpur sich kräuselnd hektisch bewegen und verändern.

Sowohl das flimmernde Tanzen als auch das kaum sichtbare Kriechen der Polarlichter über den Nachthimmel sind so einzigartig und atemberaubend in ihrer Größe und Eleganz, dass die Bewohner des Nordens lange vor den wissenschaftlichen Erläuterungen des Phänomens die Ursache in Aktivitäten der Götter wie deren Kämpfen oder Tänzen suchten. Die meisten der nächtlichen Lichterparaden werden aber wohl höchstens von Rentieren gesehen, da es heutzutage nur knapp über zwei Millionen Einwohner in ganz Lappland gibt, aber sehr viel mehr Rentiere.

Es ist neben anderen vom indigenen Volk der über 100 000 Samen, auch Sámi in der Selbstbezeichnung, bevölkert. Aber was heißt „bevölkert“? Hier oben kann man stundenlag durch das Land reisen, ohne einer Menschenseele zu begegnen. Die früher verwendete Bezeichnung „Lappen“ wird heute von den Sámi als herabsetzend angesehen und im Allgemeinen nicht mehr gebraucht. Das Siedlungs- und Kulturgebiet des nordischen Volkes heißt Sápmi und besitzt keine eingetragene Staatlichkeit.

Etwa zwei Drittel der Sámi sind in der traditionellen Rentierzucht haupt- oder nebenberuflich beschäftigt. Die Herden werden beobachtet, einige Tiere eingefangen und ganzjährig oder über die Winter in Rentierfarmen gehalten. Technische Fortschritte vereinfachen seit einigen Jahrzehnten das Verfolgen der Tiere durch Schneemobile und gebirgsfähige Motorräder, bevor die Rentiere meist klassisch mit dem Lasso eingefangen werden. Die Rentierfarmen sind häufig für Besucher gegen Eintrittspreise zugänglich, wenn auch sehr abgelegen von Hauptstraßen. Wachsende Beschäftigung finden die Sámi in der Tourismusbranche, in der mittlerweile mehr als jeder Zehnte von ihnen arbeitet.

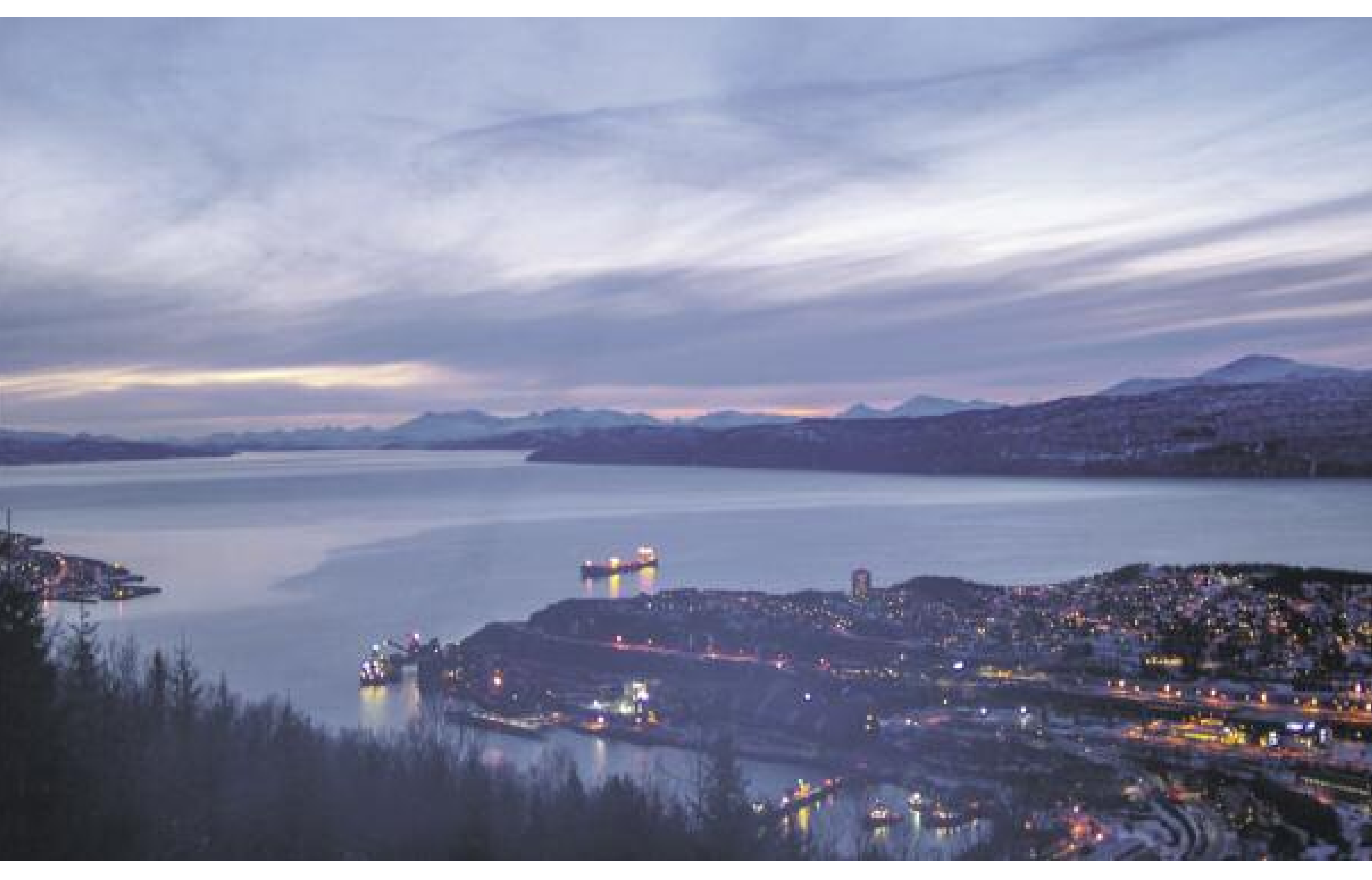
Die Landschaft Lapplands reizt mit einzigartigen Anblicken, die Berg- und Seenlandschaften sind durchzogen von National- und Naturschutzparks, offiziellen Wanderrouten und unberührten Weiten, die im Sommer wie im Winter ihre Reize haben. In den in Lappland verteilten Kleinstädten gibt es zahlreiche kleine Unternehmen, die etwas außerhalb der Städte vorzugsweise an Seen gelegene Camps aus bewohnbaren Holzhütten und Saunen, Feuerplätzen und ähnlichem errichtet haben und diese vermieten.

Im Winter sind begleitete Schneemobiltouren auf meterdick zugefrorenen Seen sehr beliebt. Bei solchen sitzt man alleine oder zu zweit auf einem der bis zu 90 Kilometer pro Stunde fahrenden Motorschlitten und steuert diesen. Es gibt auch zahlreiche Hundeschlittenunternehmen, die Touristen in kleinen Gruppen auf einem Hundegespann aus fünf bis zwölf Hunden über zugefrorene Seen und durch eingeschneite Wald- und Wiesenlandschaften ziehen lassen. Die Tiere fressen während des Laufens den Schnee am Pfadrand und schaffen es außerdem, auf akrobatische Weise ihr Geschäft während des Laufens zu erledigen. Zum Glück für die Fahrgäste ist der Abstand zum Gefährt dahinter groß genug!

Eine besondere winterliche Attraktion ist das bekannteste Eishotel mit 60 Zimmern in Jukkasjärvi. Erstmals 1989 ganz und gar aus Eis gebaut, schmilzt das Hotel jedes Jahr ab März komplett weg und wird seither Winter für Winter wieder aufgebaut – und zwar jedes Jahr anders. Die einzig verwendeten Materialien sind klares Flusseis und „Snice“, eine feste Mischung aus Schnee und Eis. Das Eishotel kann man auf Skiern, mit Schneemobilen, Hundeschlitten oder mit dem Auto erreichen.

Im Sommer hat man die Möglichkeit, begleitete Wanderungen, Minenbesichtigungen oder Angelausflüge zu unternehmen. Die Landschaft sprießt in allen vorstellbaren Farben. Man kann im Hochsommer die langen Tage und hellen Nächte während der Mitternachtssonne voll ausnutzen, sich rund um die Uhr auf Vogel- oder Elchsafaris begeben oder auf den Seen eine Kanutour mit anschließendem Picknick machen. Und das bei Sonnenschein mitten in der Nacht in unberührter Natur! Die Mitternachtssonne ist der sommerliche Gegensatz zu den Polarlichtern und für viele Touristen ein unvergessliches Erlebnis.

Als ewiges und dunkles Winterland abgestempelt, bekommt Lappland nur wenig Aufmerksamkeit und wird häufig in seiner Arten- und landschaftlichen Vielfalt stark unterschätzt. Aber gerade das lässt es kleine und größere Geheimnisse haben, die man selber erfahren muss und die viele klischeebehaftete Erwartungen an den Norden bei Weitem übertreffen. *Melinda Heitmann*



Ziel in Sicht: Die dicht bei Schweden gelegene norwegische Hafenstadt Narvik ist ebenfalls ein Teil Lapplands Bild: M.H.

Brandenburg schlägt Sylt

Erst im Jahr 2004 eröffnet, hat sich die im südlichen Brandenburg gelegene Urlaubs- und Freizeitanlage „Tropical Islands“ auch bei ausländischen Gästen als attraktives Reiseziel etabliert. Bei einer Umfrage unter 15 000 internationalen Deutschlandurlaubern durch die „Deutsche Zentrale für Tourismus“ landete „Tropical Islands“ auf Platz elf der 100 beliebtesten Sehenswürdigkeiten. Der Harzer Brocken konnte sich lediglich auf Platz 52 platzieren, Sylt schaffte es nur auf Platz 81.

Für die durch einen malaysischen Investor betriebenen Tropen-Anlage wird die größte freistehende Halle der Welt genutzt, in der ursprünglich Luftschiffe montiert werden sollten. Geworben wird für die Urlaubswelt im 24-Stunden-Betrieb unter anderem mit einem „ganzjährigem Sommer“ und dem „größten Indoor-Regenwald der Welt“.

Knapp eine Stunde südlich von Berlin gelegen, ist in der riesigen Halle eine Anlage entstanden, in der eine reiche tropische Pflanzenwelt, ein Südseestrand und sogar ein Mangrovensumpf nachgebildet sind. Ebenso liefert die Gebäude unter der Hallenkuppel einen Querschnitt des Äquatorgürtels. *Norman Hanert*

Internet: www.tropical-islands.de

Regelrecht aufgetaut

Wenn aus Nord- plötzlich Südländer werden – Mittsommer in Stockholm und Helsinki

Strahlender Sonnenschein liegt an diesem späten Junitag über der Ostsee. Langsam gleitet die „Mariella“ in den Hafen von Stockholm. Die schwedischen Passagiere an Bord der Fähre der Viking Line sind aufgeregt. Zum „Midsommar“ wollen sie alle zu Hause sein und die weißen Nächte ausgiebig feiern.

Doch zuvor geht es noch auf Tour kreuz und quer durch die auf Schären, Inseln und Halbinseln gelegene Stadt. Vor dem königlichen Schloss drängen sich die Besucher. Eine japanische Lehrerin schwingt ihren roten Schirm und bedeutet dem Tross weiß bestrumpfter Schulmädchen, ihr zu folgen. „Ferien jetzt in Sweden. Mittsommer hübsch“, radebrechte sie auf Englisch und schießt schnell ein paar Fotos.

In einem weiteren Brennpunkt – dem Rathaus, wo jährlich die Nobelpreise verliehen werden – herrscht babylonisches Stimmengewirr. „Ahs“ und „Ohs“ entlockt der prachtvolle Goldene Saal den Besuchern. „Hier schwingen die Nobelpreisträger nach dem Dinner das Tanzbein“, hört man. Einer der eifrigsten Tänzer sei 1999 der kürzlich verstorbene Autor Günter Grass gewesen. Ein Rundgang führt zur im verspielten Rokoko errichteten Börse und am Königlichen Theater vorbei. Ein Sprung noch ins Abba-Museum und ein Abstecher nach Schloss Drottningholm auf der Insel Lovön, wo die königliche Familie sich gern im Sommer aufhält. Jetzt ist Eile angesagt. Die Fähre nach Helsinki sticht in einer halben Stunde in See. Die Stimmung an Bord ist grandios. Da wird die Nacht zum Tage.

Als am nächsten Morgen der Weckruf erschallt, heißt es: 'raus aus den Federn und mitten hinein ins pralle Leben der finnischen Hauptstadt. Helsinki im Sommertaumel! Die Straßen quellen über von Menschen. Auf den Stufen des ehrwürdigen Domes genießen Einheimische und Touristen ein Sonnenbad, während sich lange Schlangen vor den Eisständen in der Mitte des Platzes bilden. „Was ihr hier erlebt, sind die typischen Sommer-Finnen“, erklärt unsere Begleiterin Leena. „In den hellen Sommermonaten kommen auch wir kühlen Nordländer so richtig in Fahrt und genießen das Leben im Freien. Da werden wir zu Südländern.“

Im Augenblick sind Straßen und Plätze bis in die frühen Morgenstunden belebt. Selbst um drei Uhr spucken Busse noch Pulks nimmermüder Menschen aus. Ein beliebter Treffpunkt ist die Esplanade, kurz „Espa“ genannt, eine gepflegte Grünanlage mit sprudelnden Springbrunnen und schicken Cafés. „Bevor die grüne Lunge Helsinkis 1812 nach den Plänen des Berliner Architekten Carl Ludwig Engel angelegt wurde, weideten hier Schafe“, erzählt Leena, während wir gemütlich in Richtung Marktplatz, zum direkt am Hafen gelegenen Herzstück Helsinkis, schlendern. Im Schatten der in Rot, Blau und Gold erstrahlenden russisch-orthodoxen Kathedrale geben sich die Bürger an den Kaffeebuden und Fischständen ein Stelldichein. Selbst im Winter bei Eis und Schnee sei hier viel los, sagt Leena. „Aber daran wollen wir an diesen nicht enden wollenden Tagen gar nicht denken.“ Recht hat sie. *Uta Buhr*

Infos zu den Fährverbindungen im Internet: www.vikingline.de



Stockholm: Blick vom Pier auf die Riddarholms-Kirche Bild: Buhr

»Architek-Tour« in Südtirol

Südtirol lädt vom 11. bis 14. Juni zu den „Tagen der Architektur“. Wer in dieser Zeit in der Ferienregion seinen Urlaub verbringt, sollte nicht die Gelegenheit verpassen, an einer der geführten Touren mit Architekten teilzunehmen. Bei den Architekturtagen öffnen 40 historische Bauten ihre Türen für kulturhistorisch interessierte Besucher.

Zu den Einrichtungen, die sich vorstellen, gehören Bauernhöfe, Hotels, Kellereien, Schlösser und Gaststätten, öffentliche Gebäude, Privathäuser und sogar ein Kloster. Architekten und Bauherren begleiten das Publikum in acht Touren jeweils ins Vinschgau mit dem Benediktinerstift Marienberg, nach Meran, zu Weingütern und -kellereien, nach Bozen, Brixen inklusive der Festung Franzensfeste, Bruneck, ins Pustertal sowie zu diversen Bauernhöfen.

Die zweisprachig auf Deutsch und Italienisch geführten Touren müssen vorab gebucht werden bei der Architekturstiftung Südtirol, Sparkassenstraße 15, I-39100 Bozen, Telefon (0039) 0471302813 oder im Internet: info@tagederarchitektur.it. Halbtagstouren per Bus kosten 30 Euro, Touren zu den Schlössern Tirol und Bruneck sowie zu Franzensfeste und Bauernhöfen 20 Euro. Die ganztägige Weintour kostet 90 Euro. *tws*



Spielball der Orkane

Schiffsunglücke vor Gericht

In Seeamtsverhandlungen werden die Ursachen von Seeunfällen geklärt. Dabei müssen sich die Schiffsoffiziere – soweit sie die Unglücke überlebt haben – für ihre Handlungsweise rechtfertigen. Beurteilt das Seeamt das Verhalten eines Kapitäns oder Steuermannes als schuldhaft, wird ihm wegen der fehlenden fachlichen oder persönlichen Eignung, ein Seeschiff zu führen, das Patent entzogen. Jürgen Rath, selbst Seemann mit Kapitänspatent und promovierter Historiker, hat die gefürchteten Seeamtsverhandlungen zwischen 1880 und 1910 ausgewertet und stellt zehn dramatische Fälle in dieser Anthologie vor.

In „Wettlauf mit dem Tod“ beschreibt er den tragischen Ablauf eines Einsatzes der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (siehe *PAZ* 21, Seite 10) im Jahre 1909. In einer eiskalten Dezembernacht gelingt es den Rettungsmännern Besatzung und Passagiere zweier in Seenot geratener Schiffe lebend zu bergen. Ihr offenes Ruderboot wird dann aber selbst im Orkan abgetrieben. Die Geretteten erfrieren.

Die namensgebende Geschichte für den Buchtitel behandelt den Untergang des Dampfers „Reinbeck“ vor Konstantinopel. Die Besatzung hofft auf Landgang, um sich die goldenen Kuppeln des Sultanspalastes aus der Nähe anzusehen. Soweit aber kommt es nicht. Als die Maschine ausfällt, wird die „Reinbeck“ manövrierunfähig. Sie kollidiert mit einem auf Reede liegenden Bergungsschiff. Dessen Rumpf ist für Fahrten ins Eis besonders verstärkt. Er reißt ein tiefes Leck in die „Reinbeck“. Sie beginnt zu sinken. Kapitän und Steuermann aber sind von der Situation überfordert. Die Rettungsmaßnahmen laufen völlig unkoordiniert ab, so dass insgesamt 14 Besatzungsmitglieder und zwei Retter von anderen Schiffen ums Leben kommen. Zwar bleibt der Kapitän bewusst an Bord, um „heroisch“ mit seinem Schiff unterzugehen. Ein Rettungsboot fischt ihn aber schließlich lebend aus dem Wasser, so dass auch er sich vor dem Seeamt verantworten muss.

Flaschenpost erklärt Untergang des Kutters

Weitere Seeunfälle passieren, weil alte oder qualitativ schlechte Schiffe den widrigen Wetterverhältnissen nicht standhalten. Sie werden zum Spielball der Orkane. Auch gnadenlose Vorgesetzte und Streitigkeiten zwischen den Seeleuten verursachen Todesfälle. Kurios ist der Schiffbruch des Fischkutters „Charlotte & Edward“, der von einem Dampfer gerammt wird. Er kann nur aufgeklärt werden, weil die Besatzung vor dem Untergang eine Flaschenpost ins Meer wirft. Als sie aufgefunden wird, liefert sie wichtige Hinweise auf die Ursachen des Unglücks.

Spannend und historisch fundiert ist dies alles geschildert. Jürgen Rath gibt einen tiefen Einblick in das Seemannsleben zwischen 1880 und 1910. Dabei geht es nicht um Seefahrerromantik, sondern um das harte und gefährliche Leben an Bord. Für Landratten gibt es ein ausführliches Glossar zur Erklärung der seemännischen Begriffe. Das Buch ist grafisch zudem sehr ansprechend gestaltet. Zu jeder Geschichte gibt eine informative Abbildung mit einem Kartenausschnitt und einer Illustration.

Tiefer Einblick in die Seefahrt

Britta Heitmann

***Jürgen Rath: „Konstantinopel von unten und andere Schrecklichkeiten. Geschichten von der Seefahrt“**, edition karo, Berlin 2015, broschiert, 136 Seiten, 14 Euro*





Wehmut und Hoffnung

Vom Kriegsende handelt Arno Surminkis neuer Erzählband

Am 8. Mai 1945 wurde über den Rundfunk die bedingungslose Kapitulation Deutschlands bekanntgegeben. Der Krieg war aus, das Leiden der Menschen aber dauerte an. In den deutschen Ostgebieten begingen die Soldaten der Siegermächte schwere Kriegsverbrechen. Mord, Raub, Vergewaltigung und Misshandlung gehörten dazu. Zehntausende Deutschen verschwanden und blieben verschollen. Ganze Dörfer wurden ausgelöscht.

Der Schriftsteller Arno Surminski hat in seinen großen Romanen wie „Jokehnen“ das Alltagsleben in Ostpreußen wiederaufleben lassen und in Einzelschicksalen die Schrecken des Zweiten Weltkriegs in erschütternden Szenen festgehalten. Nun, da das Kriegsende ziemlich genau 70 Jahre zurückliegt, hat Surminski einen neuen Band mit Erzählungen vorgelegt. „Als der Krieg zu Ende ging“ heißt er, und dies ist auch die thematische Klammer der Erzählungen, die hier zusammengefasst werden. Die Handlungsorte liegen überwiegend im nordöstlichen und südlichen Ostpreußen. Schlicht und eindrücklich schildert Surminski

Kurze Szenen vor verbrannter Erde

das Geschehen, mitunter nur in kurzen Szenen, vor dem Hintergrund verbrannter Erde oder heraufziehenden Unheils.

Der mit zahlreichen Preisen ausgezeichnete Autor wurde 1934 in Jäglack bei Drengfurth im Kreis Rastenburg geboren. Seine Eltern wurden 1945 in die Sowjetunion deportiert und blieben verschollen. Erst in den 90er Jahren erhielt er die amtliche Bestätigung ihres Todes in einem Arbeitslager. Das bange Warten auf einen geliebten Menschen steht auch in der Erzählung „Chor der Gefangenen“ im Mittelpunkt. Mitte der 50er Jahre fährt eine Frau mit ihren Kindern immer wieder nach Friedland, wo die Busse mit den letzten Heimkehrern aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft ankommen. Vergeblich hält sie dort nach ihrem Ehemann Ausschau.

Wenn Surminski mit seinen Büchern an Ostpreußen und die Leiden seiner Bewohner infolge des Krieges erinnert, vermeidet er Schuldzuweisungen an die östlichen Siegermächte. Stattdessen wird eher die Erinnerung an denjenigen heraufbeschworen, durch dessen Schuld Ostpreußen verspielt und dem Kommunismus preisgegeben wurde. In der Erzählung „Tote Steine“ soll der Taxifahrer Karl Dudda Anfang April 1932 eine „bedeutende Persönlichkeit“ samt Begleitern durch Masuren fahren. Anfangs erkennt Dudda den dunkelhaarigen Mann mit dem schwarzen Oberlippenbärtchen nicht. In Neidenburg und den anderen Städten, wo er seine Reden hält, ist der Menschenandrang groß. „In Lyck harrten an die zwanzigtausend Menschen aus, um zu hören, was der Führer zu sagen hatte.“ Als Dudda einem seiner Begleiter am nächsten Tag die Rechnung über fünfzig Reichsmark vorlegt, entgegnet der ihm von oben herab: „Bester Mann, schenken Sie die 50 Reichsmark dem Führer zum Geburtstag.“

In mehreren Geschichten hat der Autor den zeitlichen Bogen aus der Gegenwart rück-wärts bis zum Jahr 1945 gespannt. 50 Jahre nach Kriegsende fährt ein Mann nach Memel, das jetzt Klaipeda heißt, weil ihn die Erinnerung an ein blondes Mädchen nicht aus dem Kopf geht. Vielleicht hieß sie nicht Ännchen, aber er erinnert sich an sie unter diesem Namen. Inzwischen ist sie eine alte Frau geworden, wenn sie überhaupt noch lebt. Tut sie es, dann läuft man aneinander vorbei, ohne sich zu erkennen, denkt Manfred Wittek. In Memel hält er auch Ausschau nach dem Bronzedenkmal

Unbedingt lesenswerte Erzählungen

für das historische Ännchen von Tharau. Das Lied „Ännchen von Tharau“ steht für die Sehnsucht nach der Heimat, von der auch die singenden Heimweh-Touristen aus Westfalen bewegt sind, denen er in der Stadt begegnet.

Nicht allen Protagonisten seiner Erzählungen hat der Autor Namen gegeben. Ihre Schicksale sind Verdichtungen von Lebensgeschichten, wie es sie in Ostpreußen und im Nachkriegsdeutschland millionenfach gab. In den meisten dieser unbedingt lesenswerten Erzählungen, wenn sie auch wehmütig oder melancholisch stimmen, schimmert dennoch ein Funke Hoffnung. *Dagmar Jestrzemski*

***Arno Surminski: Als der Krieg zu Ende ging. Erzälungen“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2015, Gebunden, 208 Seiten (Großdruck), 19,95 Euro*



Zu viel Scheinheiligkeit

Eindringlich warnt Foodwatch-Chef Thilo Bode vor den Gefahren von TTIP

Jahrelang war Handelspolitik kein Thema von allgemeinem Interesse. Das ist dieser Tage anders. Die aufgeheizte Debatte um das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen USA und EU (TTIP) wird allerorten diskutiert. Man demonstriert, sammelt Unterschriften und tauscht Argumente aus: Dass US-Konzerne uns Chlorhühnchen vorsetzen wollen, dass Schiedsverfahren die Justiz unterhöhlen, dass uns Schadensersatzansprüche in Milliardenhöhe zwingen werden, fremden Firmen zu gehorchen.

Wenig davon trifft zu, befand Anfang Mai eine Expertenrunde im rheinischen Brühl: Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik darunter FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff, Vizepräsident des Europäischen Parklaments zeigten sich durchaus angetan vom Handeslabkommen. TTIP baue Handelshindernisse und Zölle ab, schaffe verbindliche Standards für alle und bringe Wohlstand und Gewinne. Anders urteilt Thilo Bode in seinem Buch „Die Freihandelslüge“. Der 1947 geborene Volkswirt, Soziologe und Leiter der Verbraucherrechtsorganisation Foodwatch hält die Befürchtungen nicht nur für berechtigt, er warnt sogar vor Schlimmeren. TTIP setze Konzerninteressen über das Allgemeinwohl und über die Gesetze souveräner Staaten. Es müsse gestoppt werden.

Schließlich sei es ohnehin überflüssig. „Wäre es anders, könnten nicht schon heute täglich Waren im Wert von rund zwei Milliarden Euro über den Atlantik transportiert werden.“ Warum also dieser hochriskante Vertrag? Damit „das Diktat der Kostenrechner nahtlos von den Vorstandsbüros an die Parlamente durchgereicht wird“. So heißt es in Bodes Fazit. Die 220 Seiten davor enthalten eine Menge Details, Fakten und Anklagen:

TTIP übe trotz des irreführenden Namens „Verrat an der Freihandelsidee“. Es setze auf Protektionismus, mit dem „weltweit agierende Konzerne ihren Einfluss absichern und ausbauen wollen“. Die Gefahr, „dass Umweltschutz, Verbraucherschutz und Arbeitnehmerstandards eingefroren“ werden, sei absolut real. Es sei zu viel Scheinheiligkeit im Spiel, rügt Bode. Gerade in der EU wolle man „weiterhin die Umwelt schädigen, ohne dafür zahlen zu müssen. Man wolle weiterhin auf Kosten der Steuerzahler subventioniert werden und dennoch den Handel ausweiten.“

Dabei lassen sich bei Bode durchaus Gemeinsamkeiten zu den eher Pro-TTIP eingestellten Brühler Experten, erkennen, etwa wenn es um die Schiedsgerichte geht. Im Prinzip seien sie zu begrüßen, in der Praxis aber misstrauisch zu beobachten. Sie brächten demokratisch begründete Staatsgewalt unter Fremdbestimmung, erläutert Bode. Die Brühler Experten glauben: Ein „bei der UN angesiedeltes internationales Gericht wäre optimal“.

Auch an diesen Gemeinsamkeiten wird deutlich, wie komplex sich Handelspolitik im Allgemeinen und das Transatlantische Freihandelsabkommen im Besonderen darstellen. Dennoch: Wie auch immer man zu TTIP stehen mag, um sich ein Bild von der derzeitigen Diskussion zu bilden, ist das Buch gut geeignet. *Wolf Oschlies*

***Thilo Bode: „Die Freihandelslüge – Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet“**, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2015, gebunden, 272 Seiten, 14,99 Euro*

Urmensch in Nahperspektive

Enormen Erfindergeist und ausgeprägte Individualität bescheinigt Hermann Parzinger unseren prähistorischen Vorfahren

Früher war er Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts. Heute steht er an der Spitze der Stiftung Preußischer Kulturbesitz: Wenn jemand über die Fähigkeit verfügt, ebenso voluminöse wie informative Bücher zu schreiben, obwohl er durchaus anspruchsvolle und damit zeitraubende Posten bekleidet, dann ist das Hermann Parzinger. Dies demonstrierte der 56-jährige Prähistoriker in der Vergangenheit unter anderem mit dem 1000-Seiten-Wälzer „Die frühen Völker Eurasiens: Vom Neolithikum bis zum Mittelalter“. Dem folgt nun der Band „Die Kinder des Prometheus“. Hier schildert Parzinger, wie der Homo sapiens die Sprache und das abstrakte Denken entwickelte, dann vor etwa 100 000 Jahren aus Afrika herausdrängte und sich über die ganze Welt verbreitete.

Er wurde zum Künstler, fand zur Religion, entdeckte die Landwirtschaft und begann mit der Metallbearbeitung. Vor rund 9000 Jahren schließlich legte er die Grundlage zur Entstehung von Städten, in denen es dann zur Erfindung der Schrift kam.

Das Buch liefert also nicht mehr und nicht weniger als einen Abriss der Menschheitsgeschichte auf allen Kontinenten von den frühesten Anfängen bis zur Entstehung der ersten komplexen Gesellschaften. Diese Epoche umfasste rund sieben Millionen Jahre und wird von den Geschichtswissenschaftlern zumeist ignoriert oder zumindest arg stiefmütterlich behandelt, weil sie es gewohnt sind, mit Texten zu arbeiten. Dabei gibt es kaum etwas Spannenderes als die Vielfalt der prähistorischen Kulturen, denn diese hinterließen materielle Zeugnisse, deren Bedeutung wir heute oft nicht mehr entschlüsseln können und deren Komplexität uns immer wieder überrascht, was zu allerlei Spekulationen Anlass gibt – bis hin zu der Theorie, dass die Menschheit früher bei Außerirdischen in die Lehre gegangen sei.

Überraschende und komplexe Spuren

Doch das ist natürlich keine Option für Parzinger, der den Ursprung jedweden zivilisatorischen Fortschritts im unermüdlichen Drang des Menschen nach Überschreitung der von der Natur gesetzten Grenzen sowie nach einer Verbesserung seiner Lebensverhältnisse in oftmals veränderlichen Umwelten sieht. Deshalb legt der Prähistoriker auch großen Wert darauf, die schriftlose Vorzeit aus der Nahperspektive zu schildern, damit die Leser die Vielfalt der kulturellen Entwicklungen in den unterschiedlichen Regionen der Erde nachvollziehen können.

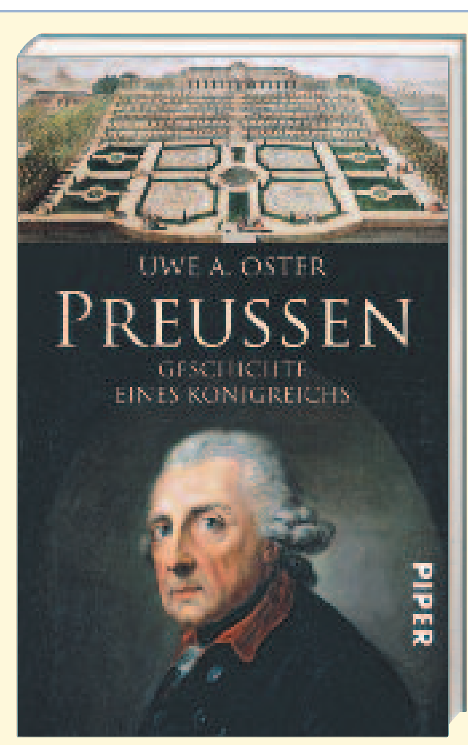
Allerdings gibt es auch einige Kritikpunkte: So huldigt Parzinger streckenweise doch zu sehr dem wissenschaftlichen Mainstream. Ein Seitenblick auf kontroverse Ansätze wäre reizvoll gewesen, etwa wenn es darum geht das Dogma von der Schriftentstehung in Ägypten und Mesopotamien zu hinterfragen. Darüber hinaus übergeht der Prähistoriker so interessante Themen wie das Fast-Aussterben des Homo sapiens während eines dramatischen Kälteeinbruchs vor 70 000 Jahren.

Einheitskultur als logisches Endziel?

Dennoch bringt uns Parzinger die Welt unserer Vorfahren sehr nahe. Er zeigt einen schöpferischen Urmenschen, der den Willen und die Fähigkeit besaß, alle nur erdenklichen Handlungsspielräume auszuloten. Deshalb sahen die Lösungswege für ein und das gleiche Problem oft unterschiedlich aus. Zentrales Merkmal des Menschen in der Stein- und Bronzezeit war also sein enormer Erfindergeist, der sich mit einer ausgeprägten Individualität im Schaffen paarte. Daran sollte man denken, wenn heute seitens interessierter Kreise suggeriert wird, dass eine globale Einheitskultur das logische Endziel der Entwicklung unserer Spezies darstellen müsse.

Wolfgang Kaufmann

***Hermann Parzinger: „Die Kinder des Prometheus. Eine Geschichte der Menschheit vor der Erfindung der Schrift“**, Verlag C. H. Beck, München 2014, gebunden, 848 Seiten, 39,95 Euro*



Uwe A. Oster
Preussen
Geschichte eines Königreichs
Uwe A. Oster nimmt uns mit auf eine historische Reise in das alte Preußen: Vom barocken König Friedrich I., unter dem das Herzogtum Preußen 1701 zum Königreich erhoben wurde, bis hin zum letzten preußischen König und späteren deutschen Kaiser Wilhelm I. reicht der Bogen, den Oster spannt. Fesselnd und anschaulich erzählt er von einer Epoche, die Deutschland bis heute beeinflusst. Der stellvertretende Chefredakteur des Geschichtsmagazins Damals räumt mit Vorurteilen auf und beleuchtet kritisch die Entwicklung Preußens und die Leistungen seiner Monarchen. Seinen Ausführungen ist die Sympathie für die Materie anzumerken, doch das trübt nicht sein Urteilsvermögen, denn er hat für seine Behauptungen gute Argumente. 384 Seiten
Nr. P A0879 Taschenbuch **12,99 €**



Fahne
Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne **12,50 €**



Deutsche Heimat im Osten
Landeskunde Provinz Posen
43 farbige Abbildungen, 40 Karten, davon 3 herausnehmbar. 176 S.
Nr. P A0748 Geb. 19,95 €

Nach der Originalausgabe von 1911. Mit diesem einzigartigen Wissensschatz erhalten wir ein lebendiges Bild längst vergangener Tage und interessante Hinweise zur geschichtlichen, geologischen, klimatischen, territorialen und wirtschaftlichen Entwicklung der preußischen Provinz Posen. Ein Kapitel widmet sich der Bevölkerung Posens sowie der Tier- und Pflanzenwelt. Viele farbige Abbildungen und Karten zeigen die Heimat vieler deutscher Familien im östlichen Teil des Kaiserreiches. Erleben Sie eine Zeitreise von ganz besonderer Art und erfahren Sie mehr über vertraut klingende Städte und Landschaften wie die Schildberger Hochfläche, das Zwischenstromland u.v.m.



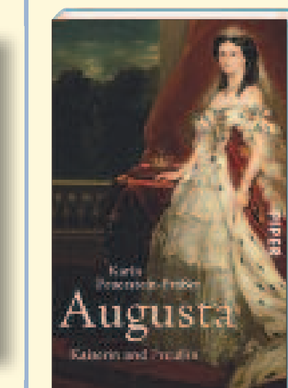
Karin Feuerstein-Praßer
Die preußischen Königinnen
38 Farb- und Schwarzweißabbildungen. Taschenbuch/368 Seiten
Nr. P A0877 12,99 €

Sieben Königinnen – Sieben Frauenschicksale.
Es war kein leichtes Schicksal, das die Königinnen im „Männerstaat" Preußen zu bewältigen hatten. Gleichwohl gelang es einigen von ihnen, sich Freiräume zu schaffen – beispielsweise der „Philosophin auf dem Thron", Sophie Charlotte von Hannover, und der bis heute wohl populärsten preußischen Königin, Luise von Mecklenburg-Strelitz. Andere wiederum litten unter den höfischen Intrigen und der Missachtung ihres Gemahls oder konnten sich nur durch Lügen oder Heuchelei behaupten. Unterhaltsam und mit großer Sachkenntnis erzählt Karin Feuerstein-Praßer vom Leben der sieben preußischen Königinnen.

Deutsche Heimat im Osten
Landeskunde der (176 Seiten)
Provinz Pommern
43 farbige Abbildungen, 40 Karten.
Nr. P A0749 Geb. 19,95 €

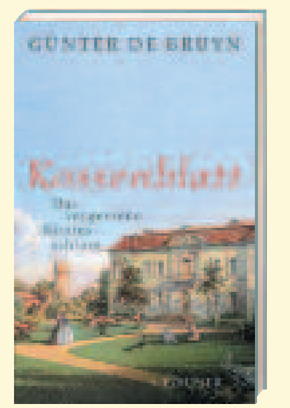
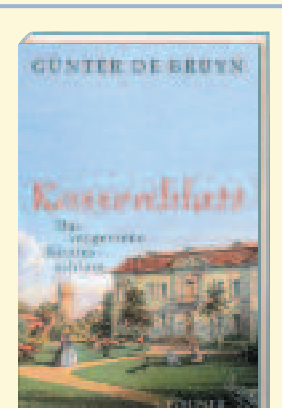
Nach der Originalausgabe von 1912. Mit diesem einzigartigen Wissensschatz erhalten wir ein lebendiges Bild längst vergangener Tage und interessante Hinweise zur geschichtlichen, geologischen, klimatischen, territorialen und wirtschaftlichen Entwicklung der preußischen Provinz Pommern. Ein Kapitel widmet sich der Bevölkerung und der Besiedlung Pommerns sowie der Tier- und Pflanzenwelt in der fünftgrößten Provinz des Königreichs Preußen. Viele farbige Abbildungen und Karten zeigen die Heimat deutscher Familien im östlichen Teil des Kaiserreiches. Erleben Sie eine Zeitreise von ganz besonderer Art und erfahren Sie mehr über vertraut klingende Städte- und Landschaftsnamen.

Fahne
Westpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9954 Fahne **12,50 €**



Karin Feuerstein-Praßer
Augusta
Kaiserin und Preußin
Mit zahlreichen Abbildungen im Text. Taschenbuch/320 Seiten
Nr. P A0878 9,99 €

Als Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach (1811–1890) den preußischen Prinzen Wilhelm heiratet, ahnt sie nicht, dass sie die erste deutsche Kaiserin werden wird: Aufgewachsen in der kulturellen Atmosphäre der Goethezeit, glänzt sie durch hohe Bildung und ausgeprägten Kunstsinn. Erst durch Ereignisse der 1848er-Revolution tritt die liberale Augusta ins Rampenlicht der Geschichte: Als Frau des preußischen Königs und späteren Kaisers versucht sie, Einfluss auf die konservative Politik Wilhelms I. zu nehmen. Aber Augusta hat einen mächtigen Feind: den „eisernen Kanzler" Otto Fürst von Bismarck, dessen kriegerische Pläne zur Einigung Deutschlands der überzeugten Pazifistin verhasst sind …

Günter de Bruyn
Kossenblatt
Das vergessene Königsschloss
192 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0704 18,99 €

Schon Theodor Fontane besuchte Schloss Kossenblatt auf seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg". Günter de Bruyn erzählt in seinem neuen Buch die ganze Geschichte des Schlosses – von seiner kurzen Blütezeit unter Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. bis heute.
Wie in seinen letzten Büchern geht es dabei immer auch um preußische Geschichte und die eigene brandenburgische Heimat. Darüber hinaus aber ist „Kossenblatt" eine sehr persönliche, gelassen-melancholische Betrachtung über das Leben im Abseits, über Tod und Vergessen und die Kraft der Erinnerung.



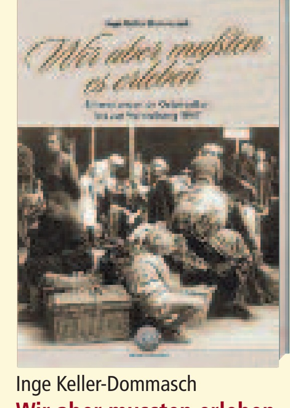
Früher € 29,95
Jetzt € 9,95

Martin Schmidtke
Königsberg in Preußen
Personen und Ereignisse 1255–1945 im Bild
Die Stadt Königsberg in Preußen blickt auf eine über siebenhundertjährige wechselvolle Geschichte zurück. Ins „wahre", 1945 untergegangene Königsberg führen heute nur noch vereinzelte Spuren, denn auf ihren Trümmern entstand eine andere Stadt. Martin Schmidtke folgt den Spuren und geht weit in die Geschichte zurück. Er hält das Königsberg unserer Erinnerungen im Bild fest, gedenkt Ereignissen, die in Königsberg stattfanden, und stellt Persönlichkeiten vor, die in den Mauern der Stadt lebten und die das Leben der Menschen weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus prägten. Ein Personenverzeichnis sowie ein Sach- und Ereignisregister komplettieren den Band. Großbildbandformat 24 x 30 cm. 360 Seiten
Nr. A0690 Gebunden mit Schutzumschlag 9,95 €



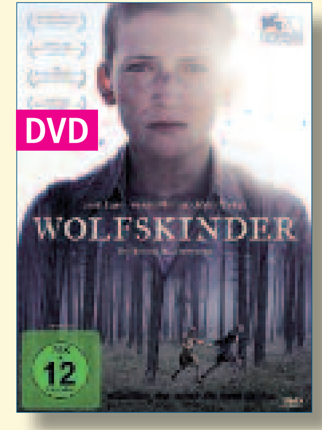
Reinhard Tischer
Der Lagerjunge
17 Jahre in Baracken – Eine Kindheit in Nachkriegsdeutschland
144 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0590 11,90 €

Reinhard Tischer, geb. 1939 in Zindel, Kreis Breslau in Schlesien, ging Anfang 1945 mit einem bäuerlichen Treck auf die Flucht vor der heranstürmenden Roten Armee. Die Flucht dauerte vom 20. Januar bis 15. März 1945 und fand in Niederbayern nahe Straubing vorerst ihr Ziel. Mitte Juli 1945 erfolgte der Umzug in das Lager Mistelbach nahe Bayreuth, wo die Familie bis 1962 lebte. Nach dem Besuch der Volksschule und einer Ausbildung zum Polsterer heiratete Reinhard Tischer und hat heute zwei erwachsene Söhne. Er lebt heute in Streitberg in der Fränkischen Schweiz. Das Buch erzählt das beispielhafte Schicksal eines jugendlichen Flüchtlings und seiner Famile am Ende des 2. Weltkriegs.



Inge Keller-Dommasch
Wir aber mussten erleben
Erinnerungen an Ostpreußen bis zur Vertreibung 1947
288 Seiten/Gebunden
Nr. P A0663 Geb. 21,80 €

In Ostpreußen geboren und aufgewachsen, erlebte Inge Keller-Dommasch die schweren Jahre von 1944 bis 1947 in ihrer Heimat. Sie schildert in ihrem autobiografischen Bericht einen Teil ihrer Kindheit, die eigentlich längst keine mehr war. Immer bedroht von Hunger, Vergewaltigung, Vertreibung und Tod, musste sie mehrere Jahre mit ihrer Mutter und Großmutter um das Überleben kämpfen. Die Autorin schildert eindringlich den Alltag in dieser Zeit. Ergänzt durch Texte ihrer Mutter, ergibt sich ein lebendiges Bild der unmittelbaren Nachkriegszeit. Inge Keller-Dommasch, geb. 1930 in Kaukehmen in Ostpreußen, wurde im November 1947 zusammen mit ihrer Mutter aus Ostpreußen ausgewiesen.



DVD - Spielfilm
Wolfskinder
Laufzeit: 98 Minuten
Nr. P A0860 DVD 16,99 €

Sommer 1946. Tausende elternlose Kinder kämpfen in Ostpreußen um ihr Überleben. Zu ihnen gehört auch der 14-jährige Hans (Levin Liam). Als seine Mutter (Jördis Triebel) im Sterben liegt, überträgt sie ihm eine letzte Aufgabe: Er soll sich mit seinem kleinen Bruder Fritzchen (Patrick Lorenczat) nach Litauen durchschlagen, wo es noch Bauern geben soll, die deutsche Kinder bei sich aufnehmen. Doch in der Wildnis geraten sie zwischen die Fronten und die beiden Brüder verlieren sich aus den Augen. Seine Suche nach Fritzchen wird zu einer Odyssee, und Hans muss in einem fremden Land gegen Hunger, Wetter und Krankheit kämpfen.



Jürgen Kleindienst (Hrsg.)
Trümmerkinder
Zeitzeugen erzählen aus der Nachkriegszeit 1945–1952
256 Seiten/Klappbroschur
Nr. P A0802 10,90 €

Nachkriegszeit der Jahre 1945 bis 1952. Die Kinder erduldeten nach dem Krieg Hunger und Kälte, und es fehlte ihnen an Kleidung. Sie lernten in überfüllten Schulklassen und spielten oft zwischen Trümmern. In den zerstörten Städten herrschte große Wohnungsnot, und Lebensmittel mussten auf „Hamsterfahrten" organisiert werden. Die meisten Mütter mussten, wie schon während des Krieges, allein für die Familie sorgen. Viele Väter waren gefallen, verschollen oder befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Heute staunen die Menschen dieser Generation oft, wie sie ihre Kindheit trotz aller Entbehrungen letztlich überstanden haben. Dieses Buch bietet eine Sammlung von Zeitzeugenberichten von Trümmerkindern.



Hermann Pöking
Ostpreußen
Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1948
Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pölking, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz" macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekannten Filmaufnahmen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschauliche Erzählung eingebettet ist. Die DVD-Box enthät 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memelland".
Nr. P A0769 DVD-Box mit 5 DVDs 39,95 €



Monika Dahlhoff
Eine Handvoll Leben
Meine Kindheit im Gulag
272 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0661 8,99 €

Im Winter 1944 wird die kleine Monika von russischen Soldaten verschleppt.
Zusammen mit anderen Kindern wird sie in einem abgelegenen Gulag völlig sich selbst überlassen. Durch ständigen Hunger, beißende Kälte und fehlende Fürsorge verwahrlost sie immer mehr.
Als das Mädchen nach Jahren befreit wird, bleibt ihr ein normales Leben versagt. In einer Pflegefamilie versucht man der traumatisierten Monika mit Strenge und Gewalt beizukommen, doch sie sehnt sich nach Geborgenheit und hofft noch immer auf ein Wiedersehen mit ihrer Mutter.



Christine Brückner
Weil der Krieg unsere Seelen frisst
Wie die blinden Flecken der Vergangenheit bis heute nachwirken
Nr. P 7951 14,99 €

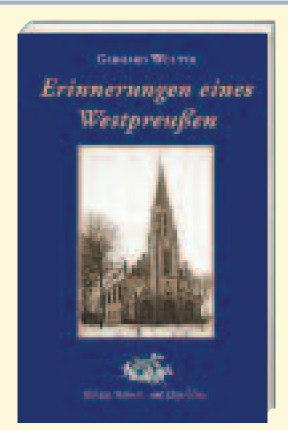
Als Kinder erlebten sie Luftangriffe, Flucht, Vergewaltigung und den Tod naher Angehöriger. Heute, über sechzig Jahre nach Kriegsende, kehren die Erinnerungen mit Wucht zurück. Auch die Nachkommen sind betroffen. Bestsellerautorin Hilke Lorenz erzählt vom Schmerz, der bis heute in den Familien andauert. Das Leid, das der Zweite Weltkrieg verursacht hat, wirkt nach, auch in die nächste Generation. Viele Kriegskinder haben ihre traumatischen Erlebnisse unbewusst an ihre Kinder weitervererbt. Hilke Lorenz schreibt über die blinden Flecken der Vergangenheit, die es in fast jeder Familie gibt, und über den Versuch, das Schweigen zu überwinden. 224 Seiten.

Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



Karen Winter
Sehnsucht nach Riga
Roman
397 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0662 8,99 €

Schon als Kind liebt Marie-Luise von Zehlendorf, genannt Malu, Stoffe und Mode. Nichts wünscht sich die Gutsherrentochter mehr, als Kleider zu entwerfen. Als sie nach dem Tod ihres Vaters das Baltikum verlässt und nach Berlin zieht, wird ihr Traum Wirklichkeit. Innerhalb kurzer Zeit macht Malu sich einen Namen als Modeschöpferin, ihre Kleider sind gefragt, auch in den besten Kreisen.
Doch ihr Liebster bleibt in Riga zurück und heiratet eine andere Frau. Wird Malu in Berlin ihr Glück finden - oder muss sie dafür in die Heimat zurückkehren? Eine junge Frau mit einem Traum und eine Liebe die nicht vergeht.



Gerhard Wolter
Erinnerungen eines Westpreußen
480 Seiten/Gebunden
Nr. P A0606 19,95 €

Eine Kindheit und Jugend im ehemaligen Westpreußen, die erste Liebe des jungen Mannes und das Zerbrechen seiner Lebenswelt in den Kriegswirren. Der 1924 in Westpreußen geborene Autor berichtet in diesen sehr persönlichen Erinnerungen aus seinem Leben. Als Zeitzeuge gibt er authentische Einblicke in die Zeit und das Lebensgefühl der letzten deutschen Generation in der westpreußischen Heimat. Er hat dabei den Mut, auch kritische Themen zwischen Deutschen und Polen anzusprechen und dabei den Bogen seiner Berichte auch bis in die Gegenwart zu spannen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Neue Spur bei Brand in Tröglitz

Magdeburg – Die Ermittlungen im Fall des am 4. April teilweise ausgebrannten Asylheims in Tröglitz, Sachsen-Anhalt, nehmen eine interessante Wendung: Schon 2006 war eine Villa des Eigentümers niedergebrannt, kurz bevor er dort ausziehen wollte. Die Ermittler nannten den Fall damals „mysteriös“ und „eigenartig“. 2008 brannte das leere Gebäude noch einmal. Laut Staatsanwaltschaft Magdeburg spielen die beiden Brände auch bei den Tröglitz-Ermittlungen eine Rolle. *H.H.*

Staatsfunk privatisieren

Berlin – Der frühere Vorsitzende der Monopolkommission der Bundesregierung, Justus Haucap, fordert eine Abschaffung der Rundfunkgebühr und eine Privatisierung der öffentlichen-rechtlichen Sender. Statt die Sender pauschal mit Milliarden auszustatten, was den Wettbewerb verzerre und Kosteneffizienz verhindere, sollten künftig gezielt Inhalte gefördert werden, die eine unabhängige Kommission auswähle. *H.H.*

ZUR PERSON

Persona non grata bis 2019

Seit zehn Jahren sitzt **Karl-Georg Wellmann** für die CDU im Bundestag. Viel von sich Reden hat er seitdem nicht gemacht. Da sorgte die Affäre um seinen Dackel, der in einem Fuchsbau feststeckte und für dessen Befreiung durch die Feuerwehr das Herrchen 5000 Euro bezahlen musste, schon mal für die größte mediale Aufregung.

Von ganz anderer Qualität sind jetzt die Schlagzeilen rund um das Einreiseverbot des 62-Jährigen nach Russland. Eine ganze Nacht verbrachte er im Transitbereich des Moskauer Flughafens, weil ihn die Behörden nicht in die Stadt lassen wollten, ehe er am Morgen mit dem nächsten Flieger zurückmusste.

Wellmann, der 2012 als erster CDU-Politiker den damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff zum Rücktritt aufforderte, ist nicht der erste deutsche Politiker, der für Moskau eine Persona non grata ist. 2014 wurde der Grünen-EU-Abgeordneten Rebecca Harms die Einreise verweigert, als sie zu einem Prozess gegen eine ukrainische Kampfpilotin wollte. Ein Zusammenhang mit der Ukraine liegt auch im Fall Wellmann nahe. Der Rechtsanwalt war im Mai 2014 für die OSZE als Wahlbeobachter in der Ukraine und ist Vorsitzender der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe des Bundestags. Als solcher forderte er vor einem Jahr, die Sanktionen gegen Russland so lange aufrechtzuerhalten, bis das Land die Krim an die Ukraine zurückgegeben hat.



Dass Russland diesen Kritiker nicht ins Land lassen will, ist auch eine Reaktion auf die von der EU verhängten Einreiseverbote russischer Politiker und Unternehmer. Auf dieser öffentlichen Liste finden sich sogar drei Vertraute Wladimir Putins. Wellmann vermutet, dass dieser eine geheime Sanktionsliste aufgestellt hat. Mal sehen, wer und warum noch alles abgewiesen wird. Wellmann zumindest weiß, dass er bis 2019 unerwünscht ist. *H. Tews*



Für die Netzgemeinde

Gewissen lenkt nur ab

Wie ein Grüner einen Schwarzen zum Rassisten stempelt, warum rote Gewalt gute Gewalt ist, und wie München mutig gesäubert wird / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Was sagt uns eigentlich das Gewissen? Klar: Tue nichts, was du von vornherein als bösartig erkannt hast. Aber was ist bösartig? Meist kann man das recht problemlos erkennen, aber leider nicht immer. Vielleicht kann man „Gewissen“ daher auch beschreiben als den ständig bohrenden Verdacht, dass das, was man für gut hält, gar nicht gut, sondern schlecht sein könnte. Somit wäre das Gewissen der Befehl zur dauernden Selbstprüfung.

Das ist natürlich sehr anstrengend, weshalb wir mit Leuten nachsichtig sein wollen, die auf die Benutzung ihres Gewissens lieber verzichten. Der Publizist Matthias Matussek hat ein besonders eindrucksvolles Exemplar eines solchen Gewissens-Verzichtlers neulich besucht.

Patrick Rohde ist Student der Politikwissenschaft in Berlin und bei den Grünen. Als er erfuhr, dass Schüler seines ehemaligen Gymnasiums im holsteinischen Bargteheide eine Podiumsdiskussion zur Flüchtlingsproblematik auf die Beine gestellt haben, wurde Rohde hellhörig. Die Schüler hatten nämlich auch einen Vertreter der AfD eingeladen, was ihnen der angehende Politologe auf keinen Fall gestatten wollte.

Er protestierte nur einen Tag vor der Veranstaltung gegen die AfD-Teilnahme, indem er sich an die Schulleitung wandte und gleichzeitig eine Boykott-Kampagne im Internet lostrat. Sofort knickte die Schulleitung ein und sagte die Sache ab mit der Begründung, „dass es Aufrufe gibt, die Veranstaltung wegen der geplanten Anwesenheit der AfD zu boykottieren und zu stören“.

Interessant ist, wer für die AfD auf dem Podium erscheinen sollte: Es war Achille Demagbo, Mitglied des Landesvorstandes seiner Partei und zuständig für Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Demagbo kam vor zehn Jahren aus dem afrikanischen Benin und ist von Beruf Sprachwissenschaftler und Konferenzdolmetscher.

Rassistisch und ausländerfeindlich und was nicht alles sei die AfD, sagt Rohde. Da wurde also ein Schwarzafrikaner ausgeladen als Zeichen gegen Rassismus? „Das macht überhaupt keinen Unterschied für meine Argumentation“, so Rohde steif und fest zu Matussek. Auch andere Einwände des bekannten Autors lässt der Grüne nicht für einen Millimeter gelten.

Keine Frage: Da ist einer dermaßen von sich und der Richtigkeit seines Tuns überzeugt, dass kein Gedanke oder gar ein Hauch von Zweifel seine Sicherheit trüben. Sein Gewissen befragen? Seinen Verstand bemühen? Lenkt nur ab.

Vielleicht müssen politische „Bewegungen“ sittlich und geistig ein gewisses Niveau unterschritten haben, um so richtig in Schwung zu kommen. Ihre Vorbilder aus dem 20. Jahrhundert haben es vorgemacht. Die konnten ihre demokratischen Gegenspieler auch deshalb so siegreich aus dem Feld schlagen, weil sie völlig ungehemmt waren von Zweifeln und Gewissensbissen – ein Erfolgsmodell!

> Wenn ein Wirt »Rechte« reinlässt, kann ihn das künftig auch die Konzession kosten

Die Schüler von Bargteheide sind dem Vernehmen nach nicht glücklich darüber, dass ein einziger Grüner aus Berlin es geschafft hat, ihre gesamte Schulleitung an einem Tag in die Knie zu zwingen. Im Unterricht hören sie viel davon, wie die Deutschen einst versagt hätten angesichts der demokratiefeindlichen Bedrohung. Könnte sein, dass der eine oder andere Schüler demnächst sarkastisch grinst, wenn er seinen Lehrer tönen hört, dass wir heute Zivilcourage zeigen müssten, damit so etwas „nie wieder“ passiere! Ja, ja ... ausgerechnet du hast es nötig, du feige Pfeife!

Egal, das Erfolgsmodell der gewissensbefreiten „Bewegung“ schreit nach Wiederholung. Ob sie zwischen rechter und linker Gewalt unterscheide, wollte die „FAZ“ von Linkspartei-Vizechefin Janine Wissler erfahren. Antwort: „Auf jeden Fall. Gewalt von rechts richtet sich in der Regel gegen Schwächere ... Linke kämpfen hingegen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung.“

Es leben noch Menschen, die in Bautzen gequält wurden, deren Angehörige am „Antifaschistischen Schutzwall“ abgeknallt wurden, die ihre gesamte Familie im Schlachthaus der Roten Khmer oder in Chinas kommunistischer Kulturrevolution oder dem Gulag oder sonst wo durch die Kämpfer „gegen Diskriminierung und Ausgrenzung“ verloren haben. Das dürften so einige Millionen sein, denen Wisslers Worte runtergehen werden wie Stacheldraht vom Todesstreifen.

Was will uns Wissler mit ihrer erfrischenden Offenheit in Sachen linker Gewalt eigentlich mitteilen nach der Blutspur, die ihre Genossen durchs 20. Jahrhundert gezogen haben? Keine Ahnung, aber es hört sich an wie ein frohgemutes „Wir sind noch lange nicht satt!“

Wir können uns also auf einiges gefasst machen aus der linken Ecke. Allerdings gilt auch hier: Aller Anfang ist bekanntlich schwer.

Doch kein Grund zu Kleinmut, die Bewegung schreitet voran. In München starten Stadtregierung und Wirteverband Dehoga eine „Kampagne gegen Rechts“. Es geht darum, den Wirten der bayerischen Hauptstadt einzubläuen, dass sie keine „rechtsextremen oder rechtspopulistischen Gruppen in ihrem Lokal“ dulden. Als „rechtspopulistisch“ wird von den Linken bekanntlich auch die AfD eingestuft. Wie jeder, der Forderungen im Munde führt wie „Zuwanderung braucht klare Regeln“ und ähnliches.

Um zu verhindern, dass solche Leute einen Raum für Versammlungen mieten können, werden die Gastwirte von Stadt und Dehoga aufgefordert, genau nachzufragen, um welche Art von Veranstaltung es sich handelt. Ihnen wird empfohlen, berichtet die „Süddeutsche Zeitung“, „einen schriftlichen Mietvertrag aufzusetzen, in dem rechtspopulistische Inhalte explizit untersagt sind und – ein wichtiger Teil der Kampagne – schon von außen deutlich Stellung gegen Rechtsextremismus zu beziehen“. Doch wenn ein Gastwirt aufs Grundgesetz pocht und die Meinungs- und Koalitionsfreiheit aller Bürger und legalen Organisationen einfordert?

Keine Sorge, beruhigt Miriam Heigl von der „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“: Da mische sich die Stadt München nicht ein. Stattdessen werde die Dehoga informiert, die dann mit den Brauereien rede. Die könnten Wirten in solchen Fällen auch die Konzession entziehen. Mit anderen Worten: Man „mischt sich nicht ein“, sondern droht mit der Vernichtung der Existenz mit Hilfe der Brauerei auf Betreiben des Berufsverbandes.

So haben wir uns die Diktatur immer vorgestellt. Nichts Neues also, hatten wir alles schon in Deutschland, und damals waren die Menschen im Schnitt weder dümmer noch gewissenloser als heute. Was idealistische Gemüter aber vom Stuhl hauen mag, ist die Tatsache, dass die sich heute dabei geradezu uneinholbar demokratisch, tolerant und weltoffen vorkommen. Jemand hat es vermocht, diese Begriffe in den Hirnen dieser Leute komplett auf den Kopf zu stellen – reife Leistung!

Sie finden sich gar „mutig“, worin sie massiv bestärkt werden. 2013 schon starteten bayerische Wirte den Aufruf „Keine Bedienung für Nazis“. Später kamen sie sich in die Haare, wem die Preisgelder zustehen, die sie für ihre „Courage“ bekommen hatten, so etwa den Lutherpreis (!). Der Streit um gut 11 000 Euro landete vor Gericht. Wir sehen: Früher oder später quellen niedere Beweggründe immer hervor, ganz gleich, wie schillernd das eitle Gepränge funkelt, das man um sie herum veranstaltet.

Jedenfalls sollte sich Achille Demagbo gut überlegen, ob er die schöne bayerische Landeshauptstadt besuchen möchte. Als Gründungsmitglied und Landesvorstand einer mutmaßlich „rechtspopulistischen“ Partei läuft er Gefahr, von einem „mutigen“ und „engagierten“ Münchener Wirt als „Rassist“ aus dem Lokal geworfen zu werden. Wenn er dann nicht von selbst geht, rufen solche Wirte (schon geschehen) auch die Polizei, die ihn wegträgt. Die Bilder, die dabei entstünden, wären ein wunderbares Sittengemälde unserer „bunten“ Epoche.

MEINUNGEN

In einem Interview mit der RWE-Stiftung, das im „Cicero“ (21. Mai) veröffentlicht wurde, zerpflückt der Umweltforscher ***Michael Braungart*** *die Ideologie der* ***„Nachhaltigkeit“*** *mit einem Beispiel:*

„In Deutschland versiegeln wir Häuser, um Energie zu sparen. Und das, obwohl die Luft in einem durchschnittlichen Gebäude schon drei- bis achtmal schlechter ist als die vermeintlich schmutzige in Städten ... Außerdem haben 40 Prozent aller Häuser in Deutschland Schimmelprobleme. Wenn wir die Gebäude noch versiegeln, machen wir das Falsche nur perfekt und damit perfekt falsch.“

Olaf Gersemann*, Ressortchef bei der „Welt“ (17. Mai) für Wirtschaft und Finanzen, fordert die überzeugten Euro- und EU-Europäer auf, endlich auch einen* ***Ausstieg Griechenlands*** *aus dem Euro („Grexit“) ins Auge zu fassen, um größeren Schaden von der Währungsunion abzuwenden:*

„Mit Griechenland erreichen die Tendenzen der Verlotterung eine neue Dimension. Die Regierung von Alexis Tsipras will Hilfe, verweigert aber die Selbsthilfe, die zwingend notwendig ist, um das Land aus der ökonomischen Vormoderne zu befreien. Die Vereinbarungen, die die Vorgängerregierung einging, will man in der Luft zerreißen. Noch immer ist nicht klar, ob Tsipras dabei bleibt, wenn es zum Schwur kommt. Aber klar sein sollte gerade jenen, die sich als gute Europäer verstehen: Er darf damit nicht durchkommen. Auch dann nicht, wenn die Alternative Grexit heißt.“

Der ehemalige „Piraten“-Politiker ***Christopher Lauer*** *hat eine ganz eigene Erklärung dafür,* ***warum die CDU*** *trotz inhaltlicher Schwäche* ***so erfolgreich*** *bei Wahlen ist. Der Zeitung „The European“ (21. Mai) sagte er:*

„Die CDU ist die am undemokratischsten organisierte Partei in Deutschland und genau deshalb so erfolgreich. Weil sie es geschafft hat, Politik zum Ausbildungsberuf zu machen. Bei der CDU kannst du Jeden nachts um drei anrufen, und der wird dir – egal was er wirklich denkt – sagen, dass Angela Merkel die geilste Kanzlerin des Universums und aller Zeiten ist.“

Tatjana Festerling*, Kandidatin der Pegida zur Dresdner Bürgermeisterwahl, offenbart im Interview mit „geolitico.de“ (25 Mai), dass sie es* ***nicht störe, „rechts“*** *genannt zu werden:*

„Ich sehe es überhaupt nicht als Vorwurf, sondern als Notwendigkeit, dass der politisch rechte Flügel endlich besetzt wird. Ich habe in meinem Leben gelernt, dass es immer und überall auf Ausgleich und Balance ankommt. Wenn es sich links pulkt und knüllt und staut, dann muss es schon allein aus symmetrischen Gründen rechts eine Ausweichmöglichkeit geben. Ich bin weder rechtsextrem noch radikal, das ist mir wichtig zu betonen. Aber wenn unter „rechts“ das Bewahren des Eigenen, ein moderner Konservatismus, ein Innehalten, ein Reflektieren, ein Nationalbewusstsein, Kulturstolz und Heimatliebe verstanden werden – ja, dann bin ich ruhig rechts. Als freiheitsliebender Mensch, der den Menschen viel zutraut, will ich perspektivisch so wenig Staat wie nötig und so viel Eigenverantwortung wie möglich!“